D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 100
Juni '78 DM 2,–

ARGENTINIEN 1978
FUSSBALL TROTZ FOLTER

Anstoß: 1.6. Buenos Aires, 19 Uhr

Insgesamt wird die Weltmeisterschaft das argentinische Budget mit mindestens 500 Mio. Dollar belasten (allein 300 Mio. für den Stadienbau). Von den Einnahmen, die zum größten Teil an den Weltfußballverband FIFA gehen, bleiben ganze 10 Mio. in Argentinien.

"Die Fußball-WM als sportliches Ereignis ist für uns nur ein Vorwand, um 25 Tage lang der Welt ein Fenster in unser Land zu öffnen. Die WM durchzuführen, ist eine politische Entscheidung, die das Ziel hat, das Bild Argentiniens in der Welt zu verändern. Diese Überlegung hat den Vorrang vor denen finanzieller Natur" (Gen. Antonio Merlo, Vors. des WM-Organisationskomitees am 18.10. 1977).

Verändert werden soll das Bild Argentiniens als einer blutigen Militärdiktatur, die der chilenischen in keiner Weise nachsteht. Seit dem Militärputsch vom 24. März 1977 sind in Argentinien mindestens 15.000 Personen verschwunden, eher untertrieben ist die Annahme, es gäbe 10.000 politische Gefangene; in ungefähr 60 Lagern wird auf die brutalste Weise gefoltert, viele der offiziell Verschwundenen sind als Geiseln des Regimes anläßlich verschiedener Widerstandsaktionen aus Vergeltung erschossen worden. Betroffen sind zuerst die politischen und bewaffneten Organisationen der Arbeiterklasse.

Sinn all dieser Maßnahmen ist die Durchsetzung einer Hungerpolitik à la Friedman im Interesse von multinationalen Konzernen und Großagrariern. Die Handelsbilanz soll verbessert, Auslandskredit und damit Währungsreserven aufgestockt werden; geplant waren die Sanierung der Staatsfinanzen durch Ausgabenkürzung, Erhöhung öffentlicher Tarife, Reprivatisierung staatlicher Unternehmen und Rationalisierung des öffentlichen Sektors (d.h. durch Massenentlassungen), geplant war aber auch Aus-

FORTSETZUNG SEITE 10

IN DIESER AUSGABE: Kommentare G. Aschemann/J. Gabriel/G. Wenzel: Moro 3 ● Franco Straniero: Italienische Wahrnehmungen 4 ● Hansi Euler: Groenewold-Prozeß 5 ● H.E. Brand: Bau – Tarifkonflikt 7 ● **Fußball** Jens Huhn: 1.6. Buenos Aires, 19 Uhr 1/10 ● **Linker digest:** Henri Curiel 9 ● **Ökonomie** SB-Saarbrücken: Modell Saarland 12 ● Monika Fuhrke: Rentendebakel 14 ● **International** Lilian Ugron: Oppositionsbewegungen in Polen 17 ● Heinrich Grün: Frankreichwahlen 19 ● **Kulturscene** M. Naumann/B. Penth: Saturday Night Fever 22 ● **Informationen · Initiativen · Berichte · Aktionen** KITA's 24 ● Arbeiterselbsthilfe 25 ● Münchner "BLATT" 27

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

AUS DER ANTI-AKW-BEWEGUNG

Österreich: Gewerkschaften gegen AKWs

Nach einem Beschluß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), den Bau von Atomkraftwerken zu unterstützen (ähnlich wie der DGB), hat sich auch in Österreich eine Initiative "Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke" gebildet. Den Erstaufruf haben über 60 Betriebsräte österreichischer Firmen unterschrieben, die gegen die Inbetriebnahme des bisher noch stillstehenden AKWs Zwentendorf sind.

Die "Argumente" des ÖGB sind ebenso durchscheinend wie die des DGB; sie wurden – natürlich ohne Diskussion – seinen 1,6 Millionen Mitgliedern in der Zeitschrift "Solidarität" vorgelegt: (1) die Verhinderung des Baus von AKWs verhindere wiederum technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum, was (2) die Erhaltung der Arbeitsplätze gefährde; (3) sei Österreich eh von AKWs umgeben, weshalb die eigene Inbetriebnahme den Kohl auch nicht mehr fett mache; (4) weil so spät gebaut, seien in die Anlage Zwentendorf sämtliche bisherigen Erfahrungen eingegangen, also sei – so der ÖGB – das AKW "das sicherste der Welt" – wie gehabt.

Die Antwort auf diesen Aufruf des ÖGB und seine anderen AKW-freundlichen Aktivitäten war eine Veranstaltung in Wien, Ende März, die sehr gut besucht wurde. Unter dem Motto "Antworten aus der österreichischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Atomenergie" traten österreichische Betriebsräte zusammen mit Ursula Koch (Schweiz), Mitglied der Energiekommission der SP und des Schweizer Gewerkschaftsbundes und Dieter Braeg (BRD), Betriebsratsvorsitzender und Erstunterzeichner des "Aktionskreis Leben" auf. Sie zeigten, daß es in den außerösterreichischen Gewerkschaften einen immer größeren Druck gegen die "wachstumsorientierte" AKW-Energiepolitik gibt.

Die Chancen stehen gut, daß in den österreichischen Einzelgewerkschaften neuerlich über Zwentendorf diskutiert werden muß und andere Beschlüsse als der des ÖGB-Bundesvorstands zustandekommen: nämlich keine Inbetriebnahme von Zwentendorf.

Wie sehr der ÖGB daneben liegt mit seinen "Argumenten", sei kurz an einem Beispiel aufgezeigt. Es wird erklärt, daß Zwentendorf von Experten als das sicherste Atomkraftwerk der Welt bezeichnet wird. Das ist schwärzester österreichischer Humor, der sonst nur von Qualtinger ins Ausland exportiert wird: Denn Zwentendorf ist das einzige Atomkraftwerk der Welt, das direkt auf einer Erdbebenlinie steht; zudem ist sein Grundwasser direkt mit dem Wiens verbunden. Diese Feststellungen sind von führenden Geologen getroffen und nachgewiesen worden.

Am 8. April fand im Wiener Prater ein Fest der AKW-Gegner statt, an dem 6.000 Menschen teilnahmen; für Wien, in dem noch vor Jahren Demonstrationen kaum die Tausender-Grenze überstiegen haben, ein großer Erfolg. Bei der anschließenden Demonstration am nächsten Tag protestierten noch einmal 4.000 Leute gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf.

Es wird Zeit, daß die internationale Bewegung gegen die Errichtung von Atomkraftwerken diejenige in Österreich besser unterstützt. Internationale Solidarität muß sich auch in großer Beteiligung an solchen Protestdemonstrationen ausdrücken, die z.B. in Wien stattfinden. Wir dürfen nicht nur in Frankreich und Holland unseren Protest gegen die menschenvernichtende AKW-Seuche darstellen. Dazu ist Zwentendorf zu wichtig.

Die Initiative österreichischer Gewerkschafter schlägt deswegen vor, daß in Wien ein internationaler Kongreß all jener Gewerkschafter stattfinden soll, die gegen Atomkraftwerke sind. Dies wäre ein erster Schritt, um ein einheitliches Aktionsprogramm zu entwickeln, wie man in den Gewerkschaften den jetzigen Wachstumsirrsinn und die verfehlte Arbeitsplatzsicherungs-Ideologie kraft zusätzlichem Energieangebot bekämpfen sollte.

Kontaktadresse der Initiative ist: Franz Schallmeiner, Herbeckstr. 75/10/10, A-1180 Wien. **CLAUS ARMANN**

Urananreicherung in Gronau

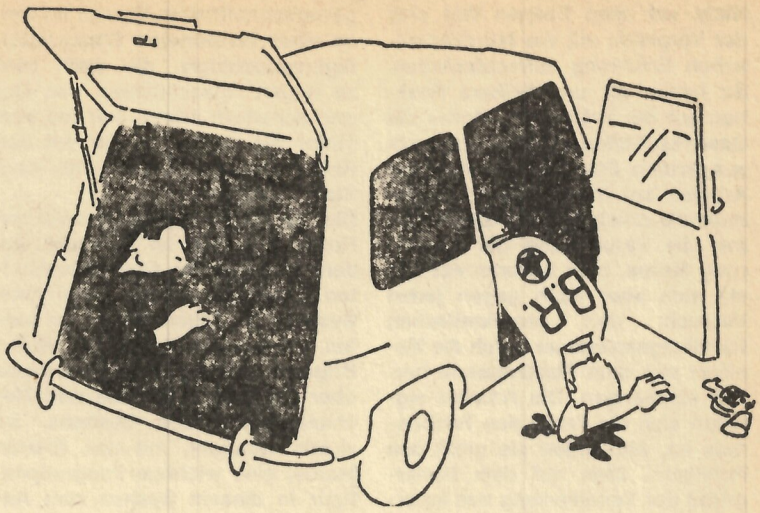
Am 4. März brachten etwa 50.000 Atomenergiegegner ihren Widerstand gegen die Erweiterung der Ultracentrifuge (UCN) in einer internationalen Demonstration in Almelo/Niederlande zum Ausdruck. Eine Woche nach dieser Großdemonstration gab die URANIT GmbH bekannt, im Rahmen des britisch-niederländisch-deutschen Gemeinschaftsprojekts URENCO neben den kleineren Urananreicherungs-Anlagen in Capenhurst/Großbritannien und Almelo/Niederlande eine weitere Anlage in Gronau im westlichen Münsterland zu errichten.

Diese Entscheidung zum Bau einer Urananreicherungs-Anlage in der Bundesrepublik dürfte nicht zuletzt auf die Entwicklung in den Niederlanden zurückzuführen sein. Zwar hatte Anfang Februar das Parlament in Den Haag der Erweiterung der Ultracentrifuge in Almelo auf 2.000 Tonnen Trennarbeit pro Jahr mit knapper Mehrheit zugestimmt, der bis ins Parlament reichende Widerstand gegen diese Entscheidung hatte jedoch zugenommen und erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt in der Demonstration vom 4. März. Diese Demonstration wurde von einer für unsere Verhältnisse ungewöhnlichen Breite getragen, die von Umweltschutz- und Internationalismusgruppen, Soldaten-Organisationen, der sozialdemokratischen Industriegewerkschaft NVV, den verschiedenen Linksgruppierungen, verschiedenen christlichen Gruppen bis zu den Parlamentsparteien PvdA (Sozialdemokraten), PSP (Pazifistisch-Sozialistische Partei), PPR (Radikaldemokraten) und CPN (Kommunistische Partei) reichte. Diese breite Manifestation gegen die UCN Almelo stellt den Ausbau der Anlage infrage.

Der Anreicherungs-Anlage kommt für die Bundesrepublik insofern besondere Bedeutung zu, da sie sich im Vertrag mit Brasilien zur Lieferung von 8 AKWs, Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen etc. verpflichtet hat. Dieser Export von Atomanlagen kann aber nur bei Lieferung der vereinbarten 2.000 Tonnen angereichertem Uran in seinem vorgesehenen Umfang abgewickelt werden. Zugleich macht sich die Bundesrepublik mit dem Bau der geplanten Urananreicherungs-Anlage in Gronau von der Versorgung mit angereichertem Uran unabhängiger. So würden die für die Gronauer Anlage vorgesehenen 1.000 Tonnen Trennarbeit pro Jahr den Betrieb von acht Atomkraftwerken vom Typ Biblis garantieren. Langfristig stellt die URANIT eine Trennarbeit von bis zu 5.000 Tonnen in Aussicht.

Weitere Informationen können der von niederländischen Wissenschaftlern und in deutsch von der BI Gronau herausgegebenen Broschüre 'Urananreicherung – Geschichte, Technologie, Markt' entnommen werden, die neben weiteren Argumentationen erhältlich ist bei der BI Anreicherungsanlage, c/o Theo Hendricks, Tieker Damm 22a, 4432 Gronau. **MANFRED HENNIG**

Aldo Moro und die "Neutralität" des Staates



Im Verlauf des zweimonatigen Machtkampfes während der Regierungskrise (Januar bis März 1977) konnte sich der hinter der Moro/Andreotti-Linie stehende Mehrheitsflügel der DC gegen den Widerstand der rechten Parteiströmungen durchsetzen und zugleich die Oberhand der PCI gegenüber behaupten: Keine Regierungsbeteiligung der Kommunisten, keine politische, sondern nur eine "programmatische Mehrheitsbildung" mit der PCI. Zugleich koppelte die DC dieses Zugeständnis an die PCI mit einer restriktiven Haltung auf programmatischer Ebene (DC-Rechte zur PCI: "Ihr werdet hart bezahlen!"). Ebensowenig wurde dem Veto seitens der PCI gegen einzelne Minister Rechnung getragen, noch ihrer Forderung nach unabhängigen Technikern im Kabinett. Im Gegenteil: die neue Ministerliste enthielt mit einer Ausnahme exakt die Köpfe der alten Regierung, darunter Personen, wie z.B. Donat-Catin, die kurz zuvor noch aus der Ecke des rechten Lagers jedes Zugeständnis an die PCI heftig bekämpft hatten. Eine Regierung also, in der die Kontinuität der ganzen 30jährigen korrupten DC-Herrschaft sichtbar nach außen hin demonstriert wurde.

Die Polarisierung innerhalb der DC spielte in den Verhandlungen eine gewichtige Rolle und wirkt auch weiterhin als potentiell destabilisierendes Moment in der politischen Situation. Die Mehrheitslinie Moro/Andreotti verfolgt das transformistische Konzept, der PCI zwar Regierungsverantwortung aufzubürden, sie aber von der eigentlichen Machtausübung auszuschließen. Diese Linie ist sicherlich darauf angelegt, die Machtposition der PCI zu schwächen, denn die subalterne Integration der Partei in die Regierungssphäre birgt die Gefahr, daß die PCI ihre Klassenposition in den Widersprüchlichkeiten der politischen Vermittlung verschleißt. Dennoch bewahrt diese Strategie zumindest die Formen demokratisch-institutioneller Vermittlung, wenn auch und gerade im Zeichen der Anti-Terrorismus-Politik mit Tendenzen zur autoritären Transformation.

Die DC-Rechte hingegen, ca. ein Drittel der DC-Abgeordneten, widersetzt sich jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit der Zielsetzung, die offene Konfrontation auf den Bruch der neugebildeten Koalition DC/PCI hin voranzutreiben.

Besonderes Gewicht bekommt diese Position durch den Block reaktionärer Kräfte, der sich hinter ihr formiert hat: die Kirche, die die DC zu Neuwahlen drängt; die Unternehmerverbände, die seit Herbst 1977 einen harten Angriff auf die Gewerkschaften führen, mit dem erklärten Ziel, die "Unternehmerfreiheit" wieder herzustellen, und die PCI der "Zerstörung jener Strukturen, auf denen sich die liberale und demokratische Gesellschaft aufbaut" (Carli) bezichtigen; schließlich ein Teil der konservativen Presse, der sich zum Sprachrohr eines neuen antikommunistischen Kreuzzugs gegen die PCI macht.

Auf der anderen Seite aber hat die Regierungskrise deutlich gemacht, daß die DC weniger als zuvor in der Lage ist, ohne die Unterstützung der PCI zu regieren. Von den anderen kleineren Parteien isoliert, blieb die Alternative einer Mitte-Links-Koalition versperrt. Dies zeigt, daß die politischen Gewichte beider großen Parteien im gegenwärtigen Kräftespiel sich gegenseitig im Gleichgewicht halten, die DC aber aufgrund ihrer historischen Machtpositionen in Staat und Verwaltungsapparaten das Monopol der Exekutive behaupten kann, während die PCI glaubt, die ihr zugestandene Regierungsverantwortung (nicht Regierungsmacht) im Sinne der Durchsetzung ihrer politischen und programmatischen Ziele nutzen zu können.

Der Schritt, die seit den Juni-76-Wahlen praktizierte Regierungsformel der "Enthaltung" aufzukündigen, erfolgte v.a. unter dem Druck der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Krise. Die seit Mitte 1977 bis heute anhaltende Rezession traf nun auch die Arbeiter in den zentralen Industriebereichen (Metall, Chemie, Textil). Allein im Zeitraum zwischen Juli und September ging die Zahl der Beschäftigten um 340.000 zurück, die Statistik wies 1,7 Mio. Arbeitslose aus. Daneben expandierte der unkontrollierbare Bereich der Schwarz- und Heimarbeit, und die Jugendarbeitslosigkeit nimmt mit einer geschätzten Zahl von 1,8 Mio. dramatische Dimensionen an. Die Andreotti-Regierung zeigte sich unfähig und unwillens, die im 6er Abkommen vom Juli vereinbarten Programmrichtlinien zu realisieren.

Im Herbst 1977 machte sich die soziale Unruhe in einer Streikwelle Luft, in der die Metallarbeitergewerkschaft zur treibenden Kraft wurde und gegen Ende des Jahres auf einen Generalstreik hin drängte. In diesen Manifestationen bildeten sich zum ersten Mal seit langem wieder Ansätze einer Verbindung der "zwei Gesellschaften" heraus, zwischen der arbeitenden Klassen einerseits und den "Marginalisierten", den Arbeitslosen, Frauen, Jugendlichen und Studenten andererseits.

Als sich die Unruhe auch in Zweifel und Orientierungslosigkeit unter den PCI-Parteifunktionären äußerte, konnte auch die Führung der Partei nicht mehr übersehen, daß die Arbeiter gegen eine Regierungspolitik demonstrierten, von der sie in ihrer Existenz bedroht wurden und die von der eigenen Partei durch Stimmenthaltung gestützt wurde.

Daß das erzielte Ergebnis weit unter der Ausgangsforderung nach Regierungsbeteiligung bleibt, hat wohl nicht auch zuletzt etwas mit dem Fortgang dieser Massenbewegung und der strategischen Wende in der Gewerkschaftspolitik zu tun. Noch vor Eröffnung der Regierungskrise setzten die Gewerkschaften den bereits beschlossenen Generalstreik aus und leiteten zugleich die strategische Wende der Nach-69er-Linie ein. In der sich verschärfenden Krise wurde die Stärke der Gewerkschaften zu ihrer Schwäche: auf der einen Seite besaßen sie eine starke Verhandlungsmacht in der Interessenvertretung der Beschäftigten, auf der anderen Seite eine bescheidene Kapazität für die gesellschaftliche Transformation, für Antworten auf die Krise im nationalen Maßstab.

Im Versuch insbesondere seitens der CGIL, die Rolle der Gewerkschaften in Anpassung an die Veränderungen auf der politischen Ebene neu zu bestimmen, delegierte die Gewerkschaft mit der Absetzung des Generalstreiks an eine "Autonomie der Politik" und "Neutralität des Staates" (PCI) alle jene Vermittlungen, die die Klassenaktion innerhalb ihrer Kämpfe selbst austragen müßte (Rossanda). Die PCI vertat die Gelegenheit, das "Nein" zur bisherigen "Regierung der Enthaltung" mit einem starken Programm zu verbinden und das Gewicht der Arbeiterklasse der DC gegenüber in die politische Waagschale zu werfen.

Inzwischen wird immer deutlicher, daß die PCI und die mit ihr verbundenen gewerkschaftlichen Kräfte eine strategische Wahl getroffen haben, was das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften angeht: "ein neues Verhältnis, das sich gründet auf einen Entwurf der ökonomischen Programmierung, der Gesundung und Transformierung des Staates" (PCI). Ob damit der autonome aber dennoch dialektische Charakter der Beziehung zwischen beiden Ebenen gewahrt werden kann, hat sich noch zu erweisen. Es besteht die Befürchtung, daß in diesem neuen Versuch einer gesellschaftlichen Veränderung es eine soziale Opposition immer schwerer haben wird, sich zu artikulieren und das Moment der Massenbewegung auf eine akklamatorische Funktion reduziert wird.

Im Handstreichverfahren ("Manifesto"spricht von einem Quasi-Staatsstreich) wurde die neue Regierung eingesetzt; in kürzester Zeit, mit größter Mehrheit (545 von 578 Abgeordneten) ohne Diskussion wurde das Regierungsprogramm durchgepeitscht, das noch nie zuvor aus "derart allgemeinen Absichtserklärungen" (Espresso) bestand. So wurde innerhalb weniger Tage ein Konsens hergestellt, der die Ursachen 30jähriger Gegnerschaft vergessen zu machen schien. Der gemeinsame Feind wurde in der "Extremen Linken" ausgemacht, einem Begriff, mit dem undifferenziert die Anhänger der Neuen Linken, der Autonomia und des "Movimento '77" in die Nähe der Roten Brigaden gerückt wurden. Vor diesem Hintergrund wird Moro entführt.

Mit dieser breitesten Mehrheit gelingt es den Parteien, schnell eine Übereinkunft zu finden, um über Regierungsdekrete, Polizei und Justiz mit umfassenden Vollmachten auszustatten, die von vielen bis in die Justiz hinein als "Sondergesetze" charakterisiert werden, die nur schwer mit der Verfassung vereinbar seien.

Die wichtigsten Inhalte: polizeiliche Festnahmen ohne richterlichen Haftbefehl für 24 Stunden, polizeiliche Vernehmung ohne Beisein eines Rechtsanwalts, mündliche Einwilligung und Verlängerungsmöglichkeit der Telefonüberwachung, Eingriffsrechte des Innenministers in laufende Ermittlungsverfahren, Ausbau und Modernisierung des Polizeiapparates, einschließlich der Aufstellung von Spezialtruppen nach GSG-9-Modell etc.

Auch in Italien wird der Ruf nach der Einführung der Todesstrafe und nach Ausnahmegesetzen laut (von den Republikanern bis hin zu den Faschisten), werden Fahndungsfotos veröffentlicht und die Bevölkerung zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufgefordert; darüber hinaus wird für Verkehrskontrollen das Militär eingesetzt. Im großen und ganzen handelt es sich um Maßnahmen, die aus der BRD nach der Schleyer-Entführung wohl bekannt sind.

Nicht auf allen Ebenen läßt sich der Vergleich mit der bundesdeutschen Erfahrung aufrechterhalten. So haben als unmittelbare Reaktion auf die Entführung Moros die Gewerkschaften den Generalstreik ausgerufen. Die Demonstration der Arbeiter zur Verteidigung der Demokratie drückte zweierlei aus: einmal die Verurteilung der Entführung Moros, zum anderen richtete sie sich aber auch gegen jeden Versuch, den demokratischen Handlungsspielraum durch die Manöver aus dem Staatsapparat heraus einzuengen. Die Arbeiter eigneten sich die Frage des Terrorismus an, überließen sie nicht den Politikern. Dies auf dem Hintergrund der Verschärfung des innergewerkschaftlichen Drucks im Sinne einer verordneten Staatsverteidigungsideologie, die auch bald zu ersten Ausschlüssen von Gewerkschaftern führte, weil sie sich hinter die Parole "weder mit den Roten Brigaden, noch mit dem Staat" stellten.

Die Strategie der terroristischen Roten Brigaden ist versucht, auf dem Hintergrund einer krisenhaften Entwicklung des politischen Systems in Italien dieses zu treffen. Alleine die Taktik der Roten Brigaden beweist ihre Kenntnisse über die Wirkungsweise und Mechanismen dieses Systems. So wurde versucht, mit den Briefen Moros, eine wichtige Integrationsfigur in diesem System zum Ankläger und zum Motor einer Zerreißprobe des politischen Gefüges zu machen.

Der Staat war nunmehr gezwungen, den Gegenbeweis dafür anzutreten, daß Klientelismus als Teil der politischen Struktur Italiens seine Grenzen finden sollte, und der Staat bereit sei, eine repressive Krisenlösung zu versuchen. Damit führt die Strategie der Roten Brigaden dazu, daß die autoritäre Entwicklung, die sich als Rettung vor dem Chaos präsentiert, wirksam werden kann.

Die Absicht der "Roten Brigaden", eine Bürgerkriegsstimmung im Lande auszulösen und durch einen Auftrieb der rechten Kräfte die PCI wieder in ihre politische und gesellschaftliche Oppositionsrolle zurückzudrängen, ist im Fall Moro ebenso gescheitert, wie der zuletzt geforderte Gefangenenaustausch mit den in Turin vor Gericht stehenden Terroristen. Diesem Scheitern liegt nicht nur eine Fehleinschätzung hinsichtlich des Staates und des politischen Bewußtseins der Massen zugrunde, sondern auch die für viele überraschende Unnachgiebigkeit der Regierung und der sie stützenden politischen Kräfte, jegliche Verhandlungen mit den Entführern abzulehnen. Ohne die "tagtäglich bekräftigte nationale Solidarität" der Kommunisten, hätte die führungslos gewordene und durch die Briefe Moros an seine Parteifreunde

Italienische Wahrnehmungen – Mitte März

Am 18.3.1978 setzte sich eine Gruppe von neun Personen in Richtung Italien in Bewegung. Teils Studenten, teils Laienhelfer, ist es ihnen gemeinsam, in einer Einrichtung der gemeindenahen Psychiatrie zu arbeiten, und die Arbeit der psychiatrischen Klinik in Arezzo studieren zu wollen.

Wie andere Kliniken versteht sich Arezzo als der "demokratischen Psychiatrie" verpflichtet. Die Anstrengung geht dahin, möglichst viele Patienten zu entlassen (von 900 Patienten 1971 leben heute noch 370 dort), Stationen und schließlich die Klinik selbst zu schließen (mit Ausnahme der Aufnahmestation), und die psychiatrischen Dienste in die Umgebung in ambulante Zentren und Wohngemeinschaften zu verlagern. Dies interessiert die Gruppe, die im übrigen politisch weder einheitlich zusammengesetzt noch zum Großteil überhaupt an größeren politischen Zusammenhängen interessiert ist.

Die Gruppe erreicht am 20.3. die Klinik von Arezzo. Hier wird gleich überprüft, ob es mit der fristgemäßen Anmeldung seine Richtigkeit habe (hat es), wie die Gruppe in der kurzen Zeit von einer Woche am besten Erfahrungen machen könnte. In einer einleitenden Rede betont ein Oberarzt seine Befürchtung, das politische Klima hätte sich im Zuge der Moro-Entführung zu sehr geändert – das beeinträchtige auch die Chancen des Projekts der Klinik. Noch ist für die Gruppe nichts nachvollziehbar.

Da die Mehrzahl der Gruppenmitglieder aus Bafög-Studenten, Hausfrauen, Arbeitslosen besteht, stellt sich die Frage der preisgünstigen Unterkunft. Dieses Problem wird seitens der Klinik rasch und unbürokratisch gelöst: in ein Zimmer einer aufgelassenen Station werden 9 Betten und zwei Heizkörper gestellt.

Mit einer (daran auch eher desinteressierten) Ausnahme können die Gruppenmitglieder nicht soviel italienisch, um die Schlagzeilen der Zeitungen hinsichtlich der Moro-Entführung zu würdigen. Am 23.3., so gegen Abend, taucht aus Kreisen des Klinikpersonals zum ersten Mal die Befürchtung auf, konservative Kreise könnten Moro-Entführung und bundesdeutschen Besuch dazu verwenden wollen, die Klinik schlecht zu machen.

Am 23.3., streng legal, sammelt die Beauftragte der Klinikleitung die Personalien der neun übernachtenden Besucher zwecks Weitergabe an die polizeiliche Meldestelle ein.

Am 23.3. – um 22 Uhr – erscheinen ca. 15 bewaffnete Polizisten und durchsuchen das Zimmer der aufgelassenen Station, in dem die Besucher nächtigen. Sie finden nur zwei Mitglieder der Besuchergruppe vor, von welchen eine Frau zum örtlichen Polizeipräsidium gebracht und ca. eine dreiviertel Stunde verhört wird. Waffen oder anderes belastendes Material werden selbstredend nicht gefunden. Trotzdem erscheint die Polizei gegen 24 Uhr noch einmal, überwacht den Klinikeingang, und durchsucht den VW-Bus, der zwischenzeitlich mit drei weiteren Besuchern angelangt ist. Die Pässe der anwesenden Personen werden mitgenommen, unter Vereinbarung eines Termins am folgenden Tag um 10 Uhr im Polizeipräsidium zu Arezzo, bei dem die ganze Besuchergruppe zugegen zu sein hätte.

Um 10 Uhr, am 24.3., wird mit Hilfe eines Dolmetschers ein Protokoll aufgenommen (wiederum mit der bereits verhörten Frau als zentrale Figur), sodann Aufenthaltsbescheinigungen ausgefertigt, und die Pässe zurückgegeben. Die Polizei scheint sich des "Wasserschlag"-Charakters der Aktion bereits bewußt zu sein: das Protokoll wird formal und routiniert abgehandelt, beinhaltet sämtliche Übernachtungen aller Gruppenteilnehmer; als "belastend" stellt sich der Schlamm auf zwei Hosen dar (der VW-Bus war in der Nacht vom 19. zum 20.3. im Schlamm steckengeblieben). Nach einer Stunde ist alles vorbei; nach zwei Stunden Pause dauert die Abwicklung der Unterschriften unter die Aufenthaltsbescheinigungen weitere 20 Minuten.

Das Selbstbewußtsein der italienischen Polizei drückt sich darin aus, bewußt anders (d.h. freundlicher) vorgehen zu wollen als ihre bundesdeutschen Kollegen zur Zeit der Schleyer-Entführung. Die Korrektheit drückt sich sowohl in Äußerlichkeiten (Stühle heranholen, Zigaretten anbieten) aus, wie auch im protokollarischen Festhalten der Rechtslage (richterlicher Hausdurchsuchungsbefehl) und in der ausdrücklichen abschließenden Feststellung, "die Besucher hätten den italienischen Gesetzen nicht zuwider gehandelt". Die Gruppe wurde auch direkt zu diesem Vergleich befragt, dem sie nur einschränkend zustimmen konnte: ein Gang zur Polizeibehörde bleibt ein Gang zur Polizeibehörde. Zumal eine bundesdeutsche Unsitte übernommen wurde: das Adreßbuch des VW-Bus-Fahrers wurde kopiert und zu den Akten genommen. Wiesbaden/Bonn können wieder einige Dossiers mehr von bislang vielleicht nicht erfaßten Personen anlegen.

Auch wurde betont, daß die Rechtsgrundlage des Vorgehens zum Teil in den gerade erst beschlossenen italienischen Sondergesetzen läge.

Am Nachmittag des 24.3. berichtete der erwähnte Oberarzt, in der Vollversammlung der Klinik von Arezzo vom ganzen Vorfall (er hatte sich selbstredend in Windeseile herumgesprochen). Er schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, das ganze sein ein Problem der Polizei und kein Problem der Klinik.

Damit könnte es auch sein Bewenden haben, gäbe es nicht die Democrazia Cristiana (DC) in Arezzo. Diese fühlte sich bemüßigt, in der Nacht vom 24. auf den 25.3. eine Presseerklärung folgenden Inhalts zu geben: Das therapeutische Interesse der Besucher sei nicht nachgewiesen; das polizeiliche Verhalten – einen Schlußstrich unter die Sache zu setzen – sei voreilig gewesen; zumindest einer der Besucher hätte in der Bundesrepublik Kontakt zu "ultralinken, militanten Kreisen". (Da nur eine der neun Personen überhaupt politisch organisiert ist, konnte damit nur das Sozialistische Büro gemeint gewesen sein; Namen von Personen oder Organisationen wurden im ganzen Konflikt überhaupt nicht genannt).

Auf diesen groben Klotz folgte, italienischen Verhältnissen entsprechend, allerdings ein ebenso grober Keil. In der aretinischen Lokalzeitung "Die Nation" (in der diese Kontroversen zu verfolgen waren) folgten am 26.3. die Gegendarstellungen der Provinzialverwaltung und der PdUP (Partei der Proletarischen Einheit).

Die Provinzialverwaltung (sozialistisch-kommunistisch) gab, als betroffene Trägerin der Klinik wie der gesamten regionalen Psychiatrie, eine korrekte Darstellung der gesamten Vorfälle. Sie stellte das therapeutische Interesse der Besuchergruppe klar und im einzelnen heraus, gab gegenüber der DC-Gerüchtemaschine eine knappe Schilderung des polizeilichen Ablaufs, und erwähnte auch die Frage, ob nun auch die DC mit der "Hexenjagd" (wörtlich) auf politisch Andersdenkende beginnen wolle.

Diesen Aspekt stellte die PdUP in den Vordergrund ihrer Erklärung. Mit Recht glossierte sie u.a. die Erwähnung des Kontaktverdachts einer der Gruppe zu "ultralinken, militanten Kreisen" mit der Frage: "Ist damit etwa gemeint, daß dieser anders denkt als Franz-Josef Strauß?" Sie befürchtete abschließend, daß die DC "den berechtigten Zorn des Volkes über die Enführung Moros" ummünzen wolle in eine Abschaffung des demokratischen Pluralismus.

Die Besuchergruppe reiste vereinbarungsgemäß am 27.3. aus Arezzo ab und konnte daher den weiteren Hergang der durch sie unfreiwilligerweise ausgelösten Kontroverse nicht mehr verfolgen. Daß es weitergehen wird, ist zu befürchten: In einem redaktionellen Nachsatz zu den Erklärungen vom 26.3. meint die "Nation", daß, unbeschadet der vollinhaltlich abgedruckten Gegendarstellung der Provinzialverwaltung, sicher die Zeit gekommen sei, über die Besuchspraxis der psychiatrischen Klinik zu diskutieren. Diese Diskussion werde in den Spalten der Zeitung fortgeführt werden.

Damit scheint sich die Befürchtung des Klinikpersonals, die Moro-Entführung leite einen der Psychiatrie-Reform ungünstigen Klimawandel ein, zu bestätigen. Eine durch und durch ergebnislose, von den Polizeikräften selbst als Routinemaßnahme dargestellte Durchsuchung allgemeinpolitisch desinteressierter ausländischer Besucher wird von DC und Provinzpresse zum Anlaß genommen, die Diskussion über die Beschneidung der Kontakte der psychiatrischen Klinik von Arezzo zu eröffnen.

FRANCO STRANIERO

noch zusätzlich verunsicherte DC die mit dem Leben Moros bezahlte Härte nicht durchhalten können. Die PCI ließ in ihrer rigorosen Verurteilung nicht nur des Terrorismus, sondern jeglicher Form von Gewalt bzw. Gleichgültigkeit gegenüber diesem Staat an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Obwohl auch sie die Möglichkeit einer Drahtzieherrolle von in- oder ausländischen Geheimdiensten nicht ausschließt, richtet sich die Hauptstoßrichtung ihrer breit angelegten Massenkampagne auf die Auseinandersetzung mit der als "Nährboden und Kulturbrühe" (Lama) des Umsturzes bezeichneten linken "Sympathisantenszene". Bufalini betont, daß dem Phänomen des linken Terrorismus nur auf dem Wege einer kritischen und selbstkritischen Revision einer Praxis von Politik beizukommen sei, wie sie sich seit 1968 massenhaft entwickelt habe und nennt als Beispiel einen "entgleisten und exaltierten Feminismus". Amendola wettert gegen den "Defätismus und Opportunismus" der Intellektuellen, die mit ihren soziologischen Differenzierungen in der Beurteilung der Jugendkriminalität und politischen Gewalt der ohnehin weit verbreiteten Staatsverdrossenheit der jungen Generation zusätzliche Legitimation verschafften, und fordert von jedem demokratischen Intellektuellen ein klares Bekenntnis und aktives Eintreten für diesen Staat und seine Institutionen. Pecchioli, der heimliche Innenminister der PCI, weist wiederholt auf die enge Verbindung zwischen den im Untergrund agierenden Terroristen und der auf den Straßen und Plätzen ihre "fröhliche Gewalt" praktizierenden "Autonomia" hin mit der Aufforderung an die Polizei, diesem Spuk ein für allemal ein Ende zu bereiten. Die Übergänge von einer ernsthaften ideologischen und politischen Auseinandersetzung mit einer Position, wie sie z.B. in der Parole "weder mit dem Staat, noch mit den Roten Brigaden" zum Ausdruck kommt, zu einer Haltung, die zur Kriminalisierung und Unterdrückung linker, mit der Linie des Historischen Kompromiß unvereinbarer Kräfte führt, werden immer schroffer.

Hinter dem Appell der PCI zur Verteidigung dieser Republik – der gegenwärtig nur allzuleicht zu einem akklamatorischen Staatsverständnis gerinnt – steht jedoch nicht nur – wie Pajetta sagt – die Angst vor chilenischen Zuständen, sondern die grundsätzliche strategische Entscheidung für diesen Verfassungsstaat als dem "demokratischen Rahmen", der nicht nur Legalität und Rechtsstaatlichkeit, sondern langsfristig auch die demokratische Transformation des Systems garantiere. Dabei gerät der PCI jedoch allzu leicht die Tatsache aus den Augen, daß dieser Staat, in dessen Vorzimmer der Macht sie eingetreten ist, noch immer der Staat von Lockheed und Piazza Fontana ist, und daß sie heute selbst aktiv dazu beiträgt, die in der Massenkampagne gegen die "Strategie der Spannungen" gemachten Lernprozesse hinsichtlich der Gefahr der Liquidierung der Demokratie durch die repressiven Institutionen des Staates rückgängig zu machen.

Die von Kritikern des Historischen Kompromiß seit den Vorfällen von Bologna im Frühjahr 1977 aufgezeigte Gefahr der Entwicklung in Italien in Richtung auf eine "autoritäre Demokratie" hat im letzten Jahr, und beschleunigt durch die Entführung und Ermordung Moros, rasante Fortschritte gemacht. Die Achse der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung scheint durch die Tendenz transformistischer Integration der traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung weiter nach rechts verlagert. Der Ausnahmezustand beginnt – auch im Bewußtsein der Menschen – zum Normalzustand zu werden. Dies beinhaltet in Italien jedoch noch nicht automatisch und ausschließlich autoritäre Tendenzen. Fern von der aus der BRD bekannten Massenhysterie in der Presse und öffentlichen Meinung gibt es in Italien noch immer eine offene Diskussion.

GUNTER ASCHEMANN
JÜRGEN GABRIEL
GISELA WENZEL

Groenewold – kein Prozeß wie andere

Der Prozeß gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold in Hamburg weist in vieler Hinsicht Besonderheiten auf. Die eine Seite ist, daß er gegen einen Verteidiger gerichtet ist, der zwar an der Vorbereitung der Stammheimer Prozesse gegen die RAF-Mitglieder maßgeblich beteiligt war, am Prozeß selbst jedoch (wegen seines Ausschlusses) nicht teilgenommen hat. Zweitens ist hervorzuheben, daß zum erstem Mal gegen einen Anwalt der Vorwurf erhoben wird, durch ein sogenanntes Info-System eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben, deren Mitglieder, teilweise aufgrund gerichtlicher Beschlüsse, in der gleichen Haftanstalt inhaftiert waren.

Mittlerweile läuft in Stuttgart der Prozeß gegen Rechtsanwalt Klaus Croissant, der aufgrund der Anklagebeschränkung durch die französischen Auslieferungsbehörden "nur" mit dem gleichen Vorwurf wie Groenewold konfrontiert wird – in Berlin "wartet" Rechtsanwalt Stroebele auf sein Verfahren, weitere werden folgen. Man hat den Eindruck: erst die Mandanten, dann die Anwälte, nachdem zunächst gerichtlich festgestellt wurde, daß die Mandanten Kriminelle sind.

Der Prozeß gegen Groenewold hat mit Sicherheit richtungsweisende Funktion für die anderen Verfahren. Würde das Hamburger Gericht etwa feststellen, daß Groenewold schon deswegen keine kriminelle Vereinigung durch Unterhalten des Info-Systems unterstützen konnte, weil die gefangenen RAF-Mitglieder im juristischen Sinne keine Vereinigung waren, würde weiterhin festgestellt, daß sie auch deshalb keine kriminelle Vereinigung sein konnten, da sie während der Zeit der Inhaftierung keine realisierbaren kriminellen Ziele verfolgten, wäre es interessant zu beobachten, wie etwa das Stuttgarter Gericht reagieren wird.

Äußerlich läuft der Prozeß seit dem 18. Januar wie ein Terroristenprozeß ab: körperliche Kontrolle, Ablichten der Personalpapiere der Besucher, Abgabe sämtlicher Utensilien an Wachbeamte, mit MP's bewaffnete Polizisten vor dem Gerichtsgebäude und auf den Gängen zum Prozeßsaal, dicke, hohe Glastrennscheiben zwischen Zuschauern und Gericht. Mehr als 100 Anwälte haben gegen diese Maßnahmen beim Justizsenator energisch protestiert. Die Folge war eine geradezu groteske Diskussion um die Verantwortlichkeit. Offenbar hatte niemand nichts angeordnet.

Die Prozeßbeteiligten gehen allerdings mit geradezu verblüffender Höflichkeit miteinander um. Mit Sicherheit hat die Anwesenheit vieler ausländischer Prozeßbeobachter dazu beigetragen. Der Druck der so hergestellten internationalen Öffentlichkeit kann nicht positiv genug eingeschätzt werden. Die Presse zeigt ebenfalls ein kontinuierliches Interesse, wobei bisher auffällig zurückhaltend kommentiert wird.

Es gibt Ausnahmen. So zum Beispiel ein Artikel von Klaus Wagner in der FAZ vom 22. April 1978, in dem er meint, nach den Waffenfunden in Stammheim sei die bislang ungeklärte Frage, ob die inhaftierten RAF-Mitglieder eine kriminelle Vereinigung in der Haft hätten fortsetzen können, nun doch einer positiven Beantwortung offen. Dies um so mehr, als jetzt im Groenewold-Prozeß noch einmal klar geworden sei, daß das Verteidigungskonzept der RAF darin bestanden habe, sich in ihrem Prozeß offen zur Politik der RAF zu bekennen. Damit soll wohl die Kontinuität der "Kriminellen Vereinigung RAF" in der Stammheimer Haft – die notwendige Voraussetzung einer Verurteilung Groenewolds – behauptet werden bzw. der "Meinungswandel", wie Wagner sagt, auch per Pressekommentar vorbereitet werden.

Es ist aber gerade die Frage, ob inhaftierte Mitglieder einer Gruppe, die aufgrund politischer Überzeugungen kriminell aktiv geworden sind, in der Haft durch gemeinsames Festhalten an eben diesen Überzeugungen weiterhin eine kriminelle Vereinigung sein können. Diese gemeinsame Überzeugung im Prozeß politisch darstellen zu können und sich so zu verteidigen, war Ziel der RAF-Mitglieder. Dies zu ermöglichen war Hintergrund und Aufgabe des von Groenewold organisierten Info-Systems, das häufig in der Presse, der Herr Wag-

Syndikat

Neu im Juni

Peter Dahl
Arbeitersender und Volksempfänger
Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk seit 1945
Etwa 250 S. 30 Abb. Großformat.
Kt., ca. DM 28,–

Peter Dahl, selbst Mitarbeiter bei einer deutschen Rundfunkanstalt, ist der politischen Geschichte des Radios nachgegangen. Vor dem Hintergrund der heute erneut in Bewegung geratenen Medienszene erscheint diese Geschichte verblüffend aktuell.

Sweezy/Dobb/Takahashi/Hilton/Hill/Lefebvre/Procacci/Hobsbawm/Merrington
Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus
Etwa 240 S. Kleinformat.
Kt., ca. DM 16,–

Die hier dokumentierte Debatte, deren Übersetzung ins Deutsche längst überfällig war, ist ein Markstein in der Entwicklung der marxistischen Geschichtsschreibung und -theorie.

Maud Mannoni
Ein Ort zum Leben
Die Kinder von Bonneuil
Etwa 280 S. Großformat
Kt., ca. DM 28,–

„Was den Kindern fehlt, ist nicht notwendigerweise zusätzliche Liebe oder zusätzliches Verständnis; es sind vielmehr Gelegenheiten, die den Kindern fehlen – eine bestimmte Art der Öffnung, die es diesem oder jenem Kind erlaubt hätte, bis auf den Grund seines Verlangens zu gehen." Bonneuil gibt den Kindern solche Gelegenheiten: einen Ort zum Leben.

F. Kramer/Ch. Sigrist (Hrsg.)
Gesellschaften ohne Staat
Band 1: Gleichheit und Gegenseitigkeit
Etwa 250 S. Großformat.
Kt., ca. DM 30,–

Wichtige Forschungsergebnisse der bei uns noch allzu wenig bekannten „social anthropology" (Malinowski, Firth, Fortes, Evans-Pritchard) werden hier vorgestellt: Arbeiten über „Tausch und Wert" sowie über die „regulierte Anarchie" in Stammesgesellschaften.

Burkhardt Lindner (Hrsg.)
„Links hatte noch alles sich zu enträtseln..."
Walter Bejamin im Kontext
Etwa 280 S. Kleinformat.
Kt., ca. DM 20,–

Benjamin in seinen „Kontext" stellen: Die Beiträge dieses Bandes schlagen den Bogen von der Weimarer Republik und dem Faschismus zur Gegenwart. Sie thematisieren die Krise des Intellektuellen und die Krise der Kunst. Links hat noch immer alles sich zu enträtseln.

SYNDIKAT
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Postfach 174003
6000 Frankfurt am Main 1

Rechtsanwalt Groenewold wird durchsucht dpa

ner angehört, so dargestellt wurde, als ob hier vornehmlich kriminelle Daten und Pläne ausgetauscht worden wären.
Die Realisierung dieser Aufgabe durch Groenewold wurde zunächst ja auch von den Gerichten anerkannt, die all das "Material" – eben hin bis zu Waffenfachliteratur – die Kontrolle passieren ließen, weil es zur Verteidigung notwendig war. Wenn heute gesagt würde, die Rechtsauffassung darüber habe sich geändert, hätte das für Groenewold zunächst nur zur Folge, daß er sich dann auf einen Irrtum berufen kann, allerdings einem von bundesdeutschen Gerichten produzierten. Dies ändert aber nichts daran, daß mit Groenewold in- und ausländische Anwälte und Strafrechtsprofessoren der Auffassung sind, daß zum einen die gefangenen RAF-Mitglieder keine kriminelle Vereinigung waren – dazu wurde ein Gutachten der Professoren Hassemer (Frankfurt) und Welp (Münster) erstattet – und zum anderen die Tätigkeit Groenewolds genuine Verteidigungstätigkeit in einem politischen Großverfahren war. Was die Waffenfunde in Stammheim anbelangt, so ist zunächst noch gar nicht geklärt, wie diese in die Zellen von Baader und Raspe gekommen sind. Darüber hinaus ist dazu zu sagen, daß der Besitz einer Waffe auch mehrerer Gruppenmitglieder diese nicht automatisch zu einer kriminellen Vereinigung machen würde, denn entscheidend kommt es auf die realisierbaren kriminellen Ziele an. Zum anderen hätte dies nichts mit Groenewold zu tun, denn dieser wurde bereits 1975 aus dem Stammheimer Verfahren ausgeschlossen. Niemand hat bisher behauptet, daß zu diesem Zeitpunkt die Häftlinge bereits heimlich bewaffnet waren.
Die Kommentierung des Prozesses in der FAZ soll wohl eine Stimmung erzeugen, die eine Verurteilung tragfähig machen soll. Dies hat Tradition und traf in den letzten Jahren fast alle Anwälte, die in RAF-Prozessen verteidigt haben. Vorverurteilung ist zum Prinzip erhoben, die Unschuldsvermutung zur sinnentleerten Begriffshülse geworden, nachdem bis hin zum Bundesjustizminister die Schuld von Angeklagten und deren Verteidigern außergerichtlich und vor jedwedem Prozeß festgestellt wurde.
Dies war auch die Basis einer der ersten Anträge im Groenewold-Prozeß. Die Verteidigung hatte denn auch beantragt, das Verfahren angesichts der offiziellen und inoffiziellen Vorverurteilung einzustellen, da ein fairer Prozeß nicht möglich sei. Der Antrag wurde abgelehnt.
Ein weiterer Antrag gleich zu Prozeßbeginn betraf die Tatsache, daß Groenewold als Verteidiger über die Inhalte seiner Verteidigertätigkeit, die ja gerade Gegenstand seiner Anklage ist, zu schweigen hat. Dies ist ein gesetzliches Gebot zum Schutze des Mandanten, das nur durch dessen Genehmigung beseitigt werden könnte. Eine derartige Genehmigung liegt für Groenewold nicht vor. Der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bis zum rechtskräftigen Entscheid über die Verfahren der RAF-Mandanten Groenewolds wurde abgelehnt mit der Begründung, ein Anwalt sei immer an das Anwaltsgeheimnis gebunden, und es bestehe kein Unterschied im Grad der Schweigepflicht zu verschiedenen zeitlichen Situationen. Dies ist nicht so; denn träfe dies tatsächlich zu, müßten Groenewold und andere Verteidiger es immer hinnehmen, wenn sie gerade wegen Inhalt ihrer Verteidigertätigkeit mit Vorwürfen überzogen würden. Hier muß prozessual ein Kompromiß geschlossen werden, und genau darauf zielte der Antrag ab.
Das Gericht hat Groenewold in eine Situation gebracht, wo er schweigen muß, wo es in seinem eigenen Interesse aber eventuell besser wäre zu reden. Dies kann er aber erst dann tun, wenn die Verfahren gegen seine Mandanten rechtskräftig abgeschlossen sind. Dann nämlich darf ein Anwalt aus berechtigten eigenen Interessen seine Schweigepflicht brechen. Auch hier wird man aufmerksam darauf zu achten haben, ob das Gericht aus dem Schweigen Groenewolds auf bestimmte Fragen, die noch lebende frühere Mandanten betreffen, negative Schlüsse zieht. Tut es dies, stellt es einen so angeklagten Verteidiger für sich selbst verteidigungslos.
Das sogenannte Beweismaterial der Bundesanwaltschaft, Schriftwechsel, Verteidiger/Mandanten, in den Zellen aufgefundene Aufzeichnungen wird von Groenewold kommentiert als ein Teil seiner Einlassung zur Sache. Dabei kamen vor allem noch einmal die Haftbedingungen zur Sprache, die Hungerstreiks und die in diesem Zusammenhang von Groenewold und anderen Verteidigern geleistete notwendige Öffentlichkeitsarbeit und gegenseitige Information der in verschiedenen Haftanstalten einsitzenden Mandanten. Dieser Arbeit spricht die Bundesanwaltschaft jede Verteidigungsqualität ab. Genausowenig wollte die Bundesanwaltschaft die Arbeit Groenewolds im Hinblick auf Materialsammlung per Info-System für den Prozeß und dort für Beweisanträge als zulässige Verteidigung anerkennen; Begründung: dieses Verteidigungskonzept sei aussichtslos oder unerheblich gewesen.
Dieser Versuch, von Seiten der Anklage gleichzeitig darüber zu befinden, mit welchen Mitteln verteidigt werden darf und darüber hinaus zu bestimmen, was als effektiv zulässig sein soll und das als uneffektiv bezeichnete Verteidigungskonzept zu kriminalisieren – dies wäre im übrigen ein Vorgriff auf das noch ausstehende Urteil – ist zunächst gescheitert. Die Verteidigung hatte im April den Antrag gestellt, mehrere ausländische Juristen darüber zu hören, daß das von Groenewold intendierte Verteidigungskonzept in anderen Ländern üblich sei und Angeklagte in politischen Verfahren dort auch das Recht haben, sich im Prozeß zu ihrer politischen Identität und Überzeugung im Rahmen ihrer Verteidigung zu äußern. Ein weiterer Antrag lief darauf hinaus, die im Stammheimer Prozeß gestellten Beweisanträge zu verlesen, um beweisen zu können, daß das von Groenewold organisierte Material Eingang in diese als zulässig anerkannten Beweisanträge gefunden hatte. Das Gericht hat in beiden Fällen die behaupteten Tatsachen als wahr unterstellt, d.h., daß Groenewolds Arbeit Verteidigungstätigkeit war. Dies ist ein eindeutige Niederlage der Bundesanwaltschaft. (Die dennoch geäußerte zynische Bemerkung von Bundesanwalt Morré: "Die RAF-Mitglieder sind aber dennoch zu lebenslänglich verurteilt worden" spricht für sich.)
Im Grunde genommen könnte der Prozeß zu Ende sein, denn in der Anklageschrift wird Groenewold an konkreten Handlungen nur die Organisation des Info-Systems vorgeworfen.
Was das Gericht von einem Anwalt erwartet, wurde aus einer Bemerkung Plambecks deutlich: Wie es denn mit der Resozialisation der Mandanten durch Groenewold ausgesehen habe? Hier kann man nicht mehr geneigt sein, eine fatale Entgleisung anzunehmen. Groenewold mußte den Vorsitzenden daran erinnern, daß es immer noch so etwas wie eine Unschuldsvermutung gibt und daß Resozialisierung eine staatliche und keine Verteidigeraufgabe sei, die staatliche Aufgabe aber erst nach rechtskräftiger Verurteilung beginne. Im übrigen seien die Voraussetzungen

Verlag Die Arbeitswelt

Autorenkollektiv
Gewerkschaftspresse als Gegenöffentlichkeit?
Untersuchungen zur Funktion gewerkschaftlicher Publikationen in Arbeitskonflikten
160 Seiten DM 14,80

Werner Jung, Ulrich Laube
Die alleingelassenen Belegschaften
Betriebsvereinbarungen und gewerkschaftliche Tarifpolitik
168 Seiten DM 13,80

Klaus Gülden
Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise
Fallstudie über die Stilllegung eines Walzwerks
136 Seiten DM 12,80

Verlag Die Arbeitswelt
Körtestr. 10, 1000 Berlin 61
Gesamtkatalog anfordern!

Über die Zunahme bewaffneter Konflikte, Kriege und Interventionen in Afrika – zuletzt der sowjetisch-kubanischen in Eritrea und der französischen in Zaire – ist bisher in der "links" nicht berichtet worden. Dies ist kein Ausdruck der Bewertung ihrer Bedeutung. Die Redaktion ist vielmehr der Auffassung, daß aufgrund der Komplexität der Konflikte und der damit verbundenen Frontverkehrungen, wie sie sich insbesonders an der Teilnahme kubanischer Truppen gegen die eritraeische Befreiungsbewegung ergeben haben, eine ausführliche Bestandsaufnahme dringlich wird, die in der folgenden "links" aufgenommen werden soll. Inzwischen verweisen wir auf die detailliert informierende Dokumentation "Brennpunkt Nordostafrika", hrsg. von Günter Schröder.

bei sogenannten Terroristen für eine Resozialisierung deshalb nicht gegeben, weil diese den resozialisierungswilligen Staat ablehnten. Letzteres beinhaltet etwas Logisches, die beiden ersten Feststellungen Groenewolds etwas Rechtliches. Die Auffassung von Dr. Plambeck geht jedenfalls am Recht vorbei. Hier kommen einem die Zweifel derjenigen in den Sinn, die fragen, was man denn von solchen Richtern erwarten könne.

Geht man davon aus, daß es keine inhaftierte kriminelle Vereinigung gab, die Groenewold unterstützen konnte, weil die Mandanten weder den juristischen Begriff der Vereinigung erfüllten und keine realisierbaren kriminellen Ziele in oder aus der Haft heraus verfolgten, muß Groenewold freigesprochen werden. Die Geschichte, die in jedem Fall über diese "Verfahren", dieses Aneinanderreihen von Rechtsverstößen, zu schreiben ist, hätte dann wenigstens ein gutes Ende. Doch da die Rechtsauffassungen sich ändern können, muß man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß das Gericht entgegen der Auffassung vieler Strafrechtswissenschaftler von einer kriminellen Vereinigung ausgeht.

Gut. Bliebe die Notwendigkeit des Nachweises krimineller Unterstützung durch Groenewold. Die Bundesanwaltschaft hält es schon für kriminelle Unterstützung, daß Groenewold das Zusammengehörigkeitsgefühl und Selbstverständnis seiner Mandanten aufrechterhalten hat. Offenbar soll von einem Verteidiger erwartet werden dürfen, daß er das Selbstverständnis seiner Mandanten bricht. So hat es auch Groenewold im Prozeß erklärt und hinzugefügt, solche Haftziele gäbe es nicht. Das Zerbrechen eines Menschen, gleich welcher politischen Überzeugung, sei ungesetzlich und unmenschlich. Man darf gespannt sein, wer hier wann offen widersprechen wird. Vielleicht sind die Verfechter von Gesetzen, die die Verteidigerrechte immer mehr einschränken und damit die inhaftierten Mandanten treffen, irgendwann mal so ehrlich zu sagen, daß in politischen Prozessen nach ihrer Auffassung nicht mehr verteidigt zu werden braucht oder darf. Man kann dann besser unterscheiden. Der Prozeß geht möglicherweise Anfang Juni zu Ende.

HANSI EULER

IG Bau drohte mit der Basis

Jahrzehntelang war die Bauwirtschaft ein Musterbeispiel sozialpartnerschaftlicher Beziehungen zwischen IG Bau, Steine, Erden und den Unternehmern. Der ehemalige Vorsitzende der IG Bau und spätere Bundesverteidigungsminister Georg Leber war einer der offensivsten Verfechter sozialpartnerschaftlicher Rezepte der Bindung der Arbeiter an das unternehmerische "Wohlbefinden" (Gewinnbeteiligung der "Arbeitnehmer" u.ä.).

Doch kaum eine andere Branche war so stark von der Ende 1973 einsetzenden Krise betroffen wie die Bauindustrie. Noch heute liegt die Bautätigkeit in der BRD 10% unter dem Stand von 1973. Mit 1,1 Millionen Beschäftigten lag die Beschäftigtenzahl Anfang 1978 sogar um 450.000 oder 29% unter dem Stand vor Krisenbeginn.

Im Gefolge der Krise wurde immer unübersehbarer, wie sehr die sozialpartnerschaftlichen Hoffnungen der Gewerkschaftsführung auf Sand gebaut waren. Ungerührt durch alle gewerkschaftlichen Appelle kündigten die Unternehmer den jahrzehntealten "sozialen Frieden" auf. Der Sozialpakt hatte seine Funktion erfüllt, in den Jahren der Hochkonjunktur mit expandierender Bautätigkeit und allgemeinem Arbeitskräftemangel die dringend benötigten Arbeitskräfte mit materiellen Versprechungen und sozialpartnerschaftlichen Leistungen an den Bau gelockt zu haben. Auf breiter Front kürzten die Unternehmer seit Beginn der Krise die außertariflichen Zulagen, waren – angesichts der veränderten Arbeitsmarktlage – zu keinen kampflosen Zugeständnissen in den Lohnrunden mehr bereit und riskierten dafür auch das Ende der Mauschelrituale der bisherigen Tarifverhandlungen, die ohne Information und Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder hinter verschlossenen Türen abzulaufen pflegten.

Ausdruck der veränderten Unternehmerstrategie war die Ablehnung des Anfang Februar 1978 vorgelegten Schlichtungsspruchs zum Bundesrahmentarif, den die IG Bau bereits akzeptiert hatte. Der Schlichtungsspruch sah u.a. eine Urlaubsverlängerung und die Regelung der Bezahlung von Wegegeld und Auslösung vor. Doch da diese Regelungen in vielen Betrieben bereits über Betriebsvereinbarungen durchgesetzt waren, konnte die IG Bau hier keinen größeren Konflikt mit den Unternehmern riskieren. Deshalb verknüpfte sie die Manteltariffrage mit der Lohntarifforderung, die sie kurz nach Scheitern der Manteltarifverhandlungen in Höhe von 7,7% aufstellte. Neu daran war, daß sie die Forderung – entgegen den extremen Mauschelpraktiken der Vergangenheit – bereits vor Verhandlungsbeginn bekanntgab. Neu war auch, daß neben Lohn- auch Verdienstabsicherungsforderungen wie in der Druck- und Metallindustrie gestellt wurden.

Was trieb die IG Bau dazu, ihre bisherigen Praktiken partiell zu verändern? Sie war nicht nur – wie bereits ausgeführt – durch die Unternehmer in die Defensive gedrängt worden. Folge ihres Festhaltens an den sozialpartnerschaftlichen Ritualen der Vergangenheit war auch eine wachsende Unzufriedenheit an der Mitgliederbasis. In den Augen vieler Kollegen erschien die Gewerkschaft zunehmend überflüssiger. Vielfach gab es Gewerkschaftsaustritte.

War auch die Gewerkschaftsorganisation zunächst nicht bereit zu reagieren, so wuchs dennoch der Unmut unter den Kollegen. Denn dazu hatten sie allen Grund: im Verlauf der Krise waren sie – insbesondere als Folge drastisch gekürzter außertariflicher Leistungen und des Abbaus von Überstunden – vom 7. auf den 20. Platz in der Lohnskala gesunken; Hunderttausende hatten die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht, waren die Opfer zahlloser Bankrotte geworden, hatten die Folgen von Rationalisierung und Arbeitsintensivierung am eigenen Leib erfahren. Dieses sich wandelnde Bewußtsein der Kollegen aber wurde schließlich auch von der IG Bau registriert, so daß im Verlauf der Tarifrunde selbst ein notorischer Sozialpartner wie der Gewerkschaftsvorsitzende Sperner, der sich traditionell darauf konzentriert,

dpa

Ausschlußverfahren gegen ÖTV-Sekretär

Manfred Schwanbeck war bis zum 9. Februar 1978 hauptamtlicher ÖTV-Sekretär in Kiel, dann wurde er von der ÖTV-Kreisverwaltung fristlos entlassen. Jetzt läuft ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen ihn. Als Manfred Schwanbeck im Dezember 1977 als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär eingestellt wurde, war er den ÖTV-Kollegen in Kiel kein Unbekannter. Sechs Jahre ehrenamtliche Tätigkeit für die ÖTV, davon drei als Vorsitzender des Kreisjugendausschusses, hatte ihm das Vertrauen vieler Kollegen eingebracht. Lediglich dem ÖTV-Bezirksleiter Nordwest, Hans Schwalbach, der sich bundesweit einen unrühmlichen Namen sowohl durch die Anstrengung eines Ausschlußverfahrens gegen Heinz Brandt als mit seinem engagierten Eintreten für die Atomenergie als Aufsichtsratsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke machte, war er damals schon suspekt.

Schwalbach wußte, warum ihm sein neuer hauptamtlicher Sekretär nicht genehm war. Als Landtagsmitglied im Innenausschuß des Kieler Parlaments tätig, hatte er genügend Einsicht in die Akten des Verfassungsschutzes. Bei einem Gespräch mit Schwalbach teilte dieser dann auch Manfred Schwanbeck mit, er sei bis zu seiner Einstellung bei der ÖTV und auch danach von diesem Amt observiert worden. Dabei sei festgestellt worden, daß er Mitglied des Spartacusbundes sei. Bei gleicher Gelegenheit gab Schwalbach seinem Sekretär ein Plakat zurück, das in dessen Wohnung sichergestellt worden sei. Anfang Februar wird Manfred Schwanbeck fristlos gekündigt. Einige Tage später findet eine Pressekonferenz im Kieler Innenministerium statt. Dort wird vom Verfassungsschutz ein Papier präsentiert, das aus Schwanbecks Wohnung stammt und das er vor Jahren für den Spartacusbund verfaßt haben soll. Am 16. März schließlich erhält er schriftlich die Mitteilung, daß ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Die offizielle Begründung hierfür lautet: ein Flugblatt, das von einem "Unterstützungskreis für Manfred Schwanbeck" verteilt worden sei, sei gewerkschaftsfeindlich.

Was den "Fall" Manfred Schwanbeck besonders bemerkenswert macht, ist weniger das häufig festzustellende Vorgehen höherer Gewerkschaftsfunktionäre gegen engagierte Kollegen, als mehr, daß hier evident wird, wie auch in den Gewerkschaften bei Einstellungen bzw. Entlassungen auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zurückgegriffen wird.

Gegenwärtig läuft bundesweit eine Unterschriftenaktion, in der die Rücknahme der Kündigung und des Ausschlußverfahrens von Manfred Schwanbeck gefordert wird. Unterschriftenexemplare sind erhältlich bei Klaus Engert, Fleethörn 64, 23 Kiel 1.

VOLKER SCHAUER

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" bringt kritische Beiträge zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, die man nicht in der offiziellen Gewerkschaftspresse findet.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" veröffentlicht Analysen zur sozialen Lage und zum Bewußtsein der arbeitenden Klasse, diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

Probeexemplare können angefordert werden bei Verlag 2000 GmbH + Sozialistische Büro, 605 Offenbach4, Postfach 591.

in Ministerien und Planungsämtern zu lobbyieren, in dieser Tarifrunde auf die Baustellen ging und vom Klassenkampf redete.

Erstmals seit vielen Jahren gab es in dieser Situation auf breiter Front Reaktionen der Bauarbeiter. In den letzten Jahren war es zwar bereits zu Kämpfen einzelner Berufsgruppen gekommen, z.B. dem dreiwöchigen Streik der Granitarbeiter 1977 im Bayrischen Wald, dem Streik der Steinmetzer 1975 in Hamburg und den Streiks an der Ruhr 1973 und in Berlin 1976. Kurze Schwerpunktstreiks hatte es jedoch zuletzt 1967 und davor im Jahre 1957 gegeben. 1978 kam es jedoch zu Arbeitsniederlegungen in der gesamten Bundesrepublik. 133.000 Bauarbeiter waren an Warnstreiks beteiligt, bis im April 1978 die Tarifverhandlungen seitens der Großen Tarifkommission der IG Bau bei einem Unternehmerangebot von 5% für gescheitert erklärt wurden. Am 9. Mai, einen Tag vor Beginn der Schlichtung, legten dann 141.000 (!) Bauarbeiter die Arbeit für zumeist mehrstündige Warnstreiks nieder – sichtbares Zeichen dafür, wie groß die Streikbereitschaft war und daß diese Widerstandsbereitschaft nicht auf traditionell eher als kampfbereit geltende Teile der Arbeiterklasse wie die Metaller, Drucker oder Hafenarbeiter beschränkt war, die in diesem Jahr bereits gestreikt hatten. Pikanterweise war der Vorsitzende der am 10. Mai begonnenen Schlichtungsverhandlungen kein anderer als Walter Hesselbach – ehemaliger Vorstandsvorsitzender der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft und inzwischen aufgestiegen zum Boß des neugegründeten Gewerkschaftstrusts, in dem die größte Baugesellschaft der BRD, die "Neue Heimat", eine zentrale Machtposition innehat. Was konnten sich die privaten Bauunternehmer besseres einfallen lassen, als den Repräsentanten des gewerkschaftseigenen Baukapitals über die Schlichtung präsidieren zu lassen, der als "Gewerkschaftskollege" Kapitalinteressen gegenüber der IG Bau vertreten würde. Kein Sperner, der zudem als Mitglied in Aufsichtsräten selbst Teil des Baufilzes ist, würde es wagen, die Interessen der Bauarbeiter auch nur ansatzweise offensiv gegenüber dem "Gewerkschaftskollegen" Hesselbach zu vertreten, mochten die Kollegen vom Bau von ihm denken, was sie wollten.

So kam es auch – bei bereits wieder demobilisierter Basis – zu der Schlichtungsvereinbarung von 5,6%, die zwar – gemessen an den Tarifabschlüssen der letzten Zeit – als Folge der vorausgegangenen Streikaktionen relativ hoch war, doch keineswegs die allgemeine Lohnentwicklung durchschlagend nach oben korrigierte. Hier band sich die Führung der IG Bau an das Wohlergehen des Baukapitals: nicht nur unmittelbar in Form dieses Lohnkompromisses, sondern letztlich mehr noch dadurch, daß auch in dieser Tarifrunde jede kritische Fragestellung hinsichtlich dessen, was von der Branche überhaupt produziert wird und in wessen Interesse diese Produktion ist, ausgeklammert wurde, und die eigene gewerkschaftliche Existenz unbefragt mit der Logik des Baukapitals verknüpft wurde. Keine Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, Arbeitsplätze durch Errichtung von Atomkraftwerken, neuen Autobahnen, Bürosilos, die Zerstörung alter Stadtviertel und die Einbetonierung der Wiesen und Felder zu erhalten. Ob es nicht – jenseits des unmittelbaren Zwangs, die Löhne zu verteidigen – angesichts der um sich greifenden Vernichtung der Arbeitsplätze wie der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen, immer unausweichlicher wird, Lösungen zu suchen, die Arbeit wieder zu dem zu machen, was sie ursprünglich einmal war: Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse statt Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Reproduktion des Kapitals. Doch derartige Fragen wurden in dieser Tarifrunde so wenig gestellt wie in früheren. Und ein Sperner – einer der eifrigsten gewerkschaftlichen Befürworter des Baus von Atomkraftwerken und anderen technologischen Monstrositäten – wird alles tun, damit das auch in Zukunft so bleibt.

H.E. BRAND

Bild: Hanspeter Ulrichs

Zur Ermordung Henri Curiels

"Heute um 14 Uhr hat der Agent des KGB Henri Curiel, Kämpfer für die arabische Sache, Verräter an Frankreich, das ihm Obdach gewährte, endgültig seine Aktivitäten eingestellt. Er wurde in Erinnerung an unsere Toten exekutiert", erklärte eine als OAS-Nachfolgeorganisation sich bezeichnende rechte Terrorgruppe "Delta" am 4. Mai in Paris. Henri Curiel, 64 Jahre alt, in seiner Jugend entscheidend an der Gründung der Kommunistischen Partei Ägyptens Hatedu (Nationale Befreiungsbewegung) beteiligt, war 1951 aus Faruks Ägypten verjagt worden. In den 50er Jahren hatte er in hohem Maße Anteil an der Unterstützung der algerischen Befreiungsbewegung FLN; zu einer Zeit, als die kommunistischen Parteien die Bedeutung antikolonialer nationaler Befreiungsbewegungen weniger als gering schätzten. Obwohl er den Moskowitern immer suspekt und "trotzkistisch" schien, war er nicht gewillt, endgültig mit der UdSSR zu brechen; ihre Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker der "Dritten Welt" in der Ära des Antikolonialismus hielt er für unverzichtbar.

Im Juni 1976 wurde er in einem Artikel in der rechten französischen Zeitschrift "Le Point" als "Drahtzieher des internationalen Terrorismus", ja sogar als "Carlos" verdächtigt. Die wachsenden Aktivitäten chauvinistischer Gruppen in Frankreich, die sich hauptsächlich gegen algerische Arbeitsimmigranten richtet, die Anwesenheit französischer Fallschirmjäger im Südlibanon – so wird vermutet – hätten verstärkt jene Kräfte an die Oberfläche getrieben, die in nationalistisch-kolonialer Algerien-Nostalgie diesen Mord verübten. Von ehemaligen OAS-Führern wurde ein geplantes "Nostalgie-Attentat" freilich bestritten.

Tatsächlich bot die veröffentlichte Meinung in Frankreich weitere Anhaltspunkte an: Curiel, der sich wie für die algerische auch für die palästinensische Sache einsetzte, vermittelte zwischen der PLO und solchen – wenn auch zionistischen – Israelis, die sich für eine Anerkennung der PLO aussprachen. Die Vermutung, daß der israelische Geheimdienst, der 1968 an der Ermordung des marokkanischen Sozialisten Ben Barka beteiligt war, sich auch hier betätigte, ist ebenso wahrscheinlich, wie daß hier wieder jene arabischen Kräfte wirkten, die für die jüngst erfolgte Ermordung des PLO-Vertreters in London – Said Hammami – verantwortlich sein sollen.

Nachstehend drucken wir einen Nachruf des französischen Genossen und Orientalisten Maxime Rodinson aus "Le Monde" vom 6. Mai auf Henri Curiel ab.

Diesen Tod hatte er erahnt und ihn von vornherein als eine ruhmvolle Gefahr des harten Berufs eines Revolutionärs in Kauf genommen. In seiner reinen, unbestechlichen und schlichten Sicht der Dinge – die er gelegentlich um einige subtile Wendungen anzureichern verstand – war dies die Ehre des Vorkämpfers, daß er für die Sache der leidenden und hungernden, nach Freiheit und Frieden trachtenden Massen gegen die entfesselte Barbarei der reaktionären Handlanger, die Schergen des Faschismus, die Hydra des Imperialismus, den Großkapitalismus zu Felde zog.

Allem Sentimentalen und Moralischen mit Verachtung begegnend, gehorchte er selbst einem höchst moralischen kategorischen Imperativ, glaubte er sehr sentimental bis zum Exzeß an einen rationalen Ablauf der Geschichte. Über seine Mörder hätte er wohl wie einst Lenin zu Gorki, als sich dieser über das Attentat der Dora Kaplan gegen ihn, Lenin, empörte, gesagt: "Jeder handelt so, wie er's versteht". Kein Glaubensrecke, wie die ersten Christen sagten, hat sich mit mehr Mut und Entsagung eingesetzt im Kampf für einen "singenden" Morgen: inmitten der Feindseligkeit seiner Gegner – und das mußte so sein und war auch ehrenvoll –, aber auch inmitten der Feindseligkeit und des Unverständnisses seiner Weggefährten – und das war sehr bitter.

Ich war ihm zum erstenmal Ende 1941 in Kairo begegnet. Ich, der ich mich als fest im Pariser Proletariat verwurzelt verstand, hatte mit nicht wenig Ironie auf diesen jüdischen Großbürgersohn aus der ägyptischen Hauptstadt geblickt, der davon träumte, einmal der Lenin des verelendeten Ägypten zu sein – nicht so geträumt wie jene, die zeitlebens daran arbeiten, daß ihnen ein guter Nachruf vorausgeht, sondern getragen vom Pflichtgefühl gegenüber den leidenden Massen dieses Landes, das, was immer man behaupte, sein Land war. Möge man zu seinen Ideen und seinen Taten stehen, wie man will, eine bedeutsame historische Rolle ist ihm nicht abzusprechen.

Die Bewegung, die er kurz vorher gegründet hatte, war die bedeutsamste unter der Vielzahl aus den Urnebeln der damaligen Zeit entstiegener Gruppen und – vor allem – Weltanschauungen. Viele dieser Gruppen und ihrer Mitglieder feindeten ihn an, aber seine Aktion fing an, Ideen Eingang finden zu lassen, die in der Folgezeit niemand mehr abzuweisen vermochte. Vor allem jene Aussage, daß es nicht gottgewolltes Schicksal der Schlammufer des Nils sei, beliebig steuer- und fronbare, ausgehungerte Sklaven hervorzubringen, die seit Pharaoszeiten das Luxusbedürfnis aus- und inländischer Herren ergebenst zu stillen prädestiniert seien.

Wie die anderen damaligen ägyptischen Kommunisten hatte er sich in der Einsamkeit gebildet, isoliert, fern den Zentren der bolschewistischen Doktrin und Praxis, fern des Kremlapparates, von fern geleitet lediglich vom Moskauer Stern. Das reichte, um nicht nur Ironie wie die meinige zu wecken, sondern auch um das beharrliche Mißtrauen einer strukturell mißtrauischen Bewegung zu schüren. Während er bis zu seinem Tod dieser Bewegung, in der er die Bastion des Weltproletariats sah, die Treue hielt, erntete er seinerseits von ihr hauptsächlich schroffste Zurückweisung und Kränkung, gar heimtückische Anschuldigungen. Er nahm dieses Verhalten mit Bitterkeit und mit Resignation hin als unausweichliche Materialisierung der objektiven Gesetze der Geschichte, die, wie schmerzhaft auch, notwendig ein höheres Gut erwirken.

Als er aus Ägypten ausgewiesen wurde, trat er in den Dienst der revolutionären Bewegungen der Dritten Welt. Seine charismatische Persönlichkeit erweckte in seiner Umgebung bei denen, die, wie er, entwurzelt waren, blinde Ergebenheit, die er für den vielgestaltigen Kampf nutzbar zu machen wußte. Seine Dialektik, eine Mischung aus Naivität, Spitzfindigkeit und Subtilität, fand Entschuldigungen für diejenigen Kommunisten, die seine Form der Aktion nicht verstanden, und versteifte sich darauf, die positive Rolle des russischen Kerns der großen Republik des Weltkommunismus hochzuloben. War nicht dieser Kern mangels Alternative die feste, auf staatlicher Ebene einzige Stütze der leidenden Völker der 3. Welt? Und von diesem diplomatischen Stellenwert schloß er auf die wesenhafte und wesentliche Güte dieses Regimes.

Seine jüdische Herkunft erleichterte natürlich die Dinge nicht. Antizionist aus Prinzip, der er war, wurde er von den israelischen Führern beschimpft und dennoch von nicht wenigen arabischen Mitstreitern, in so mancher Hinsicht seine Brüder, der Sympathie und der Komplizenschaft mit dem jüdischen Staat verdächtigt, zumal er von jeher einen nuancierten Standpunkt bezog. In seinem letzten Lebensabschnitt galten seine und die auf seine Anregung zurückgehenden Bestrebungen hauptsächlich der Annäherung zwischen den revolutionären und fortschrittlichen Kräften der arabischen Welt – in erster Linie die Palästinenser – und der israelischen Gesellschaft. Das hatte zu positiven Ergebnissen geführt, die eines Tages ihre Früchte abwerfen werden, und den Haß, das Mißtrauen und die Beschuldigungen gegen ihn potenziert.

Die Feindschaft seiner erklärten Gegner und selbst der Leute aus dem eigenen Lager, die (für gewöhnlich) von der Ideologie ihrer Sekte besessen und geblendet sind, war nichts Neues. Aber was soll man von denen halten, die gestern noch wegen billiger dreißig Silberlinge eines Sensationsartikels mit dem Finger auf ihn zeigten und seinen Mördern den Weg wiesen? Es war eine doch so faszinierende Geschichte, ihn als Kopf eines finsternen Agentennetzes zu konterfeien, indem man Volksbewegungen durch Kreuzung mit Terroristen bastardierte. Wie soll man denn zusammenreimen, daß ein Mann, der unentwegt Lobgesänge auf die UdSSR anstimmte, ein Geheimagent des KGB sei? Man kann die sowjetische Bürokratie noch für so tolpatschig halten, solche Eseleien kann man ihr nicht unterstellen. Einmal entlarvt übrigens, erwiesen sich die Sowjetagenten noch allemal als echte Rechte. Ich kenne Leute, die heute abend sich die Asche ihres Sensationsfeuers auf den Kopf streuen werden.

Einen Menschen zu töten, ist heutzutage ein Leichtes. Aber einer Sache Märtyrer zu schenken, war noch immer das beste Mittel, sie zu stärken. Und der Schmerz von heute in den Herzen seiner Anhänger (man wird bemerkt haben, daß ich trotz meiner Achtung und meiner Gefühle der Freundschaft nicht zu ihnen gehöre) wird sie bestärken, den schweren Weg weiter zu gehen, den er ihnen in der Einsamkeit und Bitterkeit des unverstandenen Kämpfers vorgezeichnet hat.

MAXIME RODINSON

Anstoß: 1.6. Buenos Aires, 19 Uhr

Jens Huhn

FORTSETZUNG VON SEITE 1

bau des Agrarexports, Schwächung der einheimischen Industrie gegenüber multinationalen Konzernen durch Konsumdrosselung, Senkung der Importzölle, rechtliche Gleichstellung von Auslands- und Inlandskapital, Investitionsanreize für Auslandskapital.

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft will die argentinische Regierung dem internationalen Kapital zeigen, daß Großprojekte wie etwa Fußballstadien billig und termingerecht fertiggestellt werden können, Ruhe und Ordnung ebenso garantiert sind wie ein funktionierendes Kommunikationsnetz, kurz ein "heiteres Investitionsklima" herrscht. Darüber hinaus kann die WM als Illustration für die Vormachtstellung Argentiniens in Südamerika dienen. Trotz aller brutaler Mühen herrscht aber in Argentinien noch keine Friedhofsruhe, ist die Allgegenwart staatlicher Gewalt vonnöten. So kam es 1977 zu Arbeitskämpfen in der Metall-, Kfz-, Elektro- und Chemie-Industrie. Auch hat man bis heute nicht die in der Arbeiterklasse recht gut verankerte bewaffnete Montonero-Bewegung zerschlagen. Deshalb tut Werbung not, denn Schritt auf Tritt begegnet der Argentinienreisende den Früchten der neuen Unternehmerfreiheit, wird der Tourist mit Massenarbeitslosigkeit und gewaltigen Preisen konfrontiert.

In und vor den Städten wird es von bis an die Zähne bewaffneten Ordnungskräften geradezu wimmeln, obwohl die WM nur vor einem ausgesuchten Publikum stattfinden wird, denn ein anonymer Kauf von Eintrittskarten ist nicht möglich. Deshalb sind sie dabei, "ein System der Infiltrierung in den wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften aufzubauen." (Geheimpapier der Regierung nach LA-Nachrichten). Mißliebige ausländische Reporter erhalten erst gar keine Akkreditierung, andere werden mit vorgefertigten Informationen versorgt und zur Bekräftigung von deren Glaubwürdigkeit zu Festen eingeladen, schließlich als Höhepunkt des Programms "mit den jungen Mädchen bekannt gemacht, die stellvertretend für die attraktive und gesunde Jugend des Landes ... als Hostessen und Reiseführerinnen dienen werden." (s.o.)

Die Fußballweltmeisterschaft hat ein altes Problem linker Fußballfans erheblich verschärft. Wie selten zuvor ist deutlich geworden, wie leicht Fußballbegeisterung stillschweigende Anerkennung schlechter bestehender Verhältnisse bedeuten kann, manchmal die Grenze zur Komplizenschaft überschreitet. Zumeist macht der linke Fan die Sache mit sich selbst ab. Wenn immer das Problem öffentlich diskutiert wird, und das geschieht selten genug, kommen ausgefeilte Abwehrmechanismen zum Vorschein.

Gescherbel im Mittelfeld

Diesmal herrscht Pragmatismus. "Fußball Ja – Folter Nein" heißt die Parole. Einiges spricht für sie. Fußballbegeisterung soll ausgenutzt werden, argentinische Verhältnisse bekannt zu machen. Der Zynismus, mit dem ein Teil der hiesigen Fußballfunktionäre und Spieler die angebliche politische Reinheit ihres Sports verteidigen, Kritik in eine Dolchstoßlegende für alle Fälle ummünzen (Leistungsabträgliche Unruhe sei dadurch in die Nationalmannschaft gekommen) ist eine wertvolle Unterstützung beim Appell ans Gewissen.

"Ganz gleich wie man diesen Wechsel politisch bewertet", so DFB-Chef Neuberger über den Militärputsch in Argentinien, "wir haben dadurch Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen." Helmut Schön, der Bundestrainer, erklärte nach der Südamerikareise der Nationalelf 1977, er habe "nichts gesehen, von dem man sagen könnte, es handle sich um eine ausgesprochene Diktatur ..." "Ich glaube nicht, daß die Politik dort bei der Weltmeisterschaft eine wesentliche Rolle spielen wird." Nationalverteidiger Vogts verniedlichte die argentinischen Verhältnisse mit dem Hinweis auf die Sowjetunion.

Dies ist nur eine ganz kleine Auswahl aus der Masse von reaktionären Sprüchen, die Funktionäre vor allem, aber auch Spieler in letzter Zeit zum besten gaben.

Sie haben nicht nur der Aufklärungskampagne über Argentinien geholfen, oder Paule Breitners finanzielle Verhältnisse aufbessern helfen (wenn auch nicht sein moralisches Ansehen, das er besser bei seinem früheren Arbeitgeber, dem Franco-Lieblingsclub Real Madrid, aufpoliert hätte, als er still und bescheiden Kritik an politischen Verhältnisen dem holländischen Star Johan Cruyff überließ).

Sie haben den linken Fans die Möglichkeit gegeben, das eigne Problem mit dem Fußball am reaktionären Neuberger und seinen Gesinnungsgenossen abzuarbeiten.

Wenn amnesty erklärt, man habe nichts gegen Fußball, dann nimmt diese Organisation Rücksicht auf den Bewußtseinszustand der Öffentlichkeit, die angesprochen wird im Interesse der Aufklärungskampagne, die notwendig und richtig ist.

Das "Fußball Ja" müßte für linke Fans dann doch ein wenig problematischer sein. Der Hinweis auf den aktuellen Zustand des öffentlichen Bewußtseins kaschiert leicht den Versuch, über eigne Fußballbegeisterung nicht nachdenken zu müssen. Möglicherweise signalisiert er lediglich Unlust an alten fruchtlosen Debatten, vielleicht aber auch ein fortgeschrittenes Stadium von Berührungsangst gegenüber dem eignen Problem, wenn vor dieser Weltmeisterschaft kaum etwas davon zu bemerken ist, daß die gesellschaftliche und politische Funktion des Fußballs intensiver diskutiert wird; im besten Falle wird mit aufklärerischem Gestus unsittliche Verbindung von Fußball und Politik dokumentiert.

Sicher gibt es genügend trübe Erfahrungen mit alten Diskussionen. Vinnais Buch "Fußballsport als Ideologie" hatte zuerst versucht, dem fußballspielenden, Sportschausüchtigen linken Fan aufklärerisch die Augen zu öffnen. Da war die Rede davon, daß Fußball eine spezifische Verdopplung der Arbeitswelt sei, auf dem Fußballplatz kapitalistische Ideologie vom Aufstieg des Tüchtigen, vom Sieg des Besseren im Konkurrenzkampf, freier Persönlichkeitsentfaltung veranstaltet wird, aggressives Potential, das besser für befreiende Praxis umgeformt werden könnte, in Vereinsborniertheit, Männlichkeitswahn oder Chauvinismus im Dienst von Herrschaft umgebogen würde.

Gelegen kam Vinnais Kritik dem Ärger der Nicht-Fans, mit denen die Fans an manchem Wochenende oder Fußballfernsehabend die Kommunikation abbrachen. Manchem hat sie wohl auch dazu gedient, Angst vor unkontrollierten Massenemotionen, wie sie im Fußball erscheinen, Hingabe an Rauschzustände zu rationalisieren. Allemal wäre zumindest auch einmal zu diskutieren, ob hinter mancher Verachtung des Fußballwahns ein Stück verdrängter Außenseitererlebnisse verborgen sein könnten.

Vinnais Kritik und die anderer hat sicher einiges getroffen. Übersehen läßt sich nicht, daß eine

Helmut Schön besichtigt das River Plate-Stadion

dpa

wachsende Professionalisierung des Spiels ihre Spuren bis ins Spielsystem hinterlassen hat. So ist es richtig, daß die Zahl auswechselbarer Spieler stieg. Unübersehbar sind auch reaktionäre Elemente im Bewußtsein der Zuschauer. Als die bundesdeutsche Mannschaft 1954 Weltmeister wurde, da war es, als ob der 2. Weltkrieg nachträglich gewonnen sei. Herberger avancierte zum neuen klügeren Vater-Führer. Die Crux an derartiger Kritik aber war schnell durchschaut. Sicher ist das Spiel nicht dazu angetan, kapitalistische Ideologie abzuweisen. Ohne weiteres läßt sie sich an ihm bestätigen. Erfolgreich jedenfalls interpretiert die Sportpresse den Fußballbetrieb in den heruntergekommensten Strickmustern kapitalistischer Ideologie. Immer wieder wird z.B. vom Aufstieg des Tüchtigen geschwatzt, obwohl jeder weiß, daß etwa bei der Frankfurter Eintracht niemand tüchtig sein kann, wenn dies Grabowski mißfällt und jedem klar ist, daß dieser selbst in der Nationalelf bei all seiner Tüchtigkeit schlecht spielen mußte, weil andere bewußt das Spiel an ihm vorbeilenkten. Viele andere Beispiele ließen sich anfügen.

Der Zusammenhang zwischen dem Spiel und den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen es stattfindet, ist aber auf jeden Fall vermittelter als Vinnai und andere es sehen wollten. Die Reaktion auf derartige Kritik bei den Fans war entsprechend. Zu offenkundig hatte sie die Realität des Fußballs verfehlt. Kurz und bündig hatte Sartre schon 1960 geschrieben: "Man ist nicht Tormann oder Läufer wie man Lohnarbeiter ist."

Anders ausgedrückt: Kein Fußballer bedient eine Maschine oder beschäftigt sich allein mit dem Ball, allemal gibt es den bösen Gegner, der die eigne Anstrengung durchkreuzt.

Ganz wohl aber war es den linken Fans nicht. Das Bewußtsein von der Illegitimität der eignen Fußballbegeisterung blieb. Gewisse Entlastung erfuhr es durch die Anstrengung, Fußball als Massenkultur, ureigensten "proletarischen Besitzstand" zu begreifen. Auch dabei kam man ganz gut aus dem Schneider. Fußball war einerseits das Problem anderer, die eigne Begeisterung teilte man andererseits mit dem "revolutionären Subjekt".

Rückpaß

Im Problem linker Fans mit ihrer Fußballbegeisterung scheint mir die Angst vor dem eignen Kindertraum und dem Tagtraum zu liegen, die Furcht vor dem unreflektierten, möglicherweise unrealistischen Freiheitsbedürfnis. Im stillen Kämmerlein und in der Freizeit mag es gedeihen.

Unsere kleinen Träume sind nie ganz frei von jenen Erscheinungsweisen der Inhumanität, die wir politisch bekämpfen. Angst und Kränkung sind verständlich. Man weiß, was es bedeutet, wenn der Widerspruch von Befreiung und Destruktivität im kleinen Traum politisch mobilisiert wird. Fußball repräsentiert den Widerspruch in spielerischer Form. Von Anfang an bewahrt er Elemente reaktionärer Sehnsüchtelei zusammen mit Hoffnung. Als Spiel kommen sie zum Ausdruck, weil sie zum jeweils Möglichen querliegen.

Erst allmählich hat sich das Spiel in seiner heutigen Form aus Kampfsportarten englischer Mittel- und Oberschichten entwickelt. Der Kampfsport der Mittel- und Oberschichten wiederum griff auf spätmittelalterliche Volksbelustigungen zurück.

Im Spätmittelalter wird zuerst die städtische und ländliche Unterschicht entwaffnet. Die spielerische Übung gekonnter Aggression bei diesen Bevölkerungsschichten, denen man selbst die Jagd verbot, wird auf festliche Gelegenheiten reduziert. Zugleich beginnt in der frühen Neuzeit die systematische Erziehung des Körpers zum Arbeitsinstrument. Die englische Regierung versucht im 16./17. Jahrhundert "Auswüchse" zu bekämpfen. Jakob I. riet in seinem "Königlichen Ratgeber", dem Sohn Karl I., das Spiel zu verbieten. Auch die Puritaner sparten nicht an Kritik. Zugleich aber war man damals bereits klug genug, das Spiel, das zwischen 2 Stadttoren manchmal einen ganzen Tag hin und her wogte, nicht zu verbieten, sondern lediglich den Sonntag von ihm freizuhalten.

Mit der weiteren Entfaltung der Kriegstechnik wurden dann auch beim Adel körperliche Geschicklichkeit und kontrollierte Aggression immer funktionsloser. Die Übernahme des rohen Spiels, das eher dem heutigen Rugby glich, erfolgte ausdrücklich aus erzieherischen Gründen, sollte für die Kinder des Landadels und der städtischen Oberschichten in den Internaten ein Gegengewicht gegen das Trinken, Hasardieren und Wildern der Schuljugend bilden.

Die Rezeption des nun recht regulierten Spiels bei Unter- und Mittelschichten geschah zu einem Zeitpunkt, als eine sich konstituierende Arbeiterbewegung sich freie Zeit erkämpfte, mit industrieller Disziplin sich allmählich zurechtfand, langfristige Gewerkschaftsstrategie an die Stelle organisierter Maschinenstürmerei zu setzen begann und Hoffnung auf die gewaltlose Kraft des Stimmzettels hegte. Zugleich begann damit die Übernahme des Spiels bei der neuen Schicht der kleinen Angestellten.

In der Rezeption des Spiels wird das neue Selbstbewußtsein der Arbeiter deutlich, die Abstiegsangst der Angestellten, die sich soziale Abgrenzungsmittel der Oberschicht anzueignen versucht, aber auch schon ein Prozeß der "Zivilisation" des Klassenkampfs, Zügelung der Leidenschaft, ihr Abdrängen ins Private und in die Freizeit. Ganz deutlich wurde dies bei der Trennung von aristokratischem Rugby und plebejischem Fußball in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im strikten Verbot des Handspiels beim Fußball wird noch ein Rest des alten Hasses der Maschinenstürmer gegen die neue Handarbeit sichtbar.

Heutige Faszination am Spiel variiert alte Muster. Im modernen Fußball reifen Entscheidungen in kollektiven Auseinandersetzungen in 90 Minuten. Hier entscheidet nicht langer Atem. Hier ist alles einfach, wird persönliche Anstrengung an Ort und Stelle belohnt oder erweist sich als vergeblich. Hier erweist sich Individualismus und Spontaneität als zerstörerisch oder konstruktiv. Die Sehnsucht nach der schlichten und schnellen Lösung wird hier immer wieder bestätigt. Es ist diese Sehnsucht, die die Herrschenden immer wieder auszubeuten verstanden. Chauvinismus, Rassenwahn, Lokalborniertheit sind ihre verbogenen Formen. Im Fußballbetrieb ist diese Deformation ebenso zu besichtigen. Der Fußballkrieg in Lateinamerika hat gezeigt, daß die Eingrenzung der deformierten Sehnsucht ins Oval des Stadions manchmal leicht durchbrochen werden kann. Vinnais Hoffnung allerdings, man könne die Leidenschaft am Fußball in emanzipatorische Energie wie auch immer umwandeln, verkennt die Logik, der Befreiungsprozesse heute unterworfen sind. Da gibt es nur lange Perspektiven.

Linke Begeisterung am Fußball ist eine unter vielen Antworten auf die Triebkontrolle, die die herrschenden Verhältnisse auch denen auferlegen, die sie verändern wollen. Sie entlastet aber auch von jenen Formen der Triebkontrolle, die sich die Linke selbst auferlegt, ist Ausbruch aus der Verkopfung. Auf dem Sportplatz ist man Mensch, hat Teil an den kollektiven Leidenschaften, deren politische Ambivalenz man durchschaut. Dort ist man eins mit den Massen. Anderswo erfährt man schmerzlich die Differenz zu ihnen.

Ich weiß aus eigner Erfahrung, daß man sich seiner wochenendlichen Fußballgefühle schämt, sie als kindlich oder als reaktionären Überrest empfindet und sie lieber im privaten Busen begräbt bzw. trotzig verteidigt. Und doch zeigt etwa unsere Leidenschaft für die "Eintracht", unsere Aufregung bei Länderspielen, daß die Deformation von Leidenschaften vor uns nicht halt macht und unsere Gefühle so blitzsauber links nicht sind. Deutlich wird aber auch, daß uns wohl werktags etwas fehlt. Es gibt bessere Gründe dafür, offen über sie zu diskutieren, als ein reines Gewissen bei der Betrachtung der nächsten Fußballweltmeisterschaft.

Gruppenbild

Heimspiel

Abpfiff

Modell Saarland

SB Saarbrücken

Der Ausgangspunkt

Das Saarland hat heute eine Arbeitslosenquote von 8,4%. Obwohl weitere Massenentlassungen bereits angekündigt sind, gibt es keinen ernsthaften Widerstand. Daß es möglich ist, Massenentlassungen im großen Maßstab durchzuführen, Massenarbeitslosigkeit dauerhaft bestehen zu lassen, ganze Regionen zu ruinieren und ganze Berufsgruppen zum Aussterben zu verurteilen, ohne daß die Arbeiterklasse wieder beginnt, sich gegen Kapital und Staat zur Wehr zu setzen, hat uns erschreckt.
Um unser Eingreifen in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich theoretisch und praktisch zu begründen, stellten wir uns folgende Fragen: Wie kann es zu einer Strukturkrise von diesem Ausmaß kommen? Wie reagieren Regierung und Parteien darauf? Aus welchen Gründen bleiben die Arbeiter still? Wie reagiert der Gewerkschaftsapparat? Gibt es Alternativen? Was können wir selber tun?
Diese Fragen sind nicht nur für unsere lokale SB-Gruppe von Interesse. Das Saarland hat einen Modellcharakter. Viele Industrieregionen stehen vor Massenentlassungen. Die Probleme, die die Gewerkschaften hier haben, werden ihnen morgen in anderen Gegenden ebenfalls zu schaffen machen. Eine Koalition von CDU und FDP, wie sie hier regiert, kann schon bald die BRD regieren. Wenn wir im folgenden unsere Analyse und unseren Praxisansatz zur Diskussion stellen, ist dies zugleich eine Aufforderung. Wir sind der Ansicht, daß eine sozialistische Organisation, die diesen Namen verdient, mehr handlungsbezogen experimentieren müßte, um herauszubekommen, wie sie der Resignation vor Arbeitslosigkeit und Rechtstrend entgegenwirken und selbst aus dem politischen Getto herauskommen kann.

Ursachen der saarländischen Strukturkrise

Die saarländische Arbeitslosenrate ist im wesentlichen Produkt einer einseitig auf Kohle und Stahl ausgerichteten Struktur. Die Kohlenkrise hatte bereits 40.000 Arbeitsplätze in diesem Sektor vernichtet, ohne daß die Montan-Monostruktur der Region grundsätzlich verändert wurde. Die ungünstige Randlage zum deutschen und französischen Markt und die schlechten Verkehrsbedingungen haben dazu beigetragen, daß sich weiterverarbeitende Industrien hier nicht ansiedelten. Ausschlaggebend dafür war jedoch die jahrzehntelang verfolgte Strategie der großen Firmen, Mitbewerber auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht zu dulden. Eine niedrige Erwerbsquote. besonders bei Frauen, und ein Wanderungsverlust von 38.000 Erwerbspersonen in den letzten 13 Jahren signalisierten einen stetigen Druck einer industriellen Reservearmee, der auch das saarländische Lohnniveau stets unter den Bundesdurchschnitt senkte. Was das Kapital dadurch an Extraprofiten gewann, verlor es wieder durch seine Rolle eines mit hohen Transportkosten belasteten Rohstoff- und Halbzeuglieferanten, der vorwiegend unqualifizierte Arbeit ausbeutete und einen geringeren Verwertungsgrad hatte als technologisch hochstehende, "intelligente" Produkte herstellende Kapitale. Zum Ausgleich verstärkte es den Druck auf den Lohn, indem es die Ansiedlung weiterverarbeitender Industrien verhinderte. Der fehlerhafte Kreislauf begann von vorn.

Als Folge der erschwerten Kapitalverwertung flossen seit Jahrzehnten im Saarland erwirtschaftete Gewinne in andere, zentraler gelegene Regionen und profitablere Produktionszweige. Mit den Jahren hat dieser Auszehrungsprozeß immer rasantere Formen angenommen. Nach dem Niedergang des Bergbaus brachte der Konzentrationsprozeß im Stahlsektor, der sich in den letzten 15 Jahren extrem beschleunigt hat, schließlich die zweite Säule der saarländischen Wirtschaft zum Einsturz. Unter dem Druck der japanischen Konkurrenz, die seit Beginn der 60er Jahre massenhaft im Stahlsektor investierte und einen inzwischen unerreichbaren Produktivitätsvorsprung hat, gingen auch die europäischen Stahlkonzerne zu immer größeren Erzeugungseinheiten über. Während die Zahl der Hochöfen und Stahlwerke ständig sank, wuchsen Kapazitäten und Produktivität. Kleine Werke wurden geschlossen, die Produktion in großen Zentralen zusammengefaßt (1).
Die Saar nahm bloß negativ an diesem Prozeß teil. Die vier Hütten gehörten zu vier verschiedenen Konzernen, die die an der Saar erzielten Gewinne überwiegend zur Finanzierung auswärtiger Großanlagen benutzten. Die Dillinger Hütte, mehrheitlich im Besitz der französischen de Wendel-Gruppe, beteiligte sich am übergroßen Küstenstahlwerk Fos bei Marseille. Der luxemburgische ARBED-Konzern, der 50% der Hütten Völklingen und Burbach hielt, engagierte sich vorwiegend bei seinem Küstenstahlwerk SIDMAR bei Gent/ Belgien und im brasilianischen Erzbergbau. Die Stumm-Erben, die 50% des Neunkircher Eisenwerks besaßen und die ebenfalls zur Hälfte bei der Völklinger und der Burbacher Hütte beteiligte Familie Röchling, ohne Chance gegenüber den großen Konzernen, zogen sich nach und nach aus der Stahlproduktion zurück. Zusammen mehr als 400 standesgemäß schmarotzende Personen, genossen sie das Nichtstun oder sie verlegten sich auf Handel, Spekulation und Rüstungsproduktion. Der Stumm-Konzern brach 1974 nach tollkühnen und kriminellen Machenschaften zusammen.
Die Krise brachte den Produktivitätsrückstand der Saarhütten, der bisher durch günstige Konjunkturen verdeckt worden war, an den Tag. Ohne Chance, diesen Rückstand aufzuholen, begannen die Konzerne ihren Kahlschlag. Von 1975 bis 1978 wurden rund 8.500 Arbeitsplätze abgebaut. Mittlerweile ist die ARBED dabei, die restlichen Anteile der Stahlwerke Röchling und die Neunkircher Hütte zu erwerben. Danach sollen nach offiziellen Angaben 8.750 weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Spatzen pfeifen es jedoch schon von den Dächern, daß die Neunkircher Hütte völlig stillgelegt wird. Dabei gehen nochmals 4.000 Arbeitsplätze drauf. Das Schicksal der Völklinger Hütte liegt zur Zeit im Ungewissen. Noch immer liebäugelt die ARBED mit dem Plan, Völklingen zu einem reinen Elektrostahlwerk umzubauen. Diese 'kleine Lösung' würde nicht 5.000, sondern mindestens 9.000 Arbeitsplätze kosten. 13.000 bis 17.000 Entlassungen sind also noch zu erwarten. Von den einst 36.000 Beschäftigten der Stahlindustrie, das sind 24% der Industriebeschäftigten, wird nur ein Drittel übrigbleiben. Nach einer Schätzung der Industrie- und Handelskammer hängen an jedem Stahlarbeitsplatz 1,78 weitere Arbeitsplätze. Das Landesentwicklungsprogramm der Regierung geht davon aus, daß bis 1985 ein Bedarf von 50.000 bis 86.000 Arbeitsplätzen entstehen wird – das entspricht einer Arbeitslosenrate von 11,1 bis 18,7%.

Aus der Landeshauptstadt

Die Strukturprobleme des Saarlandes haben sich seit langem bemerkbar gemacht. Hätte eine aktive Strukturpolitik die gegenwärtige totale Krise auch nicht verhindern können, wäre es doch möglich gewesen, sie abzumildern. Aber nichts dergleichen geschah. Regieren im Saarland erschöpfte sich im Eröffnen von Kaninchenzuchtausstellungen, in Ordensverleihungen und Festtagsreden. Jeder CDU-Kreisvorsitzende, der durch fleißige Mitarbeit in den unzähligen dörflichen Vereinen Mitglieder und Stimmen eintrieb, brachte es früher oder später zum Minister. Da solche Tätigkeit eher eine strapazierfähige Leber als ein vollentwickeltes Gehirn verlangt, erreichte das politische Leben an der Saar nicht eben glanzvolle Höhen.
Gipfelpunkt christdemokratischer Regierungskunst war die Strukturpolitik. Daß die EG Strukturhilfen vergab, war der CDU offensichtlich nicht bekannt. In der Beanspruchung von Bundesmitteln zu diesem Zweck lag das Land um ein Drittel unter dem Durchschnitt aller Länder. Bis in die 60er Jahre hinein verhinderte die Regierung auf Befehl der ansässigen Großfirmen Neuansiedlungen. Als z.B. Opel ein Zweigwerk hier ansiedeln wollte, drohte ein Sprecher der Hüttenindustrie mit Massenentlassungen, weil er das niedrige Lohnniveau gefährdet sah. Prompt verweigerte die Regierung die Konzession. Erst als die Krise dramatische Formen annahm, versuchte man, neue Betriebe anzusiedeln. Da man es hastig und wahllos tat, jagte bald ein Schildbürgerstreich den anderen. Auf bloße Versprechungen hin kassierten Firmen mit erlauchten Namen (Siemens, Bendix, Triumph u.a.) Millionensubventionen und verschwanden wieder, amerikanische Konzernchefs entpuppten sich als plumpe Trickbetrüger, und Landtagsmehrheit und Massenmedien deckten den blamablen Schwindel zu.

Die FDP in der Regierung

Der Stahlkrise stand die Regierung völlig hilflos gegenüber. Die Bonner FDP-Zentrale stieß in die Lücke und diktierte praktisch die wirtschaftspolitische Konzeption für die Lösung der saarländischen Stahlkrise im Land. Sie will offensichtlich erproben, wie sich die vom Kieler Parteitag der FDP beschlossene 'neoliberale' Wirtschaftspolitik anläßt, wenn sie von der Last eines Koalitionspartners befreit ist, der noch gewisse Rücksichten auf Arbeiterwähler nehmen muß.
Kern dieser Politik ist es, dem Konzentrationsprozeß des Kapitals und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität jede staatliche Unterstützung zu gewähren und dafür Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich zu kürzen. Weiter wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt angeheizt, um eine Lohnformel durchzusetzen, die den Reallohn, der bisher bloß stagnierte, senkt. Dies alles erfordert einen frontalen und unverhüllten Angriff auf die Gewerkschaften. Auch die zweifellos gelungene Wortschöpfung vom 'nachfragegerechten Lohnfächer', mit deren Hilfe der Saarbrücker Wirtschaftsprofessor Stützel die neue Lohnformel kuschelweich und strahlekräftig machen will, kann dies nur mit Mühe verbergen. An der Saar wird denn auch regierungsoffiziell kräftig gegen die Gewerkschaften gehetzt. Schuld an der Krise, heißt es, seien die Arbeiter mit ihren überhöhten Lohnansprüchen. Nur durch radikale Rationalisierungen könne die Stahlindustrie auf einen kleinen konkurrenzfähigen Kern zusammenschmelzen. Jedes noch so zag-

hafte Nachdenken über mildere Alternativen, wie es die SPD zuweilen wagt, wird als laienhafte Spinnerei abgetan.
Dabei ließe sich der Kahlschlag durchaus mildern. Trotz Krise hat der Staat noch immer genügend Reserven dazu. Die neoliberale Staatsreligion jedoch verbietet ihm, diese planmäßig einzusetzen. Eine Milliarde wird stattdessen locker gemacht, damit die ARBED die Röchlings abfinden und einige tausend Arbeitsplätze wegrationalisieren kann. Weitere 1,3 Mrd. DM sind für die Kosten der Saarkanalisierung veranschlagt, die unter der Drohung eines Investitionsstopps der Hütten beschlossen worden ist. Außer den Baukosten wird der Kanal jährlich ca. 100 Millionen für Instandhaltung verschlingen. Die Hütten erhofften sich vor der Stillegungswelle von ihm einen Frachtkostenvorteil von jährlich 30 Millionen DM. Andere Industrien, die davon profitieren könnten, gibt es kaum.
Um die Privatinitiative zu stimulieren, ist Bund und Land nichts zu teuer. Dagegen wird direkte Intervention zugunsten der Bevölkerung von keiner bürgerlichen Partei erwogen.

Die Reaktion der Arbeiter

Will man verstehen, wie die Arbeiter auf die Krise reagieren, muß man sich ihre soziale und politische Entwicklung vor Augen halten. Die saarländische Arbeiterklasse trägt noch starke Merkmale des klassischen Industrieproletariats. Es gibt hier relativ wenige Angestellte und Dienstleistungsbeschäftigte, jedoch mehr großbetriebliche und Schichtarbeiter als in allen anderen Regionen der BRD.
Traditionell teilt sich die saarländische Arbeiterklasse in zwei Abteilungen: eine städtische, im eigentlichen Revier – im Dreieck Saarbrücken - Neunkirchen - Völklingen wohnende, und eine, die aus dem Ring von Arbeiterdörfern, der den Industriekern umgibt, täglich einpendelt. Erstere war stets gewerkschaftlich gut organisiert und tendierte politisch zu SPD und KPD. Als jedoch die vergangenen 20 fetten Jahre die drängendsten Probleme, gegen die man zu kämpfen gewohnt war, wie von selbst lösten, schlief die Beteiligung am gewerkschaftlichen Leben ein. Der Verfall kämpferischen Bewußtseins spiegelt sich auch in den Wahlniederlagen der KP, die hier einmal eine ihrer Hochburgen hatte, inzwischen jedoch, trotz der guten Arbeit einiger Betriebsgruppen, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist.
Eine andere, ungewöhnlichere Entwicklung machten die dörflichen Arbeiter durch. Hier war, besonders unter den zahlreichen Haus- und Landbesitzern, selten Bereitschaft zur Klassensolidarität zu finden. Politisch dominierte jahrzehntelang die Linie Zentrum-CVP-CDU. Der bereits lange andauernde Niedergang der traditionellen dörflichen Verhältnisse hat jedoch durch 'Wohlstand' und Bergbaukrise einen entscheidenden Anstoß erhalten. Die Kleinstlandwirtschaft und die darauf fußende Familientradition, die der Klassenorganisation stets im Wege stand, die engen Großfamilien- und Nachbarschaftsbindungen und das funktionierende Pfarrgemeindeleben sind schwer erschüttert. Die Zersplitterung der früher fast rein bergmännischen Bevölkerung auf zahlreiche moderne Betriebe hat den engen dörflichen Zusammenhalt untergraben. Auto und Fernsehen haben an die Stelle der reaktionären Idylle die Anonymität der modernen Industriegesellschaft gesetzt.
Die Modernisierung der Dörfer entmachtete zunehmend die Pfaffen und CDU-Kaziken, die als hilfreiche, 'Beziehungen' vermittelnde Abgeordnete, als Gemeindebeamte, Kirchen- und Vereinsvorstände, Knappschaftsälteste usw. eher Loyalitätsbezeugungen erpreßt als politische Entscheidungen angeregt hatten. Immer mehr glichen sich die dörflichen Arbeiter den städtischen an. Der DGB-Saar erreichte bald den höchsten Organisationsgrad aller Bundesländer. Die SPD, die 1960 weniger als 30% der Stimmen erhalten hatte, erhielt seit 1965 stets 40%. 1972 sprang sie, Folge der Reformpolitik, auf 48%.
Die skizzierten Veränderungen haben also den konservativen Flügel der saarländischen Arbeiterklasse aus seinen alten Bindungen gelöst. Besonders in den Jahren der Reformpolitik buchte die SPD deutliche Stimmengewinne. Nicht nur das. Das 'Reformklima' weckte ein neues Selbstbewußtsein, das sich in einer unnachgiebigeren Haltung gegenüber Vorgesetzten, spontanen Streiks einzelner Abteilungen usw. niederschlug. Allerdings gewann dieses neue Selbstbewußtsein keinen organisatorischen Ausdruck. Eine Notwendigkeit, in die SPD einzutreten, wurde nicht gesehen. Man fühlte sich von der Regierung ausreichend beschützt. Die SPD war und blieb also ein Club ehrgeiziger öffentlicher Diener und Akademiker, der auf einer Welle der Sympathie der Arbeiter schwamm. Der DGB beschränkte sich auf bürokratische Lohnverhandlungen, eine Mobilisierung für strukturpolitische Ziele kam ihm nicht in den Sinn.
Die Hoffnung, durch bloße Stimmabgabe die Strukturpolitik verändern zu können, hat sich inzwischen jedoch zerschlagen. Die SPD hat seit 1972 ihre Reformkonzepte aufgegeben. Die Arbeiter reagierten enttäuscht, die SPD-Saar fiel auf ihren alten Stimmenanteil zurück. In der Frage der Stahlkrise tat sie sich äußerst schwer. Nach langem Hin und Her verlangte sie, Kredite und Bürgschaften in eine staatliche Sperrminorität bei den Hütten umzuwandeln. Diese Forderung wurde von der Bundesregierung brüsk abgelehnt. Es nützt der Saar-SPD auch nicht, nun auf ihrem Gegensatz zur SPD-Bund zu beharren. An der Saar, wo die Saarbergwerke, ein reiner Staatsbetrieb, zwei Drittel ihrer Belegschaft gefeuert haben, weiß jeder, daß eine Staatsbeteiligung Entlassungen nicht verhindert.
Die Reformpolitik hat sich also als Illusion entpuppt, ohne daß die Enttäuschung darüber in eine Mobilisierung der Arbeiter umgeschlagen ist. Im Gegenteil, die Enttäuschung über die SPD ruft eher politische Apathie und eine Bereitschaft zur irrationalen Protesthaltung hervor – gerade bei den eben erst zum sozialdemokratischen Lager gestoßenen Arbeitern. So hoch die Erwartungen waren, so tief ist nun die Enttäuschung.
Auf einen von ihnen selbst geführten Kampf sind die Arbeiter auch nicht vorbereitet (2). Die Mitarbeit in den gewerkschaftlichen Organen ist schon lange eingeschlafen. Apparat und Betriebsräte haben sich von der Basis gelöst. Zwar haben sich die saarländischen Arbeiter an den Streiks der Jahre 1969 und 1973 in sehr kämpferischer Weise beteiligt. Diese Kämpfe blieben jedoch kurze und hitzige Ausbrüche, die schnell wieder in völlige Passivität übergingen. Nirgendwo sind aus ihnen dauerhafte organisierte Zusammenhänge an der Basis hervorgegangen, die Betriebsrat und Ortsverwaltung auch einmal hätten in die Pflicht nehmen können.
Eine weitere, auffällige Tatsache verhindert die Mobilisierung. Besonders stark betroffen von der Arbeitslosigkeit sind die Schichten der Arbeiterklasse, die am schlechtesten organisiert sind: (meist ungelernte) Arbeiterinnen, Jugendliche, Angestellte und Ausländer. Facharbeiter haben nur wenig zu befürchten. Ungelernte Arbeiter verdrängen zunehmend die Frauen von den "Frauenarbeitsplätzen". Wobei bis in die Gewerkschaft hinein die Rede ist von den Frauen als "Hinzuverdienern", die in der Krise ihre überhöhten Konsumansprüche aufzugeben hätten. Die verstärkte Entlassung von Angestellten stößt bei vielen Arbeitern auf unverhohlene Schadenfreude.
Trotz all dieser demobilisierenden Faktoren rüttelte die Ankündigung des ersten Entlassungsschubs im März 1977 und das Bekanntwerden der ARBED-Pläne im Februar 1978 die Hüttenarbeiter wieder auf. Sie beteiligten sich fast ausnahmslos an den gewerkschaftlichen Protestkundgebungen. In diesen Augenblicken warteten alle darauf, daß die Gewerkschaft den Kampf organisieren und auslösen würde. Die Gewerkschaftsgrößen schwelgten dann in starken Worten, gaben aber keine Orientierung für einen Kampf. Die Entrüstung der Arbeiter schlug um in ein Gefühl der Ohnmacht.
Ohne konkrete Kampfperspektive gingen die Arbeiter der geschickten Verwirrungs- und Spaltungsstrategie der Gegenseite auf den Leim. Einem ständigen Wechselbad von niederschmetternden und optimistischen Meldungen ausgesetzt, von Unternehmern, Massenmedien und Gewerkschaften mit wahren, halbwahren und falschen Gerüchten und Informationen bombardiert, verloren sie jede Vorstellung über ihre weitere Zukunft. Daher gelang es dem Management, Belegschaften und Betriebsräte verschiedener Betriebe gegeneinander auszuspielen. Die Hoffnung, die eigene Haut auf Kosten anderer Kollegen retten zu können, konnte nur entstehen, weil ein klares Bewußtsein über die Folgen für Arbeitstempo, Löhne, gewerkschaftliche Kampfbereitschaft usw. der weiterbeschäftigten Arbeiter fehlte.

Der Gewerkschaftsapparat

Die Demobilisierungsstrategie des Apparats hat mehrere Ursachen. Ein Teil der Betriebsräte und Funktionäre ist einfach ratlos. Jahrzehntelang hat die "soziale Marktwirtschaft" alle Probleme wie von selbst gelöst. Nun können sich viele eine Alternative zum automatischen Gang der Dinge nicht mehr vorstellen. Ein weiterer Teil des Apparats ist eng verbunden mit SPD und IGM-Hauptvorstand (z.B. Personalunion von BR-Vorsitzenden bzw. IGM-Funktionären und Landtagsabgeordneten der SPD). Diese versuchen im Interesse des "sozialen Friedens" bewußt, Diskussionen abzublocken und Kampfbereitschaft ins Leere zu lenken. Allerdings soll es auch innerhalb des Apparats Kollegen geben, die lieber kämpfen würden, sich allerdings nicht durchsetzen können.
Kampfbereitschaft allein genügt nun nicht, man muß auch eine realisierbare Perspektive vor Augen haben. Zeitweilig sah es so aus, als könne die Forderung nach Anwendung des Art. 52 der Landesverfassung eine Orientierung für einen Arbeitskampf geben. In diesem Artikel heißt es: "Schlüsselunternehmen ... dürfen wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Wirtschaft des Landes oder ihres Monopolcharakters nicht Gegenstand privaten Eigentums sein ..."
Diesen Verfassungsartikel hatte die IGM bei Verhandlungen als Drohung hervorgezaubert. Als die Forderung nach seiner Anwendung unter den Belegschaften und in den Vertrauenskörpern populär wurde, wurde sie schleunigst wieder fallengelassen. Dabei hätte die Enteignung der Hütten durchaus eine Alternative sein können. Die Übernahme der Verluste durch Bund, Land und EG und die planmäßige Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Regiebetrieben würde den Staat letztlich weniger Geld kosten als die Subventionierung der Arbeitsplatzvernichtung, des Saarkanals, als die Krisenmaßnahmen der Zukunft, die sozialen Folgekosten der Entlassungen und die Umsiedlung von mehr als 10% der derzeit Beschäftigten.
Was die Gewerkschaftsführung jedoch schreckte, war der 3. Absatz des Artikels 52, der die "Beteiligung der im Betrieb tätigen Arbeitnehmer" an der Leitung der Unternehmen in Gemeineigentum verlangt. Erhielte die Belegschaft das Recht (z.B. durch einen Manteltarifvertrag), Entlassungen so lange zu verzögern, bis neue, gleichwertige Arbeitsplätze zur Verfügung stünden, könnten weitere Entlassungen vermieden werden. Kontrollmöglichkeiten der im Betrieb tätigen Arbeitnehmer – nicht Mitbestimmung – würde allerdings mit der Entmündigung der Arbeiter durch die Apparate brechen – undenkbar also hierzulande. Da zudem die Anwendung der Verfassung nur erzwungen werden könnte durch Streik, Demonstrationen usw., mag der verfilzte Gewerkschaftsapparat gar nicht daran denken.

Anmerkungen

(1) vgl. dazu unseren Beitrag "Krise und Rationalisierung in der Stahlindustrie", in Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Rotbuchverlag.
(2) vgl. zum folgenden den Beitrag saarländischer Hüttenarbeiter im Kritischen Gewerkschaftsjahrbuch, a.a.O.

Rentendebakel – alle Jahre wieder?

Monika Fuhrke

Die Rentenversicherung ist schon wieder in der Krise, Ehrenberg prognostiziert ein 63 Mrd. Loch in den Rentenkassen bis 1982. Dabei gab es erst Anfang des letzten Jahres großen Ärger anläßlich der Veröffentlichung des Entwurfs des KVKG und des KVWG (siehe Kasten); die Ärzte streikten, und angesichts der Ablenkung durch die Schadenfreude – von der Presse kräftig geschürt –, daß es den Großverdienern an den Kragen gehen sollte, konnten die eigentlichen Leistungskürzungen – die jeden Versicherten treffen – im Sommer unbemerkt über die Bühne gehen. Mit einem Programm, das lediglich eine Verschiebung der Kosten von der aktuell bedrohten Rentenversicherung auf die ständig kriselnde Krankenversicherung vorsah, hatte Ehrenberg das Arbeitsministerium von Arendt übernommen, der die anstehenden Sanierungsmaßnahmen offensichtlich weniger hart durchzuziehen versprach. Also Ministerwechsel, Ärztestreik, Sanierung der Krankenversicherung der Rentner und nun schon wieder "Krise in der Rentenversicherung"?
1972 hatte die SPD große Reformvorhaben angekündigt, in der Regierungserklärung von 1976 war nur noch von Reformen, die kein Geld kosten, die Rede, und nun geht die SPD-Regierung sogar daran, Errungenschaften der Arbeiterklasse aus Zeiten der Prosperität zu streichen. Baut die SPD die "Dynamische Rente" ab?

Überschüsse und Defizite – Prognosen je nach Konjunkturlage

Zunächst ist festzustellen, daß die aktuelle Rentendebatte auf die Sanierungsdiskussion der letzten anderthalb Jahre zurückgeht (siehe dazu die kurze Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse in den letzten Jahren im Kasten). Bereits in den 60er Jahren fand unter Sozialpolitikern anläßlich des Bevölkerungsrückgangs und des künftigen 'Altenbergs' eine lautstarke Diskussion um die Zukunft der Rentenversicherung statt. Die Sozialenquête beschäftigte sich damals lange und ausführlich mit dem Problem der Indienststellung des Vermögensfonds der Rentenversicherung (der zu unterscheiden ist von den laufenden Einnahmen und Ausgaben) für konjunkturell und strukturell schwankende Ansprüche an die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeiterklasse und deren Auswirkungen auf den Kapitalmarkt. Andere Empfehlungen als Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen konnte aber auch sie nicht geben.
Umgekehrt 1969: als nach der Krise auf Druck von unten die Einkommen wieder leicht stiegen, prognostizierte der Rentenanpassungsbericht von 1972 bis 1986 eine Vermögensrücklage für die beiden Rentenversicherungen von 188 Mrd. DM. Dieser prognostizierte Überschuß – der real also gar nicht vorhanden war – bildete die Grundlage für die Rentenreform von 1972. Also wurde genauso wie in den 60er Jahren und ebenso wie heute durch die Aufrechnung aktueller, konjunkturbedingter Daten jeweils Überschüsse und Defizite für die Zukunft prognostiziert, auf deren Grundlage dann Reform- oder Sanierungsgesetze verabschiedet wurden. Es soll hier nicht gegen langfristige Überlegungen polemisiert werden, die Darstellung zeigt allerdings deutlich, daß eben nicht nur die Beschäftigten und Arbeitslosen direkt von der Konjunktur abhängig sind, sondern entgegen den Behauptungen von Sozialpolitikern und Regierungen auch die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeitskraft sich notwendigerweise in Abhängigkeit von diesem krisenhaften Auf und Ab

dpa

bewegt. Dies widerlegt auch die weitverbreitete Behauptung, es handele sich bei den Barzahlungen um lohn- und leistungsbezogene Maßnahmen der Sozialversicherung. Diese Äquivalenz (d.h. jeder bekommt genau das an Rente, was er während seiner Lebensarbeitszeit einbezahlt hat) wird, zwecks Aufrechterhaltung von Konkurrenz- und Leistungsprinzipien auch im Reproduktionsbereich, künstlich produziert, vom zyklischen Prozeß der Kapitalakkumulation aber immer wieder destruiert. Die behauptete Unabhängigkeit der Sozialleistungen vom Wirtschaftsprozeß trifft also genausowenig zu, wie die damit einhergehende Behauptung der alleinigen Abhängigkeit der individuellen Leistungserwartung von der individuellen Vorleistung. Des weiteren zeigt sich an dieser immer wiederkehrenden 'Sanierungs'debatte der Sozialversicherung, daß die SPD Anfang der 70er Jahre ihre Reformgesetze – die im Unterschied zur CDU-Regierungszeit immerhin mehr an Arbeiterinteressen orientiert waren, – eben nicht auf der Basis einer von der Arbeiterklasse erzwungenen politischen Machtposition, sondern allein auf Basis der im Zuge der Kapitalakkumulation gestiegenen Löhne machen konnte. Daher wird auch der Abbau dieser 'Errungenschaften' heute ausschließlich von der Kapitalentwicklung bestimmt.

Vermögen der Rentenversicherung und Kapitalmarkt

Wurde also 1972 die Ausgabe von 188 Mrd. DM bis 1986 eingeleitet, die schon damals und erst recht nicht heute vorhanden sind, so sollen heute 60 Mrd. DM eingespart werden, die als Defizit ebenfalls – noch – nicht existent sind (die Prognosen sind je nach angenommenen Arbeitslosenquoten und Lohnsteigerungen sehr unterschiedlich). Da wir uns z.Zt. genau auf dem schon Anfang 1960 so gefürchteten 'Altenberg' befinden und durch die Krise außerdem – gestützt durch die Marginalisierungsstrategien der Bundesanstalt für Arbeit – die Rentnerzahlen überproportional zunehmen, gleichzeitig durch sinkende Lohnzuwächse und Arbeitslosigkeit die Einnahmen abnehmen, ist es allerdings kein Wunder, daß Defizite bei der Rentenversicherung entstehen.
Für das Jahr 1976 und 1977 zusammen beträgt das Defizit 18,7 Mrd. DM; zur Finanzierung dieses Defizits wies die Rentenversicherung im Juli 1976 aber immerhin noch ein Vermögen von 43 Mrd. DM sowie ein 9 Mrd. DM Guthaben beim Bund auf. Bei der Auflösung dieses Vermögens taucht nun allerdings das Problem auf, daß die meisten Gelder langfristig angelegt sind, aber auch schon die Auflösung der kurzfristig angelegten Gelder den Kapitalmarkt stören würde. Verbleiben dagegen diese Gelder auf dem Kapitalmarkt – dann muß die Bundesregierung gegebenenfalls mit Darlehen für die Sozialversicherung einspringen, wie dies 1975 bei der BfA der Fall war. Sie könnte natürlich auch erst einmal ihre Schulden an die Rentenversicherungen bezahlen, wie Schmidt dies im Sommer 1976 in einem Spiegelinterview noch versprochen hatte (vor den Wahlen waren die Renten ja noch sicher).
Aber nicht nur diese den Kapitalmarkt störenden finanzpolitischen Probleme hindern die Vermögensauflösung zur Finanzierung der Rentendefizite. Die aktuelle Debatte dreht sich um die sog. Mindestrücklagen von 2 Monaten bei der BfA und von 4 Monaten bei der Arbeiterrentenversicherung, denn bis hierhin darf das Vermögen nach gesetzlicher Vorschrift überhaupt nur aufgelöst werden. Es muß daher die Einnahmen-Ausgaben-Bilanz entweder durch Leistungskürzungen oder aber Beitragserhöhungen so austariert werden, daß diese Mindestrücklagen nicht angetastet werden. Wie wir gesehen haben, kann die Finanzierung eines 18 Mrd. DM Defizits angesichts eines 43 Mrd. DM betragenden Vermögens eigentlich kein Problem gewesen sein. Ein Problem ist aber eben die Mindestrücklage, vor allem bei der Arbeiterrentenversicherung, da bei ihr das Defizit natürlich am höchsten ist. Wenn aktuell Leistungskürzungen/Beitragserhöhungen nicht möglich sind, wie z.B. vor den Wahlen im Herbst 1976, dann wird frisiert. So wurde damals von der Arbeiterrentenversicherung der Finanzausgleich von der BfA in Höhe von 19,8 Mrd. DM für 1977 verbucht, obwohl er real nur 14,5 Mrd. DM betragen konnte. Die BfA mußte nur soviel zahlen, da sonst ihre Rücklage unterschritten worden wäre, die Arbeiterrentenversicherung brauchte aber die vollen 19,8 Mrd.

Rotbuch Verlag

Internationales Russell-Tribunal

Die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland

Dokumente · Verhandlungen · Ergebnisse
Band 1

Dieser Band wird vom Internationalen Russel-Tribunal herausgegeben und ist die **offizielle Publikation** über die Verhandlungen der Jury „Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland". Der erste Teil des Tribunals beginnt am 28. März in Frankfurt und untersucht vorrangig die **Praxis der Berufsverbote.** Entsprechend enthält der erste Band die **Materialien, Zeugenaussagen, Verhandlungsprotokolle und Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode.**

Dazu Gutachten über die Fragestellungen der zweiten Sitzungsperiode, die im Herbst stattfinden soll.

DM, um ihre Rücklagen ausweisen zu können. Die Länderaufsichten und der Bundesrechnungshof haben dieser doppelten Buchführung zugestimmt. Vor den Wahlen ist eben einiges möglich!

dpa

Herkunft des Rentendefizits

1. Dem nun bis 1982 auf 63 Mrd. DM geschätzten Defizit – das durch den nichteinsetzenden Wirtschaftsaufschwung eben auch nicht ausgeglichen werden kann – wird daher auch diesmal mit Leistungskürzungen begegnet. Wir bezahlen damit die Folgen der Krise nicht nur mit hohen Arbeitslosenzahlen und sinkenden Löhnen, sondern je größer dieses Problem selbst wird, desto höher steigen die Kosten in der Sozialversicherung. Wir werden noch einmal zur Kasse gebeten (je niedriger die Löhne, desto mehr muß für die Sozialversicherung bezahlt werden). So ist es ja auch nicht Sinn und Funktion der sozialen Sicherung, "soziale Risiken", die im System der Marktwirtschaft notwendigerweise entstehen, zu beseitigen, sondern sie lediglich aufzufangen, ihre Folgen "zu mildern", "für alle tragbar zu gestalten".

2. Wie die Folgen der Krise "gemildert" werden, zeigen die schon öfter als Marginalisierungsstrategie dargestellten Tendenzen in der Politik der Bundesanstalt für Arbeit (BA): Das Abschieben der Gastarbeiter in ihre Heimatländer, der Frauen zurück in die Familien und der Alten auf Rente – also die "Privatisierung des Beschäftigungsrisikos" – hat für die gesamte Arbeiterklasse Folgen, die wir u.a. heute in Form neuer 'Sanierungsgesetze' für die Sozialversicherung zu spüren bekommen. Indem an dieser Stelle Arbeitslosengelder bei der BA gespart werden, tauchen überproportionale Folgekosten an anderer Stelle wieder auf, die dann aber von den noch Erwerbstätigen zu tragen sind. So bedeutet ein zunehmendes Hausfrauendasein vieler Arbeiterinnen eben auch, daß sie z.B. in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder als Familienmitglieder mitversichert sind, wofür keine Beiträge entrichtet werden. Ein solcher Beitragsrückgang bei gleichbleibenden Mitgliederzahlen ('Familienlastquote') vergrößert natürlich das Defizit in der eh schon belasteten Krankenversicherung. Ebenfalls erhöht wird die 'Rentnerlastquote' durch diese Marginalisierungsstrategien. Werden mehr alte Menschen früh auf Rente geschickt, so können zwar auch wieder bei der BA Arbeitslosengelder eingespart werden. Überproportionale Folgekosten trägt – neben der Rentenversicherung – aber auch wieder die Krankenversicherung, da der teuren Krankenbehandlung der Alten nicht mehr ein entsprechendes Beitragsaufkommen gegenübersteht, vor allem bei den Ortskrankenkassen, die die höchste 'Rentnerlastquote' aufzuweisen haben.

3. In der Rentenversicherung vergrößern aber nicht nur diese der Marginalisierung von Arbeitslosigkeit geschuldeten Folgekosten das auf uns zukommende Defizit, sondern es sind zusätzlich ja auch immer noch die sog. Leistungsverbesserungen aus dem Jahr 1972 zu bezahlen: Entsprechend dem damals prognostizierten Überschuß von 188 Mrd. DM kostet uns die Rentenreform von 1972 ca. 186 Mrd. DM bis 1986. Davon entfielen auf das Jahr 1972 selbst nur 4 Mrd.

Die wesentlichen Entwicklungslinien der letzten Jahre in der Rentenversicherung

1975 In der Arbeiterrentenversicherung entstehen Defizite; die Bundesanstalt für Angestellte (BfA) muß Ausgleichszahlungen leisten.

1976 Sommer Die SPD garantiert den Bestand der Sozialleistungen. Die Renten sind sicher, d.h. die Wahlen stehen an. Im Sommer beginnt aufgrund der Defizite in der Rentenversicherung (7,2 Mrd. DM für 1976 insges.) bereits die Debatte um die Sanierung der Krankenversicherung der Rentner (KVdR). Bis dahin hatte die RV 80% der Kosten der KVdR oder 17% der Rentenausgaben getragen, der Rest wurde von der GKV finanziert. Nun ging es darum, einen noch größeren Teil der GKV aufzubürden, denn Beitragserhöhungen waren vor der Wahl nicht drin.

1976 Winter Nach den Wahlen gab es Krach um den Sanierungsentwurf von Arendt, der auf ausdrücklichen Wunsch von Schmidt die Anpassungsverschiebung mit aufgenommen hatte und dann gerade deshalb geschaßt wurde. Ehrenberg – einer aus der Schmidt-Riege "auch ein Macher" (Spiegel) - setzte das von Arendt prognostizierte Defizit auf 63 Mrd. DM bis 1982 herunter, vermied das Wort Anpassungsverschiebung und nahm so der Aufregung die Spitze.

1977 Januar Veröffentlichung des Ehrenberg-Entwurfs:

1. Krankenversicherungsweiterentwicklungsgesetz (KVWG); Sanierung der Krankenversicherung der Rentner, d.h. die RV trägt jetzt nur noch 47% der KVdR-Kosten oder 11% der Rentenausgaben und die Ankündigung der Kürzung der alljährlichen Rentenanpassung für 1978.
2. Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG): umfaßt folgende Punkte: 1. Honorarsenkung der niedergelassenen Ärzte, vermittelt über zentralere Verhandlungsmöglichkeiten der Krankenkassen; 2. eine gewisse Öffnung des Krankenhauses für ambulante Behandlung; 3. Plafondierung des Arzneimittelgebrauchs; 4. Erhöhung der Rezeptblattgebühr auf max. 3,50 DM.

1977 Frühjahr Vor allem dieses zweite Gesetzesvorhaben rief erbitterten Protest bei den Ärztefunktionären hervor, die ihre Mitglieder in Hannover und Osnabrück zum Streik veranlassen konnten. In Presse und Öffentlichkeit wurde vehement mit Meinungsumfragen und Erhebungen über die Legitimation der hohen Ärzteeinkommen gestritten, obwohl es den Ärzten mehr um die übrigen, ihren Status bedrohenden Regelungen ging.
Nach diesem Ärztestreik und der damit gewonnenen Brisanz des Themas wurden beide Entwürfe zunächst vertagt.

1977 Sommer Kurz vor der Sommerpause folgte dann – unbemerkt von Presse und Öffentlichkeit – die Verabschiedung der Gesetze; von den einschränkenden Regelungen für die Ärzte ist so gut wie nichts übrig geblieben.

1978 Mit der Kostenverschiebung von der Renten- auf die Krankenversicherung sollen für 1977 = 5 Mrd., bis 1982 = 32 Mrd. DM bei der RV eingespart werden. Die vieldiskutierte Anpassungsverschiebung oder -kürzung wurde für 1987 angekündigt und ist nun Gegenstand des augenblicklichen Rentendebakels. Hiermit sollen die zur Vermeidung des auf 63 Mrd. (bis 1982) geschätzten Defizits noch verbleibenden 30 Mrd. DM eingespart werden.
Hierfür sieht Ehrenberg eine 4,5%ige Anpassung vor, der zwei weitere 4%ige folgen sollen. Dagegen hat der DGB scharf protestiert und schlägt stattdessen eine Beitragserhöhung für die Rentenversicherung vor, die zur Hälfte die Unternehmer treffen würde. Die CDU plädiert für eine Beitragszahlung der Rentner für ihre Krankenversicherung.

Geplant Weitere Maßnahmen des Regierungsentwurfs sehen vor:
1. Ab 1.1.1979 sollen nur kontinuierlich bezahlte (3 zusammenhängende Jahre) freiwillige Beiträge als Grundlage für die Berechung der dynamischen Rente bei den freiwillig Versicherten zu beschneiden, "technologischer ger Versuch, die 1972 vergebenen Privilegien bei den freiwillig Versicherten zu bescheiden, "technologischer Quatsch" (Spiegel)
2. Eine halbprozentige Beitragserhöhung auf 18,5% ab 1.1.1981.
3. Ab 1982 soll ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt werden, der nichts mit der augenblicklichen Finanzkonsolidierung zu tun hat, sondern aus sozialen Erwägungen die Mehrfachrentner zur Kasse bittet.
Außerdem sollen die aktuellen Kürzungen der Rentenzuwächse nicht auf die Altersrenten beschränkt bleiben, sondern aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit (!) auch auf die Unfall- und Kriegsopferrenten ausgedehnt werden (Defizite gibt es hier nicht). Vorstellungen, wie diese Einsparungen dann an anderer Stelle der Sozialversicherung wieder zugute kommen könnten, existieren nicht. Profitieren werden daher die Unternehmer (die ja allein die Unfallversicherung tragen) und der Bund (dessen Belastungen für die Kriegsopfer damit geringer werden).

Mehraufwendungen (das war die vorgezogene Rentenanpassung, die jetzt wieder rückgängig gemacht werden soll), 1973 waren es 12 Mrd. DM; d.h. daß offensichtlich die höheren Belastungen erst vor 4 Jahren – also mitten in der Krise – entstanden. Nun fragt sich natürlich, für wessen Leistungsverbesserungen wir hier eigentlich zahlen müssen?

7,3 Mrd. DM gingen an die Knappschaftliche Rentenversicherung; 63 Mrd. kostet insgesamt die flexible Altersgrenze, verbleiben also ca. 116 Mrd. DM, die sich auf folgende Maßnahmen verteilen: 1. "Renten nach Mindesteinkommen", betrifft durch die scharfen Regelungen aber nur einen relativ kleinen Personenkreis; 2. Verbesserte Anrechnung von Ausfalls- und Ersatzzeiten und 3. "Öffnung der Rentenversicherung". Diese letzte Maßnahme ist so gestaltet, daß zahlreiche Vorteile zugunsten der Selbständigen kreiert wurden, die zu Lasten der übrigen Versicherten gehen (so mußte aus Finanzmangel z.B. das Babyjahr wegfallen). Zahlreiche Artikel berechneten damals diese beste Kapitalanlage für Selbständige und zeigten, daß sich das eingezahlte Kapital (nachentrichtete Beiträge) schon nach 3 - 4 Jahren amortisiert, geht man davon aus, daß ein 63jähriger länger als 3 Jahre zu leben hat, dann ist dies eine ganz beachtliche Verdienstquelle.

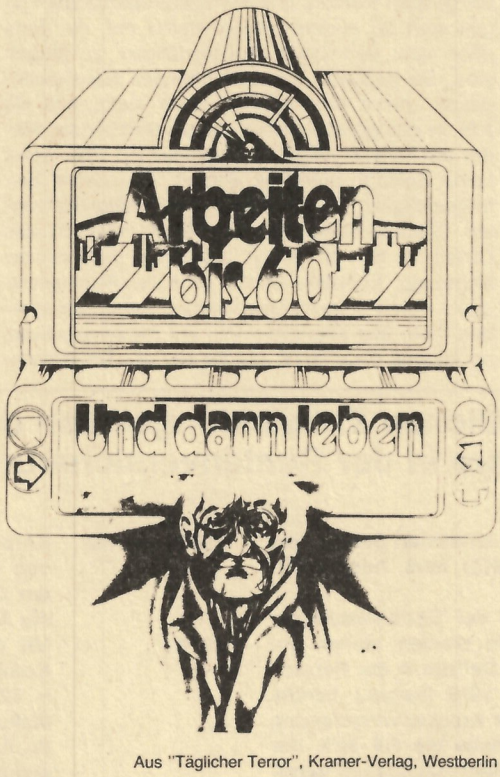
Mit dieser Reform hatte die SPD 1972 demonstriert, daß sie sehr wohl gewillt war, die von der CDU getragene Mittelstandspolitik im Sozialbereich fortzuführen.

Der Sanierungsstreit

Nun sollte man annehmen, daß angesichts der Maßnahmen von 1972 zumindest heute bei den anstehenden Leistungskürzungen zuerst die Privilegien der Selbständigen beschnitten werden. Dies trifft jedoch nicht zu.

Gemeinsam mit dem Krankenversicherungsweiterentwicklungsgesetz legte Ehrenberg noch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz vor, das den Ärztestreik auf den Plan rief. Nach dem lautstarken Widerstand der Ärztefunktionäre wurden beide Gesetze zunächst vertagt, um dann kurz vor der Sommerpause völlig unbemerkt von Presse und Öffentlichkeit über die Bühne zu gehen. Die wesentlichsten Punkte, wogegen der Ärztestreik sich gewendet hatte, waren selbstverständlich verschwunden. Übrig blieb die Kostenverschiebung von der Renten- auf die Krankenversicherung, deren Auswirkungen im Gesundheitswesen von uns allen zu spüren ist. Zusammen mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 und den Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst hat dies zu Häuserschließungen, Betten- und Personaleinsparungen, Geräte- und Medikamentenkürzungen geführt, deren Art der Durchführung ausschließlich zu Lasten der Patientenbetreuung gehen und verstärkte Arbeitsintensivierung für das nichtärztliche Personal bedeuten.

Durch diese 'Sanierungsmaßnahmen' bei der KVdR soll die Rentenversicherung im Jahr 1977 5 Mrd. DM eingespart haben, bis 1982 werden es ca. 32 Mrd. DM sein. Sollte die Wirtschaftsentwicklung doch anders laufen als prognostiziert, haben wir 1980 vielleicht wieder was für die Selbständigen übrig.



Aus "Täglicher Terror", Kramer-Verlag, Westberlin

Aktuell stehen uns also die angekündigten Anpassungskürzungen bei den laufenden Renten ins Haus, um die restlichen 30 Mrd. DM einzusparen. Hierfür sieht der Regierungsentwurf eine 4,5%ige Anpassung vor, die von jeweils zwei 4%igen in den nächsten Jahren ergänzt wird. Gegen diese Maßnahmen hat der DGB scharf protestiert. Er will nur einem Gesetzesentwurf seine Zustimmung erteilen, der Beitragserhöhungen vorsieht. Der wichtigste Punkt der gewerkschaftlichen Kritik ist aber, daß eine politisch verfügte Erhöhung oder Anpassung der Renten – egal wie hoch oder niedrig – die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung entkoppelt. Denn bisher wurde bei den Tarifverhandlungen implizit die jeweils nachfolgende Rentenerhöhung mitbestimmt. Letztlich verabschiedet wird sie im paritätisch besetzten Sozialbeirat, wohingegen Ehrenberg die Erhöhung jetzt politisch verfügt, d.h. per Gesetz vom Bundestag festlegen läßt; die Rentenerhöhungen stehen nun für die nächsten Jahre schon fest und könnten leicht als Variation zum Thema Lohnleitlinien interpretiert werden, damit wäre die fast automatische Koppelung der Rentenanpassung an die Bruttolohnentwicklung dahin. 'Dynamit' besteht dann nur noch in dem Fakt, daß überhaupt noch angepaßt werden muß. Dies ist ein Zusammenhang, der allerdings von den Gewerkschaften nicht nur in der Sozialversicherungsselbstverwaltung betont werden sollte. Gerade für Tarifverhandlungen ist es wichtig, damit zu argumentieren, daß jedes halbe Prozent Lohnerhöhung auch für die Sozialversicherung = 1 Mrd. DM mehr bedeuten, die dem Leistungsabbau einerseits entgegenwirken könnten und andererseits – jedenfalls nach dem alten Verfahren – eine entsprechende Erhöhung der Renten automatisch nach sich ziehen.

Errungenschaften der Arbeiterklasse aus Prosperitätszeiten – wie die 'dynamische' Rente – werden also in das Belieben politischer Verfügbarkeit gestellt und dem Primat der Austerity-Politik in der Krise unterworfen. Diese jetzt stattfindende eindeutige Unterordnung der Sozial- unter die Wirtschaftspolitik führt zu Entrechtlichungstendenzen, die hier nur für den Sozialbereich angedeutet wurden.

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(6/1) **Atomkraft?** – Heft 1. Physikalisch-naturwissenschaftliche Grundlagen, Technik der Kernreaktoren; 36 Seiten. Gegen Voreinsendung von Briefmarken/Scheck von DM 1,50 erhältlich bei: Florian Piel, Trenkerweg 41, 2 Hamburg 52

(6/2) **Graswurzelrevolution** Nr. 34-35: Bürgerinitiativen + Wahlen – Wyhlarbeit im Parlament? HH Wahlbündnis "Bunte Liste – Wehrt Euch", Gorleben, Stromzahlungsboykott u.a. DM 2,50

Broschüre: Feldzüge für ein sauberes Deutschland – Politische Erklärung gewaltfreier Aktionsgruppen in der BRD zu Terrorismus und Repression am Beispiel der Mescalero-Affäre; 38 S./DM 1,60. Bei Bestellung der GWR liegt die Broschüre bei. Bezug: Kalle Seng, Methfesselstr. 69, 2 Hamburg 19

(6/3) **Tvind-Schulen:** Projektbericht des Oberstufen-Kollegs. 72 S./DM 2,60. Gegen Voreinsendung in Briefmarken bei: Oberstufen-Kolleg z.Hd. W. Emer, Universitätsstr., 48 Bielefeld 1

(6/4) Dokumentation zur friedenspädagogischen Ausstellung **"Es ist so schön Soldat zu sein ..."** 66 S./DM 1,70; Bezug: Oberstufen-Kolleg

(6/5) **Diskussionsforum Zivildienstleistender** Nr. 26: Personalaktenaktion, Vinckehof-Report, Totalverweigerung, weibliche ZDLs? DRK und viele andere Berichte und Informationen und Kontaktadressen; Gegen Voreinsendung von DM 1,30 (Briefmarken) zu bestellen bei: Redaktion diskofo, Parkstr. 78, 28 Bremen 1

(6/6) **Ausländer – in den Wahlprogrammen der Parteien vergessen?** Bezug: Initiativausschuß Ausländischer Mitbürger, c/o M. Sancho, Postfach, 3 Hannover

(6/7) **SPAK-Psycho-Rundbrief** Nr. 6 enthält neben aktuellen Gruppenberichten auch die Protokolle der Tagung "Wohngruppen und therapeutische Wohngemeinschaften". Gegen Voreinsendung von DM 2,-- zu beziehen bei: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

(6/8) **Dokumentation der Drogenberatungsstelle Gießen** – Aktuelle Drogenpolitik in der BRD – Die Diskussion um "Mindestkriterien" und "Therapieunwillige" – Historisches über Opium, Morphium und Heroin, Heroinhandel heute. – Die legale Drogenwelle – Pharmaindustrie, Gesellschaftsstruktur und Abhängigkeit; 208 S./DM 4,70. Gegen Voreinsendung in Briefmarken bei Jugendberatung, Schanzenstr. 16, 63 Gießen

(6/9) **Kreuzberger Stadtteilzeitung** Nr. 25 und 26 bereits wieder erschienen mit Beiträgen zu "Wandmalerei in Kreuzberg", Mietkampf in der Großbeerenstraße, Geschichten aus der Görlitzer-Str., Kreuzberg in Jahre 1872, Notruf für Frauen u.a. Zu bestellen je Heft zu DM 2,-- in Briefmarken oder Jahresabo DM 10,-- bei M. Durand, Körtestr. 8, 1 Berlin 61; Kto. Sparkasse Stadt Berlin (West) Kto.-Nr. 067025831

(6/10) **Verfassungsschutz contra Menschenwürde** – Dokumentation des Prozesses des Lehrers Hans Roth um die Vernichtung der über ihn angelegten Verfassungsschutzakten. Bezug durch Überweisung von DM 3,-- auf PSCHKto. Frankfurt 235381-604 (B. Groh)

(6/11) **Dokumente zur Suspendierung Peter Brückners**; hrsg. vom Komitee "Rechtshilfe für Peter Brückner" c/o Theo Becker, Grazer Str. 8, 3 Hannover 1. Gegen einen Solidaritätspreis von DM 1,50 zu beziehen

(6/12) **Bilddokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung:** Mappe umfaßt 24 großformatige Bildtafeln (historische Fotos bis 1920: Industriearbeiter, Demonstrationen, Porträts von Rosa, Karl, August u.a. Gegen Voreinsendung von DM 19,80 (Sammelbesteller erhalten bei Abnahme von mind. 10 Ex. 20% Rabatt) zu bestellen bei: Studiengruppe c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(6/13) **Latein-Amerika Dokumentation (Spanisch):** Parteien und politische Organisationen in Chile, Rolle der Kirche; insgesamt 369 Mikrokarten, 8524 Dokumente, 33.590 Seiten, in 10 Teilen (S. 42 - S. 220). IDAL, 4824 Cote des Neiges, Montreal, Canada

FILM/THEATER/KULTUR

(6/14) **Alternative Medienarbeit mit Video** – Ziele und Möglichkeiten einer interessen- und bedürfnisorientierten Medienarbeit mit Video in Deutschland – Bürger machen ihr eigenes Fernsehen. Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 6,-- an Peter Reifsteck, Raabestr. 43, 741 Reutlingen oder auf Kto. 44178-6 Kreissparkasse Reutlingen

(6/15) **Die Salpeter – Freiheitsbewegung auf dem Hotzenwald;** die Hotzenwaldbauern praktizierten eine der ersten Volksdemokratien im feudalen Deutschland und verteidigten diese in blutigen Kämpfen gegen Adel und Kirche. Eine Kassette (60 min) von der Radiosendung mit Text und Musik kann gegen Voreinsendung von DM 5,-- bei Peter Reifsteck bezogen werden

(6/16) **Palästina-Filme**, ein Katalog wichtiger Filme zum Problem "30 Jahre Palästinafrage" kann angefordert werden: ASK, Eichwaldstr, 32, 6 Frankfurt

(6/17) **Kultur-Info Nr. 3** enthält Hinweise, Programme, Adressen etc. von Gruppen aus den Bereichen "Musik, Theater, Kindertheater, Schriftsteller, Medien etc.". Für jede Gruppe, die Veranstaltungen plant, ein hilfreicher Ratgeber. Das Info kann kostenlos angefordert werden: Junges Forum, Ruhrfestspielhaus, 435 Recklinghausen

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(6/18) In der Zeit vom 1.7.78 bis spätestens 1.9.78 sind **2 Sozialpädagogen-Stellen** bei uns zu besetzen (Berufspraktikant und Planstelle; bevorzugt männlich). Wir (3 Sozialarbeiterinnen) arbeiten in einer 10köpfigen Jugendgruppe in einem heilpädagogischen Kinder- und Jugendheim in Bensberg bei Köln. Anfragen: Lilo 02221/610864

(6/19) **Grafiker** (Typografie) sucht Mitarbeit in Verlag oder bei Zeitung – möglichst hauptberuflich. Bernd Zürker, Curiestr. 5, 65 Mainz 42

(6/20) Offsetdruckerei sucht **Reprofotograph(in)/Monteur(in)** oder **Drucker(in)**. Der Kleinbetrieb wird kollektiv geführt, d.h. u.a. keine Leistungslöhne, keine starren Tätigkeitsbereiche, Mehrheitsentscheidung bei allen wesentlichen Fragen. Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1 Berlin 36, Tel. 030/6123256

(6/21) Wir, Sozialarbeiterpaar (27 u. 30 J.) und 8 Kinder (8-14 J.) suchen **2 Erzieher/Sozialarbeiter (Paar?)**, die mit uns zusammenleben und arbeiten möchten und Erfahrung und Engagement mitbringen. Hermann Strohmeier, Schlosserstr. 9, 49 Herford

(6/22) **Sozialpädagoge(in)** gesucht von einem Team, das mit jungerwachsenen Männern, die unter Bewährung stehen oder aus der Haft entlassen sind arbeitet. Anfragen: Sulau-Haus, Greifenbergerstr. 50, 2 Hamburg 73, Tel. 040/6476845

(6/23) **Sozialpädagoge** für Einrichtung mit GWA-Ansatz (Schwerpunkt: Kinderarbeit) in München gesucht. BAT Vb/IVb – Anfragen: Edda Neumann, Franziskanerstr. 9, 8 München 80; Tel. 089/488732

WOHN-/ARBEITS-/ FREIZEITKONTAKTE

(6/24) Suchen Kontakte, Informationen zur **Finanzierung und Durchführung selbstorganisierter, anerkannter Ausbildungsmöglichkeiten** in Jugendwohngemeinschaften, Jugendzentren. Verein für soziale Jugendarbeit e.V., Kreulkerhok 9, 4421 Reken 3

(6/25) **Treffen der Dillkreis-Linken**, all die, die Interesse an der Diskussion und Entwicklung gemeinsamer Politik haben, treffen sich im Juni zu einem Seminar. Nähere Informationen: Gunter 0641/71462

(6/26) **Günstige Tagungshäuser** – diese Liste mit allen notwendigen Informationen wird gegen Voreinsendung von DM 2,-- von der AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80 zugeschickt

(6/27) Die **AG SPAK** stellt sich vor – auf über 50 Seiten werden die verschiedenen Projekte und Initiativen beschrieben. Bezug gegen eine Spende von DM 2,-- bei AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

MATERIALIEN GESUCHT

- Thema: Rolle der Frau (zur Behandlung im Sozialkundeunterricht), Manfred Schuch, Mainzerstr. 132, 54 Koblenz. Tel. 0261/33501
- Thema: Entstehung, Aufgaben und Funktion des Bundeskartellamtes. H. Weinitschke, Wittekindstr. 5, 33 Braunschweig
- Bild-Tonmaterial: 2. Weltkrieg/Bundestagsdebatten/Remilitarisierung der BRD/Rüstungsanstrengungen/Verflechtung mit dem Kapital/Bundeswehr/Alternativen zum Wehrdienst; Release Video c/o Jürgen Grugel, Königstr. 6-8, 22 Elmshorn
- Alternativbewegung, Selbsthilfegruppen mit Lebenszusammenhang, Bedeutung für die Sozialarbeit – Wer arbeitet an einem ähnlichen Thema? Gerd Dabiel, Schützenhof 26, 586 Iserlohn

TERMINE

- 30.7. - 1.9. in Gartow **2. Intern. Sommerlager** Information BDP/BDJ, Stammstr. 92, 5 Köln
- 23.6. - 25.6. in Dormagen **"Soziale Beziehungen in Wohngemeinschaften"**. Information AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn
- 24.6. **Pressefest** der Hildesheimer Zeitung. Tel. 43570
- 24.6. **Argentinien-Fest**/Information und Kultur – Chile-Arbeitskreis, Duisburg, Tel. 340083
- 16.6. in Köln (16.00 Uhr Fachhochschule/Reitweg) **Podiumsdiskussion zum neuen Jugendhilfegesetz**

Tagungen der AG SPAK

- 7.-9.7. Bewohnerarbeit in ODL-Siedlungen/Konzept P. Freire
- 14.-16.7. Vorbereitungstagung zum Jugendhilfetag
- August 14-Tage-Seminar 'Alternative Ökonomie' Informationen: AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

Oppositionsbewegungen in Polen

Lilian Ugron

Gemessen an den Verhältnissen in der DDR hat man in Polen das Gefühl, frei atmen und laut reden zu können. Politische Debatten finden dort heute auch in Cafés statt; dabei schert sich niemand darum, ob der Nachbar mehr oder weniger intensiv zuhört. Selbst in Wohnungen von Leuten, die in der Oppositionsbewegung aktiv sind, werden die Gespräche nicht leise und vorsichtig geführt. Und meist wird 'Indeks', das Info des alternativen Studentenverbandes SKS, ungeniert vor den Toren der Universitäten verteilt.

Die polnischen Oppositionellen sind heute allerdings weit davon entfernt, ein Loblied auf die Verhältnisse in ihrem Land anzustimmen. Sie hatten keine Veranlassung, nach der Amnestie im Juli letzten Jahres, die zweifellos ein großer Erfolg für die Bewegung war, die Hände in den Schoß zu legen.

Die Amnestie betraf damals nicht nur die z.T. zu hohen Gefängnisstrafen verurteilten Arbeiter, die beschuldigt worden waren, Rädelsführer bei den Unruhen von Radom und Ursus gewesen zu sein, sondern auch jene Mitglieder des KOR (1), die versucht hatten, an den Massendemonstrationen in Krakau anläßlich des mysteriösen Todes des Studenten und KOR-Mitglieds Stanislaw Pyjas im Frühjahr 1977 teilzunehmen. Letztere waren kurzerhand auf ihrer Reise nach Krakau verhaftet und wochenlang eingesperrt worden. Nun gelang es dem KOR, während der Haftzeit, u.a. durch sorgfältige Recherchen, Beobachtungen der Prozesse und Hilfeleistungen an die Familienangehörigen der Verhafteten (2), eine beispiellose Solidarisierungswelle zu initiieren, die schließlich in einer Flut von Unterschriftenaktionen und Briefen aus Betrieben und Universitäten an die Staats- und Parteiführung mündete. Auch Kardinal Wyszyński forderte in einem Hirtenbrief die sofortige Freilassung der Inhaftierten, und die Konferenz der polnischen Bischöfe verabschiedete eine entsprechende Resolution. Die Staatsautoritäten sahen sich durch dieses breite Engagement offensichtlich so unter Druck gesetzt, daß wohl auch angesichts der fortdauernd angespannten Versorgungslage kein anderer Weg als die Freilassung der politischen Gefangenen blieb. Parteisekretär Gierek soll damals auf einem inoffiziellen Journalistentreffen geäußert haben, daß die Partei es unter den gegenwärtigen Bedingungen lernen müsse, mit der inoffiziellen Opposition zu existieren.

Zur Entwicklung der Opposition

Im Herbst letzten Jahres traten in der Oppositionsbewegung dann vor allem längerfristig ausgerichtete Strategiediskussionen in den Vordergrund. Oft bildeten sich Diskussionszirkel um die Herausgabe eines Infos (z.B. Biuletyn, Indeks, Robotnik, Glos, Opinia ... – es gibt z.Zt. bereits dreißig im Land!). Der gemeinsame politische Nenner dieser Gruppen kann darin gesehen werden, daß sie verändernde Initiativen im existierenden legalen Rahmen entfalten und die Gegebenheiten innerhalb der vorhandenen Institutionen dafür ausnützen wollen. Diese Absicht wurde in der Gründungserklärung der Demokratischen Bewegung, die am 20. Oktober 1977 erstmals an die Öffentlichkeit trat, ausgedrückt.

Der ursprüngliche Zweck des KOR war bekanntlich zunächst konkret auf die Verteidigung der Rechte jener Arbeiter, die infolge der Juni-Ereignisse verhaftet oder entlassen worden waren, ausgerichtet und hatte sich seit der Amnestie weitgehend erübrigt. Deshalb wurde das KOR umbenannt in "Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (weiterhin abgekürzt als KOR). Das Komitee versteht sich als Koordinationsgruppe und lehnt es ab, konspirativ zu arbeiten. Konspiration wird unter den gegenwärtigen Bedingungen sogar für gefährlich gehalten, da durch sie eine hysterische Atmosphäre begünstigt und die polizeiliche Herausforderung erleichtert würde. Bei den Initiativen der letzten Monate haben diejenigen, die sich in der Oppositionsbewegung engagieren, schließlich den Trumph in der Hand, daß sie den Repräsentanten des bürokratischen Staatsapparates Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen nachweisen können.

Man konzentriert sich jetzt auf die Erarbeitung eines positiven Programms. Langfristig geht es natürlich um die Abschaffung des 'totalitären' Systems, das die Individuen als Ohnmächtige vereinzelt und ihre Initiativen im Keim erstickt. Für die

nähere Zukunft müssen aber auch Ansätze zur Überwindung der verheerenden Krise, die das Land seit zwei Jahren lähmt, gefunden werden.

Die soziale Lage der Bevölkerung hat sich seit den Juni-Unruhen keinesfalls verbessert – eher ist das Gegenteil der Fall. Die unter ökonomischen Gesichtspunkten notwendige Preisreform läßt sich sicherlich nicht mehr lange aufschieben, da die jetzige Konsumpreisstruktur den Staatshaushalt erheblich belastet: Die landwirtschaftlichen Produktionskosten der zumeist privaten Bauern werden derzeit nur zu 30% von den Konsumenten über die Marktpreise getragen, der Rest wird vom Staat subventioniert (3). Die Anfang der siebziger Jahre euphorisch angekündigte Modernisierungsstrategie für die Industrie drückt heute mit ihren hohen Akkumulationsraten stark auf den Lebensstandard der Massen. Die Bürokratie hatte damals gehofft, durch das technologische Wunder umfangreicher Investitionsgüterimporte aus dem Westen die Produktivität so zu erhöhen, daß der innere Reformdruck aufgefangen werden kann. Die 'Neue ökonomische Politik' Giereks wurde der Bevölkerung gegenüber allerdings in erster Linie als konsumorientiert angekündigt. Diese Versprechungen haben sich auf die Glaubwürdigkeit der Gierek-Equipe verheerend ausgewirkt, da das Konsumgüterangebot vor einigen Jahren bedeutend reichhaltiger war als zur Zeit. Außerdem sind die Löhne in der ersten Hälfte der 70er Jahre mindestens um 40% gestiegen, so daß dem knappen Konsumgüterangebot ein monetärer Nachfrageüberhang bei den Verbrauchern gegenüberstand, der inflationäre Prozesse in Gang setzte (Aufblühen des Schwarzmarkts, versteckte Preiserhöhungen).

Die gegenwärtige Krise

Die Verminderung des Schuldenstandes gegenüber den kapitalistischen Ländern bereitet heute vor allem deshalb Schwierigkeiten (4), weil die ursprünglich als Gegenlieferungen vorgesehenen Produktionsmengen aus den neuausgerüsteten Betrieben nicht termingemäß bereitgestellt werden können: Entweder konnten die Betriebe nicht zum geplanten Termin mit der Produktion beginnen oder die vorgesehenen Kapazitäten werden deutlich unterschritten (Kapazitätsberechnungen der westlichen Lieferfirmen werden i.a. in kapitalistischen Betrieben vorgenommen!). Es zeigte sich also, daß die technologische Spritze im großen und ganzen keineswegs ausreichte, um die Desorganisation in den Betrieben und die Gleichgültigkeit der Produzenten wettzumachen. Darüber wird heute zähneknirschend in der Partei reflektiert.

Verschärft wurde die Lage zu allem Unglück noch durch Mißernten, die ungeplante Getreide- und Futtermittelimporte nötig machten, so daß das Zahlungsbilanzdefizit zeitweise wiederum vergrößert wurde. Um die rapide anwachsenden Schulden abzutragen, muß derzeit verstärkt auf sogenannte traditionelle Exportprodukte (agrarische Erzeugnisse und Rohstoffe, für die die Weltmarktpreise in letzter Zeit bekanntlich gesunken sind) zurückgegriffen werden, womit dann dem inländischen Konsum Lebensmittel (insbesondere Fleisch) entzogen werden müssen. Die dadurch entstandenen Engpässe in der Versorgungslage haben eine gereizte Stimmung im Land entstehen lassen, die jederzeit in Aufstände münden kann. Die gegenwärtige Krise wird von den Mitgliedern des KOR gefährlicher als jede andere Krise, die das Land seit dem Krieg erlebt hat, eingeschätzt. Sie ist nicht zuletzt durch den ideologischen und moralischen Bankrott der 'politischen Führung' charakterisiert. "Die Handlungsfähigkeit der Regierung ist als Ergebnis des vom verärgerten Volk ausgeübten Drucks empfindlich gestört" (Kuroń). Die Staatsgewalt ist wie gelähmt, – es sind keinerlei Anzeichen für die Bereitschaft der Regierung, Reformen einzuleiten, zu erkennen. Und gerade das macht die gegenwärtige Situation so gefährlich: "Die unmittelbarste Gefahr liegt in der Möglichkeit völliger Anarchie durch einen Zusammenbruch der Staatsmacht" (Kuroń). In der jüngsten polnischen Geschichte, insbesondere 1956 und 1968, hat sich gezeigt, daß sich der Widerstand der Bevölkerung in Krisenzeiten auf Grund der historischen Erfahrungen als massenhafte Demonstration des Antisowjetismus formiert. Das System mit all seinen Mängeln und Schikanen, einschließlich der jeweiligen politischen Führung, wird dann als durch die Sowjetunion oktroyiert empfunden. Solche Unruhen könnten eine militärische Intervention der Sowjetunion heraufbeschwören – und daran ist heute in Polen sicherlich niemand interessiert. (Vermutlich liegt eine Intervention heute auch nicht im Interesse der Sowjetunion.)

Die Mitglieder der Oppositionsbewegung sehen ihre Chance heute vor allem darin, den sicherlich zum Teil diffusen sozialen Druck zu kanalisieren und ihn damit für schrittweise Veränderungen produktiv zu machen. Auf diese Weise wäre mit "allmählichen und partiellen Änderungen und nicht mit einem gewaltsamen Sturz des herrschenden Regimes zu rechnen" (Michnik).

Aktivitäten und Selbstorganisierung der Opposition

Die in letzter Zeit entstandenen Ansätze der Selbstverteidigung (z.B. die Briefe und Solidaritätsaktionen der Ursus-Arbeiter) müssen in Zukunft in allen gesellschaftlichen Bereichen treibhausmäßig gefördert werden. Dazu bedarf es des Aufbaus von Kommunikationszusammenhängen. Die Intelligenz muß zunächst für eine Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen, wie die Freiheit der Forschung und der Veröffentlichung, eine Wiederherstellung der Autonomie der Hochschuleinrichtungen ... kämpfen. Dann aber liegt eine wesentliche Aufgabe darin, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Arbeitern, zusammenzuarbeiten. Eine gemeinsame Betroffenheit aller Gesellschaftsschichten durch das 'System des Totalitarismus' (5) sehen die KOR-Mitglieder darin, daß die Funktionsweise des gesellschaftlichen Zusammenhangs undurchschaubar ist. Ebenso wie Kenntnisse über institutionelle Bedingungen wie z.B. das Funktionieren des Justiz- und Polizeiapparates fehlen, werden der Bevölkerung bekanntlich alle wesentlichen Informationen über die Beziehungen zur Sowjetunion, insbesondere die ökonomischen, vorenthalten (6). Es muß unter diesen Umständen nicht verwundern, daß über letztere die absurdesten Spekulationen herumgeistern (z.B. alles im Land fehlende Fleisch wird in die SU exportiert; – in Wirklichkeit wandert es bekanntlich in die kapitalistischen Länder). Dieser Mangel an 'Selbstbewußtsein' in der polnischen Bevölkerung (Macierewicz), den die jahrzehntelange bürokratische Herrschaft hervorgebracht hat, kann nur in mühseliger Kleinarbeit behoben werden. Eine Transparenz gesellschaftlicher und politischer Strukturen läßt sich im Grunde nur dann herstellen, wenn eine Organisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von unten und im freiwilligen Rahmen möglich wird. Die Realisierung dieses Fernziels hofft man dadurch zu befördern, daß derzeit der Kampf um Menschen- und Bürgerrechte in den Vordergrund gestellt wird. Eine Art parlamentarisches System, freilich ohne die Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln, könnte das Heranwachsen von Basisstrukturen, d.h. aller Arten von Selbstverwaltungsansätzen, begünstigen.

Unter dieser Perspektive sind die derzeitigen Versuche der Opposition zu verstehen, Selbstqualifikationsprozesse in Gang zu bringen: In den verschiedenen Universitätsstädten werden derzeit von Wissenschaftlern, die sich der Bewegung zugehörig fühlen, 'alternative Seminare' veranstaltet, die durchschnittlich 50 bis 80 Teilnehmer anziehen. Inhaltlich konzentriert sich die Arbeit dabei auf die polnische Nachkriegsgeschichte sowie auf ökonomische und soziale Reformansätze. Diese Veranstaltungen, die durchweg in privaten Wohnungen abgehalten werden, berühren Themen, deren Brisanz der Staats- und Parteiführung zunehmend bedrohlich erscheint: die Bedingungen, unter denen Polen zu einem 'sozialistischen' System verholfen wurde; die revolutionäre Bewegung des Oktober 1956, die Rätestrukturen in den Betrieben hervorgebracht und die für einige Zeit vollständige Rede- und Pressefreiheit ermöglicht hat (7); aber auch die Vereinnahmungs- und Unterdrückungspolitik des Partei- und Staatsapparates gegenüber der emanzipatorischen Bewegung, die ihren traurigen und erfolgreichen Höhepunkt in den Jahren 1968-1970 hatte.

Die Initiative der "Fliegenden Universität" will dazu beitragen, Geschichts- und damit individuelles Selbstbewußtsein zu entfalten. Abgesehen von den konkreten Inhalten ist der Staatsgewalt auch die Begründung, mit der die Kurse angehoben werden, ein Dorn im Auge: Die "Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse" – so heißt die Initiative der Wissenschaftler – knüpft bewußt an die polnische Bildungsvermittlungstradition während der Okkupation im 19. Jahrhundert und während des 2. Weltkriegs an, als bestimmte Inhalte (polnische Sprache, Kultur, Religion) nur in privaten Zirkeln unterrichtet werden konnten. Im Gründungsmanifest wird diese Art der Ergänzung des offiziellen Lehrangebots damit begründet, daß der herrschende Wissenschaftsbetrieb der Suche nach Wahrheit, dem Erkennen der Zusammenhänge, keinen Raum lasse und das Ausbildungssystem ausschließlich auf den Ausstoß von Spezialisten ausgerichtet sei. Die Störung solcher Privatseminare durch Polizeieinsätze sowie die Verhaftungen von Dozenten – sie mußten allerdings meist nach einem Tag wieder freigelassen werden, da ihnen keine Verstöße gegen Gesetze nachgewiesen werden konnten – in den letzten Wochen zeigen, wie sehr sich die Staatsgewalt durch den alternativen Geschichtsunterricht bedroht und provoziert fühlt.

Parteiinterne Kritik

Wohl ziemlich überraschend und in ungewöhnlich scharfer Form meldete sich Ende letzten Jahres eine Gruppe von parteiinternen Kritikern zu Wort: In einem von vierzehn ehemals hohen Parteifunktionären aus der Gomulka-Ära (unter ihnen der frühere Erste Parteisekretär und Staatspräsident Ochab (8)) unterzeichneten Brief wird, alarmiert durch den rapiden Legitimationsverfall der gegenwärtigen Führungsgruppe, die Unzulänglichkeit der bisherigen Krisenbewältigungsstrategien nachgewiesen. "Unter der Bevölkerung breitet sich die Überzeugung aus, man könne auf ehrlichem Wege nichts erreichen; die Neigung zu Korruption, Cliquenwirtschaft und unehrlichem Geldverdienen nimmt ständig zu." (9)

Die in Ton und Inhalt primitive Presse-, Funk- und Fernsehpropaganda sei nicht geeignet, den Vertrauensschwund in der Bevölkerung aufzuhalten. Das 'Memorandum der Vierzehn' stellt ein Plädoyer für die Herstellung der Voraussetzungen für die freie Meinungsäußerung und die Aktivierung der Bevölkerung dar. So wird die Reform der bisherigen Wahlordnungen für die verschiedensten gesellschaftlichen Repräsentantenorgane und die Wiederbelebung der durch die Oktoberereignisse von 1956 erkämpften Arbeiterräte gefordert.

Bemerkenswert an den Ausführungen der parteiinternen Kritiker ist vor allem, daß die als Folge des Juni 1976 entstandenen außerparteilichen Oppositionsgruppen nicht als antipolnische Saboteure (10) etikettiert werden. Jeglicher Versuch, durch Repressalien statt durch ernsthafte Auseinandersetzungen das politische Klima zu verändern, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Als Ausweg aus der heutigen Krise und "zum

stufenweisen Wiederaufbau des Vertrauens zu Partei und Staatsmacht" wird die Ausarbeitung eines klaren Programms all der politischen und wirtschaftlichen Reformen gefordert, die in Zukunft einen entsprechenden Einfluß der öffentlichen Meinung auf den Lauf der Dinge im Staat gewährleisten. Hier hoffen die Vierzehn auf die "große geistige Anstrengung engagierter und erfahrenster Parteimitglieder ... Es geht um die Aktivierung der gesunden Kräfte innerhalb der Partei. Ein Hindernis für deren Entfaltung ist die Parteimaschinerie der bürokratischen Steuerung, die dem demokratischen und sozialen Wesen der Partei entgegensteht." (11)

Man mag in den Gedankengängen der vierzehn Parteiheiligen vor allem auch die paternalistische Sorge um das Überleben des Führungsanspruchs der Partei erkennen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist diese Gruppe vermutlich realistischer als die gegenwärtig vorherrschenden Strömungen innerhalb der Partei: die Methoden der Dekretierung der führenden Rolle der Partei haben heute sicherlich ausgedient! Die positive Erwähnung der außerparteilichen Opposition (z.B. des KOR) läßt die Interpretation zu, daß sich hier eine Parteifraktion der außerparteilichen Oppositionsbewegung als Gesprächspartner anbietet, ehe es zu spät ist.

Perspektiven

Was hält man nun in der Oppositionsbewegung von den parteiinternen Kritikern? Von den heutigen Oppositionellen wird insbesondere auf das Scheitern in der Periode der zunehmenden sozialen Konflikte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hingewiesen. Auf dem Höhepunkt der Repression im Jahre 1968 hatte sich der illusionäre Charakter der revisionistischen Hoffnungen gezeigt, als deutlich wurde, daß eine Reform 'von oben' nicht durch moralische Appelle an die politbürokratische Führung zu erreichen war, solange die 'Bittsteller' isoliert von sozialen Bewegungen ihre Gesuche formulierten. Vielmehr gelang unter diesen Bedingungen nahezu ausnahmslos die Liquidierung aller kritischen Ansätze (12).

Die Intellektuellen im Umkreis des KOR glauben, daß es heute darauf ankomme, die Evolution mit Hilfe eines fortgesetzten und organisierten sozialen Drucks zu forcieren. "Die demokratische Opposition muß zuallererst ganz klar ihre eigenen politischen Ziele formulieren, um Kompromisse nur auf dieser Basis zu treffen ... Ihre Pflicht ist es, ununterbrochen und systematisch am öffentlichen Leben teilzunehmen, politische Tatsachen zu schaffen und Alternativen vorzuschlagen" (Michnik). Dies bedeutet aber nicht, daß die parteiinternen Kritikfraktionen eine zu vernachlässigende Größe im Kräfteverhältnis von emanzipatorischem und konservativem Potential sind: "Auf den Unterschied zwischen den verschiedenen Tendenzen innerhalb des Machtapparats zu verzichten hieße, die Anhänger der demokratischen Opposition dazu zu bringen, reale Gegebenheiten zu ignorieren, ins Extrem zu verfallen, sich für eine Abenteurerpolitik zu engagieren" (Michnik).

Die parteiinterne Opposition hat ihre Funktion vor allem auch da, wo es gilt, oppositionelle Aktivitäten, wie die oben erwähnten Selbstverteidigungsinitiativen, zu decken. Es soll der herrschenden Fraktion schwer gemacht werden, die Anhänger der Demokratischen Bewegung als antikommunistische Kollaborateure des Imperialismus zu diffamieren. Potentielle Verhandlungspartner der Oppositionsbewegung könnten innerhalb der Partei noch am ehesten die sogenannten Pragmatiker, die Technokraten, sein. Von ihnen glaubt man zwar nicht, daß sie die gleichen Ziele wie die Demokratische Bewegung haben.

An den Konzepten der Oppositionsbewegung erstaunt etwas, wie internationale Faktoren ins Kalkül gezogen werden: An erster Stelle wird natürlich über die Beziehungen zur Sowjetunion reflektiert. Sie werden als Restriktion für die interne Entwicklung angesehen. Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Umwandlungen in Polen zumindest in ihrer ersten Phase nur im Rahmen der "Breschnew-Doktrin" möglich sind.

Daß es auch innerhalb der Sowjetunion zu Veränderungen kommen könnte, wird offensichtlich nicht für möglich gehalten. Der sowjetischen Opposition traut man hier keinen bedeutenden Einfluß zu. Nur zu den Anhängern der Charta '77 in der Tschechoslowakei bestehen laufende Kontakte, und man versichert sich gegenseitiger Soli-

FORTSETZUNG SEITE 19

Wahlniederlage der Linken in Frankreich

Heinrich Grün

Die Linke muß sich ändern

Im französischen Mai 1968 verdichtete sich die Protestbewegung, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre fast alle entwickelten kapitalistischen Staaten, aber auch einige Länder des real existierenden Sozialismus erschütterte. Zehn Jahre später hat die Linke in Frankreich, die ihre Hoffnungen auf einen Wahlsieg gesetzt hatte, eine empfindliche Niederlage erlitten. In den drastischen Worten eines offenen Briefes von Althusser, Balibar und anderen Intellektuellen der KPF: "Indem die Linke trotz einer durch Uneinigkeit und unpopuläre Wirtschaftspolitik geschwächten Regierung abermals die Wahl verlor, hat sie nicht nur eine Schlacht verloren; vielmehr hat sich, wie man befürchten muß, eine immense Hoffnung für lange Zeit zerschlagen." ("Le monde" vom 6.4.78).

Der Mai 1968 war nicht vergessen, weder bei den alten Politikern links wie rechts, noch bei denen, die seither eine neue, andere Art des Politikmachens versucht hatten. Vor zehn Jahren war General de Gaulle, der sich als Retter der Nation profilieren und als starker Mann der Entkolonialisierung verächtlich über den "Parteienstaat" erheben konnte, innenpolitisch gescheitert. Damals mußten Reformen versprochen werden, das Ende des Autoritären Staates de Gaulles hatte sich abgezeichnet – jetzt sollte sein Ende besiegelt, sollten die Reformen eingelöst werden, sollte die gesellschaftliche Veränderung beginnen. Die Politiker der traditionellen Linken hatten schon im Mai 1968 gemeint, ihre Stunde sei gekommen: sie wähnten, sie könnten die Protestbewegung benutzen, ohne auf ihre Inhalte, ihre neuen Forderungen einzugehen. Die Stunde hat lang gedauert. Jetzt endlich, zehn Jahre später, sollte es soweit sein, in umgekehrter Reihenfolge als 1968: damals hatte unter anderen Mitterrand Bildung einer provisorischen Regierung, danach Neuwahl des Präsidenten und schließlich Parlamentswahlen vorgeschlagen. Die KPF hatte ein gemeinsames Aktionsprogramm angeregt. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande. Zu offensichtlich war ein Mitterrand damals noch kompromittiert von seiner alten Laufbahn (elffacher Minister in der Vierten Republik), die KPF zu entfernt von der politischen Bewegung, die sie offen sabotierte und diffamierte – der General schließlich zu offensichtlich bereit, aus seinen Bürgerkriegsdrohungen Ernst zu machen ...

Wahlstrategie und Linksunion

Erst 1972 wurde das "Gemeinsame Regierungsprogramm" der Linksunion zu Papier gebracht, mit einer inzwischen unter Mitterrand neu erstandenen Sozialistischen Partei. Diese ist jedoch noch immer keine wirkliche Partei, eher ein recht lockeres Wahlkartell aus lokal mächtigen Honoratioren und den verschiedensten linken Strömungen. Zwar hat die Partei ihre Mitgliederzahl seit 1971 (ca. 80.000) mehr als verdoppelt; es fehlt ihr aber nach wie vor an Mitgliedern, einer effektiven Parteiorganisation und an Geld (hier muß mitunter die SPD einspringen, wie jetzt bei den Wahlen).

In den Juniwahlen von 1968 hatte die "Partei der Angst" triumphieren können. Jedoch schon bei den Präsidentschaftswahlen 1974 wurde Giscard d'Estaing nur mit hauchdünner Mehrheit Staatspräsident. Erst recht die Kantonalwahlen 1976 und die Kommunalwahlen im Frühlung 1977 brachten der Linksunion einen Stimmenzuwachs (vgl. dazu Claus Leggewie in "links" Nr. 89, Juni 1977), der eine linke parlamentarische Mehrheit in Griffnähe zu rücken schien. Mehrheitswahlrecht, Wahlkreiseinteilung (die den Bevölkerungsbewegungen der letzten zwanzig Jahre keine Rechnung tragen und so die Ballungsgebiete massiv benachteiligen) und ein eilends vor den Wahlen verabschiedetes Gesetz über die Wahlmöglichkeit für Auslandsfranzosen (das ihnen das Recht verleiht, in einem beliebigen Wahlkreis Wahlvollmachten auszustellen) begünstigten von vornherein die rechten Parteien. Die Linke erhielt zwar im ersten Wahlgang mehr als 50% der Stimmen (so daß die FAZ in unverfrorener Offenheit bereits über die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform orakelte, da das von de Gaulle eingeführte Mehrheitswahlrecht nicht mehr den ursprünglichen Zweck der Isolierung der KPF erfülle, sondern die Linke begünstige). Im zweiten Wahlgang jedoch trug die Rechte mit knapper Mehrheit den Sieg davon. Fast 60% der Abgeordneten wurden mit einem Überhang zwischen 0,1 und 1% gewählt, die Gesamtmehrheit von nicht einmal 400.000 Stimmen trug den Parteien der Rechten eine solide parlamentarische Mehrheit von 90 Mandaten ein. Gleichwohl kann sich die Rechte ihres Wahlsieges nicht recht freuen – denn die Linke sucht diesmal die Gründe für ihre Niederlage lautstark bei sich selber.

Die Krise im September 1977

Der wesentliche Grund für die Niederlage liegt darin, daß die Union der Linken, seit 1972 um das "Gemeinsame Regierungsprogramm" gruppiert und ganz auf Wahlsiege konzentriert, bei den Verhandlungen über eine Aktualisierung des Programms im September 1977 zerbrochen ist. Nur scheinbar war das Ausmaß der vorzunehmenden Verstaatlichungen der Zankapfel, über den man sich nicht einig werden konnte. In Wirklichkeit ging es den Sozialisten und vor allem dem gewieften Taktiker Mitterrand darum, sich auf nichts festlegen zu lassen, der KPF darum, das wachsende Ungleichgewicht innerhalb der Linksunion zu stoppen. Nachdem die KPF Jahrzehnte lang die bei weitem stärkste der beiden traditionellen linken Parteien war, sann sie darauf, den rapide anwachsenden Stimmenanteil der Sozialisten, die erstmals seit 1936 die KPF überflügelten (von 12% im Jahre 1972), zu stoppen. Die Angst der KPF vor den Folgen eines allzu starken Anwachsens der Sozialisten ist nicht ganz unbereichtigt. Mitterrands Tätigkeit in der IV. Republik sowie die Elendsgeschichte der älteren Sozialistischen Partei (SFIO) nach dem Krieg, als sie sich für keine antikommunistische Kampagne und für keine phraseologische Bemäntelung französischer Kolonialmassaker in Vietnam, Algerien usw. zu schade

---

FORTSETZUNG VON SEITE 18

darität. Hier lastet noch das Trauma des August 1968 auf den polnischen Oppositionellen: Obwohl viele unter ihnen die 'Intervention', an der bekanntlich auch die polnische Armee beteiligt war, innerlich verurteilten, gab es damals, dank der nach dem März 1968 eingekehrten Resignation, keinen nennenswerten Protest in Polen.

Viel schlechter ist es um Verbindungen zu Oppositionellen in der DDR bestellt. Daß sich auch in der DDR, vor allem im letzten Jahr, einiges gerührt hat, davon weiß man in der polnischen Bewegung kaum etwas. Bahro ist den meisten beispielsweise noch kein Begriff. Von diesen Deutschen, die im 'sozialistischen Lager' angeblich immer nur als die Klassenbesten dastehen wollen, wird tätige Kritik gar nicht erst erwartet. Der seitens der Partei- und Staatsbürokratie in der jüngeren polnischen Geschichte zur Kompensation von Legitimationsdefiziten praktizierte Appell an chauvinistische Gefühle in der Bevölkerung hat offensichtlich eine solch durchschlagende Wirkung, daß er selbst vor denen nicht halt macht, die für die Emanzipation von Borniertheiten aller Art kämpfen. Umso befremdlicher ist es für uns dann, wenn den polnischen Oppositionellen die Verhältnisse in der BRD in allzu rosigem Licht erscheinen: Sie sind geneigt, die Versprechungen der Sozialdemokratie als Realität anzusehen, Berufsverbote halten sie eher für eine Erfindung der offiziellen Parteipropaganda. Hier liegt es in Zukunft an uns, durch den Beginn eines Dialogs mit der Demokratischen Bewegung in Polen ein realitätsgerechtes Bild von den Zuständen in unserem Land entstehen zu lassen.

Anmerkungen

(1) KOR = Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter; die Gründungserklärung des KOR sowie die von ihm herausgegebenen fortlaufenden Bulletins sind übersetzt in: Info des Sozialistischen Osteuropa-Komitees 23/24 und 25/26; zu den Ereignissen von Radom und Ursus vgl. den Artikel von Stanislaw Bicz in "links" 80/76; zur Gründung des KOR vgl. "links" 84/77.

(2) Die Hilfeleistungen bestanden sowohl in Geldsammlungen als auch in Beratungen; vgl. die Bulletins des KOR a.a.O.

(3) Demgegenüber sind die Preise für langlebige Gebrauchsgüter unverhältnismäßig hoch. Die geplante Preisreform soll die Struktur der Konsumgüterpreise derart verändern, daß sich die Nachfrage nicht mehr größtenteils auf Lebensmittel konzentriert.

(4) Ohne Zweifel hat die internationale Krise des Kapitalismus generell die Absatzchancen für die Waren aus den RGW-Ländern auf den westlichen Märkten verringert – ebenso wie die inflationären Entwicklungen in den kapitalistischen Ländern die RGW-Länder mit unvorhergesehenen Preissteigerungen belasten. Doch ist die kapitalistische Krise nicht die einzige Ursache der ökonomischen Krise in Polen, wie die Bürokraten gerne glauben machen möchten.

(5) Auf die Problematik der Verwendung des Begriffes Totalitarismus in den Schriften der Oppositionsbewegung kann hier nicht näher eingegangen werden.

(6) Vgl. dazu die Enthüllungen über die Anweisungen an die polnische Zensur, die vor kurzem durch einen in den Westen geflohenen Mitarbeiter dieser Behörde veröffentlicht wurden. Auszüge sind zu lesen im "Spiegel".

(7) Die im gleichen Jahr sich ereignende Erhebung des ungarischen Volkes eignete sich wegen der brutalen militärischen Niederschlagung durch die Sowjetunion für die Zwecke der antikommunistischen Greuelpropaganda weit besser. Dies erklärt, wieso bei uns über die Bewegung des 'Polnischen Oktober' und ihre emanzipatorischen Errungenschaften fast nichts bekannt ist.

(8) Edward Ochab wurde nach dem Tod des Stalinisten Bierut im Frühjahr 1956 als dessen Nachfolger gewählt. Seine Amtszeit als Erster Parteisekretär, während der er vorsichtige Liberalisierungsmaßnahmen einleitete, dauerte nur ein halbes Jahr: Im Verlauf der Oktoberereignisse stellte er sein Amt dem inzwischen rehabilitierten und (wegen seiner 'nationalkommunistischen' Vergangenheit) als Integrationsfigur besser geeigneten Gomulka zur Verfügung. Ochab war bis 1968 Staatspräsident und trat 1968 aus Protest gegen die antisemitische Hetzpolitik Gomulkas bzw. Moczars zurück.

(9) Vgl. die Übersetzung des Dokuments in: Der Spiegel 3/1978.

(10) Auf dem oben erwähnten Journalistentreffen hat Gierek die Oppositionsgruppen als Kollaborateure der anti-polnischen und anti-sozialistischen Zentren der Diversion im kapitalistischen Ausland, insbesondere in der BRD, bezeichnet. Er fuhr in seiner Analyse folgendermaßen fort: "Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß der revisionistische, neo-trotzkistische und anarchistische Charakter dieser Richtung zur Zeit sorgfältig durch seine Anhänger verheimlicht und verdeckt wird. Sie wissen, daß es ihnen an natürlicher (?) Unterstützung im Land fehlt, und sie versuchen, die Zustimmung der Kirche zu gewinnen. Um dies zu erreichen, verbergen sie ihre wirkliche Ideologie, die in der Tat die Konzepte des Patriotismus, der Volksgemeinschaft und des Staates negiert." Vgl. Gierek on the Opposition, in: Labour Focus on Eastern Europe, No. 5, S. 21.

(11) Wer wird angesichts dieser Formulierungen nicht an Bahros Analyse erinnert, der in seinen Schlußfolgerungen – zumindest was den Aufbruch aus der bürokratischen Erstarrung der Verhältnisse betrifft – insbesondere dem emanzipatorischen Potential innerhalb der Partei eine initiative Rolle beimißt?

(12) Nach 1968 konnten sich oppositionelle Ansätze nur noch im Rahmen kirchlicher Organisationen, Medien und Aktivitäten artikulieren. Die katholische Kirche war quasi als einzige organisierte oppositionelle Kraft übriggeblieben. ★

war, bezeugen dies ebenso wie die aktuelle Politik ihrer Schwesterparteien in Bonn und Lissabon. Schließlich hatte Mitterrand selber schon im Jahre 1972 das Gemeinsame Programm und die Zusammenarbeit mit der KP vor seinen antikommunistischen Freunden in der sogenannt sozialistischen Internationale wie folgt legitimiert: "Unser Ziel ist es, auf eben dem Terrain, das die KP besetzt hält, eine große sozialistische Partei neu zu schaffen, um zu beweisen, daß von 5 Millionen kommunistischer Wähler drei Millionen sozialistisch wählen können." ("Le monde" vom 28.6.72).
Insofern der Krach der Linksunion vom letzten September, dem Monate lang heftige Abgrenzungspolemiken und Positionskämpfe um Wahlprozente beider Seiten folgten, diesen Trend zu stetig ansteigenden Stimmen für die Sozialisten bei gleichzeitigem relativem Stagnieren des KP-Wähleranteils gebremst hat, stellt er für die KPF einen Erfolg dar. Die Sozialistische Partei ist denn auch die eigentliche Verliererin dieser Wahl. Sie hat die KPF zwar knapp überrundet, die Erwartungen der letzten Jahre jedoch bei weitem nicht erfüllt. Das Gleichgewicht zwischen den beiden traditionellen Parteien der Linken blieb gewahrt, die Gefahr sozialdemokratischer "Lösungen" des Austragens sozialer Konflikte und der politischen Isolierung der KPF gebannt. Freilich um den hohen Preis einer Niederlage, die die berechtigten Hoffnungen auf wirkliche Reformen und einschneidende Änderungen breiter Massen enttäuschte, zumal die gesamte Linke sich auf die Wahlen mit einer Intensität konzentriert hatte, wie kaum je zuvor.

Die Herrschenden glauben Zeit zu haben

"Der französische Staatschef läßt sich mit Reformen Zeit", vermeldet die FAZ wenige Wochen nach der Wahl, und weiter, triumphierend: "Die Linke ist betäubt" (FAZ vom 11.5.78). Die Notwendigkeit sozialer Reformen, Ansätze zur Lösung der schwer lastenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme ist jedoch zwingend und wird auch von der Rechten gesehen. Sie hat nicht nur die schroffe Aufteilung des Wählerpotentials der letzten Jahre bewirkt, sie hat auch zum Streit innerhalb der rechten Parteien geführt über den Weg, der dabei einzuschlagen sei. Während Chiracs neugaullistische Sammlungsbewegung die Ultras um sich zu scharen sucht, die allen Veränderungen abhold und auf bloßen Machterhalt aus sind, beteuert der andere Teil der Rechten die Bereitschaft zu Koalitionen, Zweckbündnissen und Reformen. Die Herrschenden stehen unter Reformdruck. Sie können das Erbe des Mai 1968 nicht einfach ignorieren. Dieses besteht vor allem in den Erfahrungen, die in unzähligen Arbeitskonflikten, sozialen Kämpfen und Protestbewegungen in den letzten Jahren gemacht wurden und unter großen Schwierigkeiten oft zu neuartigen Kampfformen geführt haben (Lip ist dafür nur das bekannteste Beispiel). Deshalb hat der Staatspräsident kurz nach dem Wahlausgang die Vertreter der Linken und der Gewerkschaften (seit zwanzig Jahren zum ersten Mal) ins Herrschaftshaus gebeten, auf daß sie ihm das Leid des Landes klagen möchten. Wirksame Reformen bleiben allerdings wie bisher bloße Versprechen, bloße Pläne.
Einige kosmetische Verbesserungen dürften kaum genügen, die soziale Gärung einzudämmen. Und wenn jetzt der neue Wirtschaftsminister Monory mit unzeitgemäßer Erhard-Attitüde von einer "regelrechten Revolution" faselt, die darin bestehe, den Gesetzen des freien Marktes wieder verstärkt zum Durchbruch zu verhelfen und "den Unternehmern die volle Verantwortung zurückzugeben", indem man sie von staatlicher Unterstützung befreie (FAZ, 11.5.78), so dokumentiert sich darin nur die Konzeptionslosigkeit der Regierungsparteien zur Behebung der drückenden wirtschaftlichen und sozialen Krise. Über 1,5 Mio. Arbeitslose, zahlreiche Betriebsschließungen und eine Inflationsrate von über 10% sind gewiß nicht dazu angetan, die französischen Gewerkschaften auf sozialpartnerschaftlichen Kurs zu bringen und die arbeitenden Klassen Frankreichs von ihren alten Träumen abzubringen.

Probleme der Sozialistischen Partei

Der Bruch der Linksunion hatte dazu geführt, daß die linken Parteien in dem halben Jahr vor der Wahl alle Register des alten parteiegoistischen Positionalismus zogen, womit das Ziel einer einheitlichen antikapitalistischen Politik nach einem möglichen Wahlsieg nicht eben glaubhafter wurde. Der Händedruck zwischen Mitterrand und Marchais und die innerhalb von drei Stunden zustande gekommene Einigung nach dem ersten Wahlgang mußten nach den heftigen Polemiken im Wahlkampf eher wie eine Farce wirken auf Parteiaktive wie auf Wähler.
Die massive Mobilisierung antikommunistischer und anti-sozialdemokratischer Ressentiments während des Wahlkampfs ersetzten die unitarische Massenmobilisierung, ohne die in Frankreich für die Linke keine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen ist, schon gar nicht einschneidende antikapitalistische Strukturreformen durchzusetzen. Die schnelle Einigung nach dem ersten Wahlgang führte nicht einmal mehr zu gemeinsamen Wahlveranstaltungen. Und kaum stand der endgültige Wahlausgang fest, beeilten sich die beiden Parteiführungen, jeweils den anderen die Schuld für das Resultat und die Verantwortung für die Folgen zuzuschieben. Man beschimpfte sich gegenseitig, als ginge der Wahlkampf weiter – beziehungsweise innerhalb der Linksunion erst richtig los.
Führende Repräsentanten der Sozialistischen Partei (etwa der Bürgermeister von Lille, Mauroy) jubelten nach dem Wahlausgang, jetzt sei man endlich von der Last des Gemeinsamen Programmes befreit, ohne die KP wäre man sowieso eine sozialdemokratische Partei. Solche Töne signalisieren eine neue Kampfansage an viele Sozialisten und vor allem Gewerkschafter innerhalb und außerhalb der Partei, denen es nicht nur um Demokratisierung der staatlichen Institutionen, bessere Verwaltung der Macht und ein wahltaktisches Verhältnis zur KPF geht, sondern die wirklich gesellschaftsverändernde antikapitalitische Reformen wollen. Insgesamt drohen in der Sozialistischen Partei alte Flügelkämpfe wieder aufzubrechen. Der rechte Flügel um den Bürgermeister von Marseille, Defferre, kokettiert mit den Zentrumsparteien, während der als linke Minderheitsfraktion formierte CERES seine bisherige Geschlossenheit einbüßte, weil auch ein Teil dieser Gruppierung – stets Vorreiter für die Einheit der Linken – jetzt die KPF für die Niederlage verantwortlich macht. Wird die Sozialistische Partei aber auf die Beschäftigung mit sich selbst zurückgeworfen, auf innerparteiliche Auseinandersetzungen und gar personalpolitische Querelen (1981 sind Präsidentschaftswahlen und Mitterrand ist nicht mehr der Jüngste, was bereits zu zahlreichen Spekulationen Anlaß gegeben hat), so kommt sie erst gar nicht dazu, die von ihr als Schwerpunkte der nächsten Zeit selbstgesteckten Aufgaben: Kommunalpolitik, Verbreiterung der schmalen Basis in den Betrieben und Ausbau der Parteiorganisation, in Angriff zu nehmen, was eine Demoralisierung und Demobilisierung der ohnehin nicht sehr gefestigten Partei zur Folge hätte.

Neuartige Diskussionen in der KPF

Kaum waren alle Stimmen ausgezählt und stand die Niederlage der Linken fest, verlautbarte das Politbüro der KPF: "Die Bourgeoisie ist mit ihrem lauthals angekündigten Vorhaben gescheitert, die KP zu schwächen, sie zum 'Niedergang' zu verurteilen." Die KPF erhielt 20,6% im ersten Wahlgang, zwar ein Verlust von 0,7% im Vergleich zu 1973, aber immerhin, so das Politbüro weiter, ein Teilerfolg: absolut sind die Stimmen für die KPF um 700.000, ihre Parlamentssitze um 13 gestiegen. Natürlich bedauere man, daß die Linke nicht gewonnen hat, aber "Die Französische Kommunistische Partei trägt keinerlei Verantwortung für diese Situation" (Politbüro-Erklärung in "Le monde", 22.3.78). Zweierlei fällt dabei auf: Erstens sind wie immer die anderen schuld; seit je hat der traditionelle Marxismus, wissenschaftliche Objektivität mit Objektivismus verwechselnd, Gründe für seine Niederlagen überall gesucht, außer in seinen eigenen Fehlern.
Zweitens wird eine Niederlage in einen Teilerfolg umgedeutet; propagandistischer Zweckoptimismus tut so, als sei das Resultat gar nicht so schlecht. Daß dieses Resultat das schlechteste für die KPF (außer dem für sie katastrophalen von 1958) seit der Befreiung Frankreichs von der Nazi-Okkupation ist, sagt das Politbüro nicht. Aber die Massen wissen es auch so, schon gar die enttäuschten Mitglieder der KPF. Sie machen sich kein X für ein U vor, eine Niederlage ist eine Niederlage. Dafür beginnen sie, dem revolutionären Materialismus weit näher als das Politbüro, die Ursache dafür nicht nur in den von Kapital und Sozialdemokratie ausgeschiedenen Nebelmassen und Bewußtseinstrübungen zu suchen, sondern auch bei sich selbst, bei ihrer Partei und möglichen Fehlern. Die platte Erklärung, die KPF trage keinerlei Verantwortung – sprich die Sozialisten die ganze – für die Niederlage, vermag kaum jemanden mehr zu beruhigen.
Die Politisierung und die Erfahrungen aus den Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen der letzten zehn Jahre – man hat vom "schleichenden Mai" gesprochen – zeitigen auch innerhalb der KPF ihre Folgen. Die traditionelle Art linken Politikmachens, in der Mitglieder und Massen zum Objekt von Rhetorik und Zick-Zacks der auf höchster Ebene ausgemachten Partei-Linie dagradiert werden, wird nicht mehr einfach hingenommen. Deshalb ist die gegenwärtige Diskussion in der KPF, deren Intensität man mit den Debatten von 1956 (XX. Parteitag der KPdSU, Polen, Ungarn) verglichen hat, keineswegs eine bloße Intellektuellenangelegenheit.
Gerade zwei traditionell proletarisch verankerte KP-Föderationen flickten der Parteiführung am Zeug, bemängelten vor allem deren mitunter über Nacht vollzogene Kurs- und Positions-

wechsel, die die im Wahlkampf stehenden Genossen überraschten und oft vor nicht geringe Schwierigkeiten stellten. Hatten sie doch die jeweils neuesten, über "Humanité" und mediengerechte Fernsehauftritte von Marchais bekanntgemachten Zick-Zacks der Partei in Wahlmobilisierung und -propaganda umzusetzen, ohne gefragt zu werden, ohne daß in der Partei diskutiert worden wäre. Hielten sie ihren Unmut während des Wahlkampfs loyal und diszipliniert zurück und ließen kritische Papiere nur intern zirkulieren, so macht sich der Unmut jetzt umso massiver und in der Öffentlichkeit Luft. Das in harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Lernprozessen erworbene Selbstbewußtsein auch unzähliger KP-Mitglieder seit dem Mai 1968 führt dazu, daß die Arbeiter immer weniger nur "mit den Füßen abstimmen". Gewiß überlassen sie das Schreiben noch immer den kritischen Intellektuellen in der Partei, aber sie wollen diskutieren, mitentscheiden über die Politik ihrer Partei, nicht mehr bloß deren stummes Objekt sein.

Der demokratische Zentralismus, wie er seit der sogenannten Bolschewisierungskampagne auch in der KPF gehandhabt wird, wird in Frage gestellt, das böse Wort von Marchais' "Tele-Zentralismus" stößt auf offene Ohren in der Partei. Die KPF wird auf diese Krise ihres Traditionalismus, die zugleich das Wiederaufleben einer emanzipativen Dimension gesellschaftsverändernder Politik ausdrückt, zu reagieren haben. Sie kann das aber zugleich nur, wenn sie sich selbst verändert, wenn sie die lange Tradition einer proletarischen Massensekte und der Selbstbehauptungsinteressen des Parteiapparates zu überwinden vermag. Hier scheinen sich Brüche und Konflikte des Traditionalismus anzubahnen, die für uns weitaus relevanter sind als alle Spekulationen darüber, welche kritische Positionen in der KPF denn nun leninistisch, revisionistisch, reformistisch, orthodox, revolutionär, eurokommunistisch, stalinistisch, rechtsabweichlerisch usw. sind. Das Geschäft dieses Positionen-Schubladisierens können wir getrost anderen überlassen.

Damit soll keinem Anti-Intellektualismus das Wort geredet werden. Er ist ohnehin in der traditionell proletarischen KPF, die sich mit den kritischen, von der republikanisch-sozialistischen Tradition Frankreichs zutiefst geprägten Intellektuellen seit je schwertat, noch immer vorhanden. Da sich nun in den letzten Jahren auch seitens der Intellektuellen in der KPF einiges getan hat, wundert es nicht, daß auch von ihnen jetzt scharfe und scharfsinnige Kritik an der Parteiführung kommt. Die Kritiker, die sich gezwungen sehen, außerhalb der Parteipresse ihre Diskussionsbeiträge vorzulegen, sind sich ungeachtet aller politischen und theoretischen Differenzen einig in der Kritik der innerparteilichen Meinungs- und Entscheidungsbildung, bisher mehr autoritärer Zentralismus als Demokratie.

Der bereits zitierte offene Brief forderte sofortigen Beginn einer breiten Diskussion über die Politik der Partei in letzter Zeit in den Zellen; Veröffentlichung der ZK-Debatten und ungehinderten Informationsfluß in der ganzen Partei; Einrichtung von Diskussionsspalten in der Parteipresse; wirkliche demokratische Wahl der Delegierten für den nächsten Parteitag von unten, d.h. ohne Filterung durch die hergebrachten Kandidaten-Kommissionen. Außerdem wird in zahlreichen Beiträgen (vor allem Elleinstein und Althusser sind durch lange Artikelserien in "Le monde" hervorgetreten) die Politik der Partei offen in Frage gestellt und kritisiert, Selbstkritik und Umorientierung gefordert. Ouvrierismus, proletarisches Sektierertum und "miserabilistische" Agitation im uralten Stil längst verflossener vulgär-marxistischer Verelendungstheorien habe zum Ausdruck gebracht, daß die KPF sich in ihren proletarischen Hochburgen verschanzte, statt den gesamtgesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte in Frankreich endlich Rechnung zu tragen. Auch die Praxis einer bloß auf Spitzenebene ausgehandelten Linksunion wird kritisiert; eine wirklich unitarische Politik könne ihre Kraft nur in einem breiten Prozeß der Annäherung von unten und einer Mobilisierung der Basis gewinnen.

Die Parteiführung hat das Ausmaß und die Intensität der Kritik zunächst unterschätzt, abtun wollen als Problem derselben Nörgler, die schon anläßlich des XXII. Parteitages vom Frühling 1976 unzufrieden waren. Aber in wenigen Tagen war sie eines besseren belehrt. Der Diskussionsprozeß, der eine beispiellose Breite erreichte, sei erfreulich, die Parteipolitik werde dabei im Grundsätzlichen nur von einer kleinen Minderheit in Frage gestellt, hieß es jetzt. Zwar bleibt die Parteipresse dem Willen zur Diskussion vorerst verschlossen, aber gleich zu Beginn der Diskussion versicherte Marchais, es gebe keinerlei Ausschlüsse oder Sanktionen für die Kritiker – so dezidiert ein neues Moment in der KPF. Gleichwohl haben die Kritiker Recht mit der Auffassung, die Geschichte der vergangenen Geschlechter laste in der KPF wie ein Alp auf den Schultern der lebenden. Nur ein Beispiel: Elleinstein machte ruchbar ("Le monde" vom 13.4.78), daß eine Propagandabroschüre auf Veranlassung der Parteispitze wegen eines Photos, auf dem das KPF-Mitglied Juquin dem Genossen Pliuschtsch, der aus sowjetischen Lagern nach Frankreich gekommen war, bei einer Solidaritätsveranstaltung die Hand schüttelt, wieder eingestampft worden ist, obwohl schon eine Million ausgedruckt war ...

Niederlage und möglicher neuer Aufschwung

Es kann paradoxerweise so sein, daß die Wahlniederlage zum neuen Aufschwung der französischen Linken insgesamt werden kann. Es gab Tendenzen schon im Wahlkampf zur Abkehr von der theologischen Dogmatik der Programmpolitik, vom parteiegoistischen Abgrenzungskampf und vom Schielen auf Parlamentssitze. Das war bei der ökologischen Bewegung,

bei denen, die unter dem Zeichen der "Selbstverwaltung" angetreten waren, wie Teilen der PSU und bei den Trotzkisten, zu bemerken.

Trotz der politischen Krise, die auch links von den traditionellen Linken niemand wegleugnen will, ist als Resultat aus den Erfahrungen vergangener sozialer Kämpfe eine andere Art des Politikmachens lebendig geblieben. Gewiß konnten derartige Vorstellungen sich nicht durchsetzen gegenüber den Interessengruppen der traditionellen Linken und ihrem Politikverständnis, aber die neue Linke bleibt ein Stachel für sie und zwingt sie, in ihrer Machtpolitik etwas zu verändern. In den Wahlen hat sich gezeigt, wie diejenigen, die in den intensiven sozialen Konflikten der letzten Jahre ihre Erfahrungen gemacht haben, ihr Selbstbewußtsein gewonnen haben, mit der Machtpolitik rechnen, sie nicht mehr nur einfach ignorieren wie 1968 ("Wahlen = Verrat" lautete die Parole damals).

Nachdem die ganz auf Wahlsieg und Machtpoltik fixierte Politik der Linksunion vorerst gescheitert ist, scheint es so, daß jetzt auch bei ihr Denkprozesse und Reflexionen beginnen, die das Wahldebakel vom März 1978 zur Lektion werden lassen, wie es einst der Mai 1968 war. Edmond Maire, der Vorsitzende der zweitgrößten französischen Gewerkschaft CFDT, hat dies angedeutet, als er ausführte, die große Erfahrung der letzten zehn Jahre für die Arbeiterbewegung – ob Gewerkschaftsbewegung oder politische Linke – bestehe darin, "daß wir die soziale Mobilisierung ohne politische Alternative des Mai 1968 hinter uns gelassen haben, um ins andere Extrem zu verfallen: alles für den politischen Wechsel, alles durch Wahlen, ohne soziale Mobilisierung – das bedeutet März 1978." (Zit. nach "Le monde" vom 25.4.78). Wenn das Schule macht, hat der gallische Hahn noch lange nicht ausgekräht, kommt der Triumph der Rechten zu früh.

Neue Broschüren der Arbeitsfelder Gesundheitswesen und Schule

Informationsdienst Schule, Heft 33, Einfachnummer, 90 Seiten, DM 6,--. Schwerpunktthema: "Schulreform – Bildungsreform".

Der Info enthält neben zwei Artikeln zur Gesamtschulreform und der Stellung von Sozialisten dazu zum ersten Mal seit längerer Zeit einen bildungsökonomischen Artikel. In ihm wird das Verhältnis von Bildung und Qualifikation und die Frage, inwieweit von einem Anstieg der Qualifikationsanforderungen im kapitalistischen Arbeitsprozeß der letzten Jahrzehnte die Rede sein kann, untersucht. Ein weiterer Artikel zu diesem Thema berichtet über ein Erwachsenenbildungsprojekt zur Vorbereitung für die fachgebundene Hochschulreife an der Volkshochschule Osnabrück, an dem beispielhaft der Reformabbau auch in diesem Bildungsbereich deutlich wird.

Ein Beitrag über die Bochumer Gewerkschaftsausschlüsse zeigt, wie durch die schärfer werdende innergewerkschaftliche Repression auch gegenüber solchen Mitgliedern, die lediglich das Recht der Informationsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, die Arbeit in der GEW erschwert wird. Helmut Horst, Mitglied des Vorstandes der ausgeschlossenen GEW Berlin, versucht, Perspektiven für die Basisarbeit aufzuzeigen, die auch für die Arbeit in den einzelnen Gliederungen der GEW interessant sind. Drei Gutachten aus dem 3. Russell-Tribunal, die besonders für den Bereich Schule interessant sind: "Zur Praxis der Anhörungen und zur Strategie der staatsbürgerlichen Diskriminierung", schließen das Heft ab.

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 12, Doppelnummer, 104 Seiten, DM 7,--. Schwerpunktthema: Gruppenpraxis – Systemimmanente Reform oder Teil einer sozialistischen Perspektive im Gesundheitswesen?

Dieses Info versucht, den derzeitigen Stand der Diskussion über das Thema "GRUPPENPRAXIS" zusammenzufassen. Die Beiträge kommen von mehreren Gruppen und Einzelpersonen, unter anderem aus Ulm, Kiel, Essen, Frankfurt, Riedstadt, Berlin und Würzburg. Dabei haben sowohl Gruppen, die ein Projekt planen, als auch Genossen, die bereits in einem Gesundheitszentrum tätig sind, mitgearbeitet.

Der Info enthält folgende Beiträge: Ansätze sozialistischer Politik im Ambulanzbereich in den 20er Jahren • Die Gruppenpraxis – systemimmanente Reform oder Teil einer sozialistischen Perspektive im Gesundheitswesen? • Gemeinschaftspraxen aus der Sicht von Psychologen • Darstellung eines Gruppenpraxisprojekts • Gruppenpraxis und Stadtteilarbeit • Gesundheitszentren im Vergleich – ein Reisebericht aus Holland und Deutschland • Erfahrungen einer Psychologin in einer integrierten Gemeinschaftspraxis • Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Apothekern im Gesundheitszentrum Grophiusstadt, Westberlin • Eröffnung des Frauengesundheitszentrums • Sozialstationen • Finanzielle und rechtliche Grundlagen einer Gruppenpraxis – Literaturliste • Mitteilung des Arbeitsfeldes.

Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4.

"Heute Nacht ist meine Zukunft"

Michael Naumann/Boris Penth

Von der rebellischen Jugendkultur zur Disco-Szene – Bemerkungen zu dem Film "Saturday Night Fever" und seinem sozio-kulturellen Hintergrund

Vom Rock'n Roll zur Disco-Kultur

Der Rock'n Roll der 50er Jahre war ein schmutziger Pfahl im kleinbürgerlichen Vorgarten der Wohlständigkeit und Strebsamkeit. Für die Jugendlichen verkörperte er eine Bewegung und Kraft, die ihnen Identität verlieh gegen die Verbissenheit westdeutschen Aufbaufleißes und repressiver Moral. Rock'n Roll und später Beat waren Symbol von Rebellion. Diese populäre Musik verhalf vielen Teens und Twens zu einer eigenen Kultur. Sie formten sich eine eigene Sprache, Kleidung, Gestik und Werte. Ein weitverzweigtes Netz von Symbolik schuf ein "wir-Gefühl", einen gemeinsamen Code, – der sogar teilweise international war –, was eine völlig neue Situation nach dem Krieg darstellte. Little Richard und Elvis, the Pelvis (die Hüfte), schrien, fühlten, liebten und haßten – sie lebten in ihren Liedern und auf der Bühne; ganz im Gegensatz zu den musikalisch Scheintoten und sittsam Honigsüßen der Schlagerbranche, wie der schon damals abgebrühte Peter Alexander.

Die neue populäre Musik war wie ein warmer Strom unterhalb der Gürtellinie. Durch sie ließ sich eine Körperlichkeit erleben, die nicht "on the rocks", sondern ekstatisch war. Erotik und Wünsche nach Sex fanden endlich eine Form, sich öffentlich auszudrücken und partnermäßig aufeinander zu beziehen. Die Erwachsenenwelt – Eltern, Erzieher, Politiker, Medien und Kulturpäpste – war entsetzt. Sie reagierte auf die Provokation mit Unverständnis und Verboten. Alles, was mit dieser "Negermusik" einherging, wurde zum Gegenstand eines tiefen Risses zwischen den Generationen. Die Jugendlichen mußten folglich für ihre Kultur kämpfen. Oft fanden ihre Musikgenüsse heimlich statt, wurde die Schminke vor der elterlichen Haustür entfernt und die lederne Nietjacke trotzig gegen das Sakko getauscht.

Die 60er und die ganz frühen 70er Jahre brachten Jugendbewegungen und -kulturen hervor (siehe Walter Hollstein "Der Untergrund"), deren Protest- und Verweigerungshaltungen gegenüber der herrschenden Gesellschaftlichkeit politisch leider von der organisierten Linken nie so recht ernst genommen wurde.

Sehnsüchte nach nicht zerstörter Zwischenmenschlichkeit und gebrauchswertausgerichteter Ökonomie fanden in vielen Versuchen z.B. der Provos (Niederlande) und Hippies (USA) Gestalt. Ausläufer dieser Experimente finden sich heute u.a. in der internationalisierten Landkommunebewegung, teilweise auch bei den Ökologisten. In dieser "Scene" spielten die verschiedensten Varianten von Rock-Musik eine große Rolle. Sie war ästhetischer Ausdruck des breiten Spektrums von Protesthaltungen und vorpolitischen und politisch bewußten Einstellungen.

Es wäre aber falsch, den Rock nur als Reflex von sozialen Umgangsformen und Werten zu begrenzen. Uns erscheint es legitim, davon auszugehen, daß Pop-Musik als Medium Lebensstile – nichts anderes ist Kultur – prägt bzw. hervorbringt; d.h. auch eine gestaltende, erzieherische Wirkung auf den Menschen ausübt. Rock ist ein Kommunikationsmittel, das dem Individuum hilft, die "innere", psychische und "äußere" Realität bearbeit-, gestaltbar und symbolhaft zu machen. Dieses positive Spannungsverhältnis von Individuum und Objekt (z.B. Musik), in dem sich die Person ausdrück, ist Teil eines wichtigen Vorgangs der Identitätsbildung, sich in der Unwelt wiederzuerkennen, gesellschaftlich entstandene Objekte lustvoll besetzen zu können.

Mittlerweile hat der Rock seine spitzen Zähne verloren. Der Stil ist glatter geworden, Studio-Sound herrscht vor und Superstars bestimmen weitgehend den Massengeschmack. Die Pop-Musik ist kaum mehr Sache von 'Rebellen', sondern Geschäft. "Was ist aus der Musik geworden, die das Feuer am Brennen halten sollte? Rock ist fett und reich geworden. Er wird von einer Machtelite kontrolliert und hat so wenig Lust, sich an der Revolution zu beteiligen wie General Motors." (Stephan Halpert, zitiert nach einer Beilage zur LP "Lindenbergs Rock-Revue" von Udo Lindenberg). Einer der neuen Stile innerhalb der Pop-Musik, der erfolgreich massenhaft verkonsumiert wird, ist der Disco-Sound. Boney M. und Baccara u.a. verkörpern ihn in der Bundesrepublik, die Bee Gees vergoldeten ihn international mit ihrer Film-Musik zu "Saturday Night Fever". Schon die Bezeichnung der Musik offenbart ihren Zusammenhang zur Diskothek. Wenden wir uns deswegen dieser Kulturstätte zu.

Plastikwelt der Illusionen

Das sprunghafte Ansteigen der Zahl von Discotheken in Städten und auf dem Land zeigt ihre Wichtigkeit in der Freizeitgestaltung von Jugendlichen. Ihr Besuch wird für manchen lohnarbeitenden Jugendlichen zum Fluchtpunkt während der ganzen Woche. Sie leben darauf hin. Arbeit, Familie usw. werden zur vorbeiziehenden Landschaftskulisse, währenddessen der Zug der Disco entgegenfährt. Disco als sehnsüchtig erwartetes Leben, die Belohnung für erduldete Entfremdung. Darin liegt aber noch nicht das Neue in der rauschend vermarkteten Disco-Kultur. Es ist vielmehr in ihrem Schein zu suchen. in dem, was sie verspricht und vorgibt, zu sein.

dpa

Wichtig dabei ist die Ausstattung des Raumes, das "environment". Im Gegensatz zu der gammeligen Atmosphäre früherer Musikkeller und heutiger subkultureller Tanzschuppen mit ihrer phantastischen Prächtigkeit, ist die Disco neuen Typs technisch (Lichter, Effekte, Akustik), plastikhaft, antiseptisch und geschichtslos. Es gibt keine ausgetretenen Böden oder bekritzelte Wände und Plakate, sondern nur kalte ästhetische Geschlossenheit durch Glas, Metall und Plastik. Diese "cleanness" wirkt wie eine Isolierstation für Gelüste, in der Individualität der Übermacht ästhetischer Überfremdung ausgesetzt ist. Das durchkonzipierte "setting" bleibt dem Besucher nicht äußerlich, denn es wirkt als Zwang auf seine Gefühle und Gestus. Poliertes Aussehen, Anzug, Partykleid und gepflegte Frisuren dominieren die körperliche Fassade. Gehalten wird diese von einer maßlosen "coolness", sich sicher zu bewegen, "anzumachen", "Körbe verteilen". Solche antrainierte Verdrängungsleistung erfährt ihren artistischen Höhepunkt besonders in der extrovertiertesten Form der Selbstdarstellung: beim Tanz. Bewegung und Körperlichkeit erzielen hier ihre Faszination nicht nur durch ein hohes Assoziationsvermögen und spontane rhythmische Sensibilität, sondern wird gezähmt durch eingeübte Schritt- und Bewegungsabläufe, die fast leidenschaftslos präsentiert werden. Dies hängt eng mit der Musik zusammen. Sie ist reine Tanzmusik, retortenmäßig produziert an den Mixtischen der Studios, stampfend, walzend, melodisch und rhythmisch einfältig, aber trotz alledem erotisierend. Ihre Glattheit läßt kaum Verbindung zu eigenen Emotionen zu, sie tropfen ab wie Regen an einer Ölhaut, aber die Musik kann Ohrwurm sein.

Abglanz der Warenwelt

Den bevorzugten Kunstgriff der Diskothekenwelt stellt die Stilisierung und Fetischierung der Oberfläche dar. Das faszinierend Glitzernde, das Vornehme, das zwanghaft Sichere, das Boutiquenhafte ist Abziehbild der Verkaufswelt der Waren. Darüber vermittelt sich versteckt die materielle Realität der Besucher, als Verkäufer, Sekretärinnen – alle mit der Zirkulation von Waren beschäftigt. Gering entlohnt, verwenden sie das meiste Geld zur eigenen Ausstaffierung, um an dem Glückversprechen des Scheins der bunten Waren, die sie im fremden Auftrag vertreiben, teilzuhaben. Hinter dem präparierten Schick, der die eigene soziale Lage für wenige Stunden vergessen macht, liegt ihre Unzufriedenheit und Angst, die sich aber nicht mehr symbolisiert, geschweige denn als Kritik an der Gesellschaft.

Die Symbole der Disco-Welt haben sich durch ihre enge Verbindung mit dem Warenschein, mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrem Elend versöhnt. Anpassung als "schlüpf in die bunte Welt" ist hier die Devise. Gesellschaftlich versagte Bestätigung und geringe soziale Wertigkeit können in der Disco über Ersatzhandlungen kompensiert werden. Sie bieten die Möglichkeit des Aufstiegs als Disco-Star und -Gott in Gestalt des Tanzvirtuosen und Gigolo bzw. Vamp. Die erlangte Bestätigung in einer dermaßen angelegten Rolle verschafft scheinbar indi-

viduelle Macht und schafft Hierarchie. Die "kings" und "queens" haben Hofpublikum und Fußvolk. Dies ist nichts anderes als die stumme Verlängerung kapitalistischer Klassenverhältnisse auf die Spiele der Discothekenwelt. Soll die parvenuehafte Ausstaffierung der eigenen Person einerseits die ermüdende Realität tatsächlicher Biographie übertünchen, so zehrt der Disco-Scene-Habitus andererseits gerade davon, daß er gesellschaftliche Konkurrenzmechanismen in besonders rabiater Form benutzt, um innerhalb seines Dunstkreises ein subkulturelles Abbild der Verkehrsformen herzustellen, denen man eben noch entfliehen wollte. D.h. diese Kultur ist nicht authentisch in dem Sinne, daß sie eine bessere Handhabung der eigenen Situation zuließe, im Gegenteil verschüttet sie geradezu den Zugang durch Verdrehungen; ihr fehlt somit jegliche emanzipative Eigenschaft – ganz im Gegensatz zu den heute an den Rand gedrängten Rock-Kulturen. Da sie die rebellische Geste abgestreift hat und eigentlich nur noch die äußerliche Attitüde kultiviert, den lackierten 'look', verdient sie das Prädikat eines schwülstigen Zuckerbäckerstils der 80er Jahre.

Der Doppelcharakter der Rockkultur

Rock'n Roll hat immer die zwei Seiten gehabt, populäre, also Massenkultur zu sein, andererseits jedoch im Medium des Marktes, der Warenwelt, des show-business stattzufinden. Er war immer dann "echt", wenn er die Nähe zu den Erfahrungen seines Publikums, seiner Konsumenten bewahrte und diese auch zum Ausdruck brachte. Je mehr er sich zu einem Arkanbereich formierte, bevölkert nur noch von entrückten Stars, desto mehr zehrte er von der bloßen identifikatorischen Teilhabe des zum Fußvolk degradierten Publikums am Abglanz seiner Protagonisten. Der Vorgang der Identifikation an sich hat nichts kritikwürdiges, er ist im Gegenteil wichtigstes Medium für die Aneignung sozialer Fähigkeiten. Was vielmehr den Rock'n Roll vom Talmi-Glanz der Discowelt scheidet ist der spezifische Inhalt der Identifikation: die Disco-Kultur liefert den Jugendlichen keinerlei Maßstäbe mehr, die wirklich aus ihrer Welt stammen und in ihrer Welt verwertbar sind, dort einen Sinn haben oder stiften, ihren tagtäglichen Umgang mit ihren Problemen prägen könnten, einfach deswegen, weil diese Probleme im Disco-Arrangement ausgeblendet sind.

Vor diesem Hintergrund ist die neuerliche Punk-Revolte zu verstehen (die "höheren Orts" schon längst zur eingängigen "New Wave" umgedeutet wurde): nicht nur als Aufstand gegen Jugendarbeitslosigkeit, überhaupt gegen das Fehlen einer lebensgeschichtlichen Perspektive und Sinngebung. Die Punk-Rocker sind ebenso die Bilderstürmer der entrückten Rock-Idole, in denen sie sich nicht mehr wiedererkennen; es ist der Versuch, sich die sozialen Ursprünge des Rock'n Roll wieder anzueignen.

Die Bühne des gezähmten Narziß

Filme, welche das Phänomen "Rock-Musik" als Medium und hauptsächliches Ausdrucksmittel einer jugendlichen Subkultur, die sich als Protest und als Gegenwelt zu der der Erwachsenen formiert, thematisieren, gibt es zur Genüge, – unter ihnen auch einige, die dieses Milieu nicht bloß als vordergründige Staffage für die m.o.w. gelungene Inszenierung dieses oder jenes "sound" zitieren. Am Ende dieser langen Reihe steht z.Zt. ein Film, der auch in unseren Kinos Kasse macht und insofern bemerkenswert scheint, als er sich in spezifischer Weise dessen bemächtigt, es propagiert, was landläufig unter "disco-scene" apostrophiert wird: "Saturday Night Fever", vom Verleih eher bieder als "Nur Samstags Nacht" eingedeutscht.

Zweifellos dokumentiert dieser Film auf seine Weise am Beispiel von Brooklyner Arbeiterjugendlichen eine auch für bundesdeutsche Verhältnisse gültige Tendenz von Jugendkultur: war es seit jeher die klassische Aufgabe von Rockfilmen, diese Kultur in ihrer Zerrissenheit zwischen der Integration in der Welt der Erwachsenen, der Tauschwertlogik einerseits und der Auflehnung dagegen andererseits abzubilden, so scheint dieser Widerspruch in "Nur Samstags Nacht" stillgestellt, ja geradezu bagatellisiert.

Es entsteht die Frage, ob der Film in dieser Hinsicht die Realität von jugendlichen Disco-Abonnenten bloß fingiert, oder ob sich darin eine in der Disco-Kultur angelegte Tendenz – wenn auch verdreht und überdimensioniert – niederschlägt. Sicherlich ist dieser Film das Produkt jenes geschäftstüchtigen Kalküls, welches sich im Zusammenspiel von Platten- und Filmkommerz ergibt. Aber das erklärt nur einen Teil des Phänomens. Soll das Geschäft gelingen, so ist das Aufgreifen und Verarbeiten von wirklichen Erfahrungen, Bedürfnissen, Schmerzen, Enttäuschungen und Hoffnungen vorausgesetzt. Wenden wir uns jedoch, um diese Frage genauer zu beantworten, der 'Story' des Films zu.

Tony Manero, der (Disco-)Held des Films, Ladengehilfe in einem kleinen Farbengeschäft, noch nicht volljährig, vor dem Spiegel: neuzeitlicher Narziß, mixtum compositum aus Kung Fu (die exakte Körperbeherrschung, das bestechende timing des Ausfallschritts), Ricky Nelson (die Tolle, der verschwommene Blick, das Dekor von Halskettchen, das einstudierte, "sympathische' cover-boy-Lächeln) und Dressman (das Halbseidene, gockelhaft Herausgeputzte, die Rüschen). Insgesamt entsteht so ein Typ, der "unentschieden zwischen den Geschlechtern changiert", "eine seltsame androgyne Qualität" ausstrahlt (Spiegel 15/78, S. 206). Tonys sämtliche Bewegungen sind narzißtische, von einer durchgängigen, oft ritualisierten und aufgesetzt anmutenden Leichtigkeit durchzogen, – dies sogar bei der Arbeit, die ja den Körper bekanntlich in entgegengesetzte Weise zurichtet. Tony agiert so einen alten Mittelklassen- und Zirkulationssphärenwunsch: alle Spuren von Arbeit an sich auszulöschen.

An dieser Stelle zeigt sich bereits eine Tendenz des Filmes. Er versucht immer wieder, Tony zur überragenden Identifikationsfigur dadurch zu stilisieren, daß er Widersprüche, Ängste und Schwächen, die realen Personen eigen sind und die bei Tony vermißt werden, auslagert und an anderen Personen darstellt. Tony gerät so zum Tausendsassa, vor dem die eigene vergleichsweise kümmerliche Existenz des Zuschauers nur noch mit Resignation oder deren Pendant, zielloser Aggressivität, kommentiert werden kann.

Beschaut man sich die (auch als Narziß typisierten) Rockidole der 50er und 60er Jahre, so erscheint Tony vergleichsweise domestiziert: wo jene Sturm laufen, übt Tony Bescheidenheit.

Er beweist Realitätssinn, reduziert und segmentiert seine Ansprüche je nach den Widerständen und Ansprüchen, die ihm seine Umwelt zumutet. So entstehen zu Hause und auf der Arbeit auch keine wirklichen Konflikte. Tony ist im Grunde der anständige Junge, den sich verschreckte Eltern wünschen, auch wenn der Film diesen Eindruck an vielen Stellen zu verwischen sucht, indem er eine Reihe klassischer Topoi der Rock-Filme für sich in Anspruch nimmt, – sie wirken, als das genommen, was sie im Film symbolisieren sollen, deplaziert und unglaubwürdig. Wenn etwa Tonys Vater diesem eine ordentliche Zukunftsplanung schmackhaft machen will, und er – die Disco im Sinn – trotzig erwidert: "heute Nacht ist meine Zukunft", so erweist sich diese rebellische Geste, gemessen an den Widerstandsformen der Rock-Generation der 50er und 60er Jahre (und der Funktion der Rock-Musik in diesem Zusammenhang), als hohles Pathos, zumal sie eh keine Sanktionen nach sich zieht. Denn die Haltung, die hierin zum Ausdruck kommt, ist nicht mehr der generalisierte Protest aus Prinzip des "angry young man", sondern das schlichte "Bock auf Disco": Wegtauchen als Prinzip. Wogegen die Generation der 50er und 60er Jahre noch kämpfen mußten: der Muff rigiger Sexual- und Verhaltensnormen, allgegenwärtige Bevormundung durch die Erwachsenen, all diese Hindernisse sind nunmehr wie durch Zauberhand beiseitegeräumt im Schummerlicht der Disco-Szene, die sich als toleriertes kompensatorisches Freizeitspektakel etabliert hat.

Formale Betriebsamkeit, die keine Spuren hinterläßt

In der Beschreibung dieses Milieus zeichnet sich der Film aus durch eine eigenartige Unbestimmtheit: entfaltet er einerseits – besonders wenn es um die Schilderung der Sexualpraktiken geht – einen ausführlichen und zynischen Realismus, so erweist sich diese Freizügigkeit letztendlich als scheinhaft in der Wiederkehr des Verdrängten, das sie im happy-end einholt. Man kann den Film in dieser Hinsicht sogar als die Geschichte einer Läuterung auffassen: Tony lernt ein Mädchen, Stephanie, kennen, die für ihn (wie könnts auch anders sein) gerade dadurch interessant wird, daß sie sich seinen sexuellen Ansprüchen gegenüber als standhaft erweist und daß sie darüber hinaus 'sozialen Aufstieg' verkörpert, im Begriff ist, den Absprung zur "other side of the river" zu schaffen. Tonys weiterer Weg folgt nun der Logik der Desexualisierung; sie wird zum Unterpfand für seine zweite Karriere, die ihm nun – der Zuschauer spürt es mit Gewißheit – bevorsteht, nachdem die erste ihren Zenit und gleichzeitigen Abbruch erreicht hat durch Tonys Sieg im Tanzwettbewerb. In diesem Moment seines größten Triumphes setzt auch sein Überdruß an dieser Welt des Scheins ein. Ihn zieht es nun mit Macht auf die andere Seite des Flusses, Höherem entgegen, im Kielwasser von Stephanie. Hier will er einen neuen Anfang machen. Besiegelt wird dieses Unterfangen im happy-end mit einem regelrechten Keuschheitsgelübde an Stephanie: sie zu lieben, aber trotzdem nicht mit ihr zu schlafen. Die Versagungen, die Tony in der Beziehung zu dieser "weißen, reinen" Frau auf sich zu nehmen bereit ist, sind der Preis für seinen weiteren Aufstieg.

Deutlich wird hieran jedoch nicht nur die nachträgliche Zurücknahme 'repressiver Entsublimierung' in eine konservative, hier schon komisch wirkenden Sexualmoral, sondern auch die wirkliche Bedeutung, die dem "Saturday night fever" beigemessen wird: ein Fieberanfall, der auch wieder vorübergeht und keine Spuren hinterläßt, weil er nicht unter die Haut ging. Es wird deutlich, daß Disco-Kultur und Musik höchstens in Aspekten, die ihr selber äußerlich sind und die sie nicht selber hervorbringt, authentischer Ausdruck der Jugendphase von lohnarbeitenden Jugendlichen ist. Sie begleitet sie allenfalls.

Frankfurt: CDU gegen Kitas

Zum 31.3.1978 hat die CDU in Frankfurt eines der engagiertesten Modelle öffentlicher Vorschul- und Horterziehung zerschlagen – mit einem anderen Wort läßt sich die Politik der CDU gegenüber dem Projekt "Kita 3000" nach ihrem Sieg bei den hessischen Kommunalwahlen im März 1977 kaum beschreiben. Die besondere Härte und Brutalität der CDU gerade gegenüber den Kitas – andere progressive kommunale Einrichtungen, denen die CDU den Kampf angesagt hatte, wie Kommunales Kino, TAT, Historisches Museum, blieben vorerst ungeschoren oder kamen mit finanziellen Kürzungen davon – erklärt sich aus dem besonderen Charakter dieses Projektes, das 1972 von der SPD als städtisches Reformmodell vorschulischer und Horterziehung eingerichtet wurde, sich in seinen Entstehungsbedingungen, Zielvorstellungen und Strukturen jedoch von der Mehrheit der Modelleinrichtungen im Erziehungsbereich unterscheidet. Im Gegensatz zu den meist im Kontext staatlicher "Problemlösungsstrategien" konzipierten und von oben verordneten Modellversuchen sind in das Kitaprojekt wesentlich auch Impulse aus sozialen Bewegungen mit gesellschaftskritischen Intentionen eingegangen, nämlich die radikale Kritik an traditionellen Erziehungsinhalten und -methoden, wie sie von der Kinderladenbewegung formuliert und in alternativen Erziehungseinrichtungen auch praktisch realisiert wurden, sowie die Kritik an den Arbeitsbedingungen in den herkömmlichen vorschulischen Einrichtungen, die hauptsächlich von den im AKS (Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter) zusammengeschlossenen Erziehern, Sozialpädagogen und Sozialarbeitern vertreten und in Aktionen umgesetzt wurde. Die Bedeutung dieser Gruppen für die Diskussionen im Bereich vorschulischer Erziehung in Frankfurt zu Beginn der 70er Jahre hat wesentlich dazu beigetragen, daß die von der SPD in der Atmosphäre des Bundestagswahlkampfes geplante spektakuläre Erweiterung des Angebots an städtischen Kindergarten- und Hortplätzen im Rahmen eines Reformprojekts mit "emanzipatorischen" und "komplementären" Erziehungszielen sowie veränderten Bedingungen pädagogischer Arbeit erfolgte – Bedingungen, die sich insbesondere festmachen lassen am Prinzip der Teamarbeit (im Gegensatz zu den übrigen städtischen Einrichtungen gibt es keine Leiterin und keine formale Hierarchie) und der im Vergleich zu den übrigen städtischen Kindertagesstätten günstigeren Erzieher-Kind-Relation (statt einer Bezugsperson für 16 Kinder, eine Bezugsperson für 10 Kinder).

Mit diesen Entstehungsbedingungen des Kitaprojekts hängt das große inhaltliche Engagement der Mehrzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zusammen, ohne das die Vielzahl neuer Ansätze pädagogischer Arbeit, die sich im Verlaufe des Projekts entwickelt haben, kaum denkbar ist. Zwar sind die mit dem Kitaprojekt verbundenen veränderten institutionellen Bedingungen pädagogischer Arbeit Voraussetzungen für die Möglichkeit der Entwicklung neuer Formen des Umgangs mit Kindern in öffentlichen Erziehungseinrichtungen – ohne zahlreiche "Zusatzleistungen", die über die Arbeitsbedingungen nicht abgesichert waren (z.B. die in der Arbeitszeit nicht vorgesehene Arbeit mit Eltern, Schulen und anderen Sozialeinrichtungen sowie die pädagogischen und organisatorischen Diskussionen, die weit mehr Zeit in Anspruch nahmen, als durch die Arbeitszeit vorgegeben war), hätte sich ein solches weitreichendes Engagement jedoch kaum verwirklichen lassen. Dieses Engagement für neue Formen des Umgangs mit Kindern zielte ab auf größtmögliche Selbständigkeit der Kinder, auf größtmögliche Berücksichtigung kindlicher Bedürfnisse, auf flexiblen Umgang mit verfestigten sozialen Rollen (sowohl bezogen auf Geschlechtsrollen als auch auf die asymmetrische Rollenverteilung zwischen Kindern und Erwachsenen auf der Basis ungleicher Machtverteilung) – Formen des Umgangs mit Kindern also, die kaum mehr als Erziehung im traditionellen Sinne beschreibbar sind, nämlich als hierarchische Lehr- bzw. Lernbeziehung, sondern Ansätze gemeinsamer Lernprozesse, sowohl unter den Bezugspersonen und unter den Kindern als auch wechselseitig zwischen Kindern und Bezugspersonen, enthalten. Einem solchen auf weitgehender Selbständigkeit und Selbstorganisation basierenden Umgang mit Kindern galt der Angriff der CDU: Nicht weil das Kitaprojekt gescheitert ist – wie es von der CDU zunächst behauptet wurde –, sondern gerade weil es erfolgreich war im Sinne der Entwicklung neuer, auf den Abbau hierarchischer Strukturen gerichteter Ansätze pädagogischer Arbeit in öffentlichen Erziehungseinrichtungen, mußte die CDU es in der Härte zerstören, wie es zum 31.3. geschehen ist: Nicht nur durch Einsatz von Leiterinnen und stellvertretenden Leiterinnen in den Kitas, sondern durch Zerschlagung aller Kitateams und damit der Zerstörung von in jahrelanger Arbeit aufgebauten Beziehungen unter den Mitarbeitern und zwischen Mitarbeitern und Kindern (2/3 der Kitamitarbeiter wurden zum 31.3. in traditionelle städtische Einrichtungen, 80 Mitarbeiter aus diesen Einrichtungen in die ehemaligen Kitas umgesetzt), durch vorübergehende Schließung von 5 der 19 Kitas, in denen sich Eltern und Mitarbeiter besonders engagiert gegen die Umwandlung der Kitas und die Umsetzungen gewehrt haben, durch Kündigung von 22 Mitarbeitern, durch Androhung der Kündigung von Verträgen mit denjenigen Eltern, die nicht bereit sind, "sich mit den neuen Bedingungen abzufinden". Die CDU ließ sich dabei weder beeindrucken von der Breite des Widerstands, den Kitamitarbeiter, Eltern und z.T. auch Mitarbeiter der übrigen städtischen Kindertagesstätten der Kitaumwandlung und den Umsetzungen entgegensetzten, noch von der breiten Solidarität, die den Kitamitarbeitern und den Eltern in der Öffentlichkeit entgegengebracht wurde (so z.B. von den Gewerkschaften, in der liberalen Presse und in anderen Medien). Nach einer Woche konnten immerhin nur 3 von 19 Kitas als "umgewandelt" gelten, die übrigen Kitas führten ihre Arbeit unter Mithilfe von Eltern und Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit in den alten Teams, z.T. in anderen Räumen (so stellte der DGB Räume im Gewerkschaftshaus zur Verfügung), z.T. in den alten Räumen durch (wobei die neueingesetzten Leiterinnen sich meist still in die Büroräume zurückzogen). Nach 14 Tagen lief selbst nach Aussagen des CDU-Schuldezernenten Mihm nur in 1/3 der Kitas der Betrieb "einigermaßen befriedigend" (Frankfurter Rundschau v. 18.4.78). Trotz dieser breiten öffentlichen Proteste blieb die CDU bei ihrer harten Politik – eine Politik, der es nicht darum geht, Maßnahmen gegenüber den Betroffenen zu legitimieren, sondern die lediglich abzielt auf die Zerschlagung von Projekten, die obrigkeitsstaatlichen Wertvorstellungen widersprechen. So nennt CDU-Schuldezernent Mihm als Ziele für die Vorschulerziehung "Ehrfurcht, Nächstenliebe, Achtung, Duldsamkeit, Dienst am Wohl des Volkes und an der menschlichen Gemeinschaft" (aus einem WDR-Interview

Für uns, die wir noch hoffen

Die Lieder Pannachs und Kunerts sind von einer politischen Poesie und Schönheit, die den parolenmüden Hörer aufhorchen lasst. Hier wird dem Hörer DDR-Konkret in einer Weise vermittelt, daß sich auch der westdeutsche Hörer angesprochen fühlen muß.

"Der nach unten tritt und sich nach oben bückt / Wir kennen dich nicht erst seit Heinrich Mann." Der Untertanengeist macht an der deutsch-deutschen Grenze nicht halt, Obrigkeitshörigkeit war schon immer ein deutsches Prädikat. Pannach singt hautnah am DDR-Alltag, was viele DDR-Bürger (noch!) nur im 'stillen Kämmerlein' zu denken wagen: "Mensch, wir werden fettgefüttert/ mit Kampagnen immer neu/ Und ich krieg das große Kotzen/ Mensch, ich fraß schon massig Heu."

Zwischen den Liedern trägt Jürgen Fuchs kurze Prosatexte vor. Er erzählt von Alltagserfahrungen, von seinen Begegnungen mit der DDR-Obrigkeit realistisch und einfühlsam. Den Texten gegenübergestellte Zitate aus der offiziellen DDR-Ideologie lassen die Verlogenheit des Systems, den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich werden, ohne daß Fuchs seine kommunistische Grundposition aufgibt.

Da kommen keineswegs drei junge Leute mit dem moralisierenden Zeigefinger daher, sondern da wollen Menschen zu Menschen sprechen, um ihnen Mut zu machen. "Gegen die Angst seid nicht stille/ Gegen die Angst kommt hervor/ Gegen die Angst, wir sind doch viele/ Gegen die Angst, ohne Angst." Um so frustrierender finde ich das Desinteresse, auf welches die ausgebürgerten Dissidenten hier in der BRD stoßen, seitdem Biermann kein Verkaufsschlager mehr ist, weil er sich auch hier nicht 'kaufen' ließ. Aber wen wundert das? Die bei uns etablierten Parteien wissen nichts mit ihnen anzufangen, denn es ist ihnen suspekt, wenn jemand 'von drüben' kommt und dennoch Kommunist bleibt, die DKP hingegen würde sich selbst das Wasser abgraben, wollte sie sich auf die Zwangsemigranten einlassen. Nun sind sie also im "freien Westen", dürfen offiziell sagen und singen was sie denken, doch offensichtlich will ihnen hier niemand so recht zuhören. Dabei könnte sicher gerade die westdeutsche Linke einiges von ihnen lernen, "vom Rot, das brennt": "Nun denn, ich nenn die Sache gleich beim Namen / Brechen wir nicht des Schweigens Wände/ Werden wir im Schweigen enden." (Für uns, die wir noch hoffen. Pannach, Fuchs, Kunert CBS 82322).

DAGMAR SOBULL

vom 3.4.78) und bemißt das Kitaprojekt daran als mißlungen. Solchen Wertvorstellungen entsprechend verfolgte die CDU das Kitaprojekt seit seinem Bestehen mit kleinbürgerlich-autoritären Vorurteilen, z.B. mit immer wiederkehrenden Anfragen an den Magistrat, ob Verhältnisse wie in den Kitas "nicht die Gefahr von Seuchen und Epidemien heraufbeschwören" (Frankfurter Rundschau v. 4.3.75).

Auch der SPD war an einer Auflösung des Kitaprojekts gelegen, allerdings einer möglichst "leisen". So war die SPD bei Koalitionsverhandlungen mit der FDP im Sommer 1976 zu einer Reduzierung des Projekts bereit – auch im Falle einer SPD/FDP-Mehrheit bei den Kommunalwahlen hätte diese Frage also wieder angestanden. Ursache für das Unbehagen der SPD an dem von ihr eingerichteten Projekt war sein dauerndes Konfliktpotential. Die Geschichte des Kitaprojekts ist gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen tendenziell reformüberschreitenden Forderungen der Mitarbeiter (z.B. nach Selbstverwaltung; nicht nur nach besseren, sondern nach guten Arbeitsbedingungen) und den Versuchen der Stadt, das Kitaprojekt zur eingegrenzten, kontrollierbaren "Reformmaßnahme" zu machen (z.B. durch Integration ins Stadtschulamt, über ein Modell paritätischer Mitbestimmung statt über das von den Mitarbeitern geforderte Selbstverwaltungsmodell, durch Kontrollmaßnahmen wie eine beim Stadtschulamt angestellte Supervision, durch Abwehr von mehr als nur kleinen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Vergleich zu den übrigen städtischen Einrichtungen). Gegen die restriktiven und kontrollierenden Maßnahmen der SPD war jedoch immer Widerstand mit Aussicht auf Teilerfolge möglich – ohne die Bereitschaft eines großen Teils der Mitarbeiter, sich immer wieder zu engagieren für bessere Arbeitsbedingungen und Prinzipien von Selbstorganisation, hätten sich in den Kitas sicherlich restriktivere Bedingungen für die pädagogische Arbeit durchgesetzt, als es dann als Ergebnis des Dauerkonflikts zwischen Mitarbeitern und der Stadt der Fall war: So konnten Versuche des Stadtschulamts, in den Teams hierarchische Strukturen durch die Hintertür, z.B. eine Sprecherwahl, wieder einzuführen, immer wieder abgewehrt werden, auch die vom Stadtschulamt eingesetzte Supervision wurde erfolgreich abgelehnt, zudem wäre ohne den Widerstand der Mitarbeiter sicherlich eine ungünstigere Erzieher-Kind-Relation als 1:10 durchgesetzt worden. Diese Möglichkeit, mit Aussicht auf Teilerfolge gegen restriktive Maßnahmen zu kämpfen, unterscheidet SPD- von CDU-Politik: Wo die SPD solche Entscheidungen legitimieren muß gegenüber Teilen des Wählerpotentials und ihrem linken Flügel und damit eine Chance für Widerstand gegen eine solche Politik gegeben ist, ist CDU-Politik auf Bevölkerungsgruppen ausgerichtet, die mobilisierbar sind aufgrund kleinbürgerlich-autoritärer Vorurteile und damit auch über die radikale und gewaltsame Zerstörung von Reformen, die obrigkeitsstaatlichen Wertvorstellungen widersprechen. An der Zerschlagung des Kitaprojekts wird diese Politik exemplarisch deutlich, eine Politik, die sich hinwegsetzt über die erklärten Interessen der Betroffenen und lediglich die Durchsetzung rechtsradikaler Machtinteressen zum Ziel hat.

Für progressive Ansätze pädagogischer (und letztlich wohl insgesamt sozialer) Arbeit bedeutet eine solche Politik den Rückzug in private Einrichtungen, wie es sich auch für Teile des Kitaprojekts andeutet. Der Widerstand gegen die Machtpolitik der CDU wurde zwar so lange wie möglich aufrechterhalten, mußte jedoch angesichts der Schärfe der Sanktionen letztlich aufgegeben werden. Als Alternative stellt sich einem Teil der ehemaligen Mitarbeiter und Eltern der Aufbau von privaten Kinderläden bzw. Kinder- und Jugendhäusern mit öffentlichen Zuschüssen, die allerdings kaum ausreichen werden, um die Elternbeiträge so niedrig halten zu können, daß auch Kinder aus unterprivilegierten sozialen Schichten in diesen Einrichtungen zahlreich betreut werden können – ein Anspruch, der wesentlich mit dem Kitaprojekt verbunden war und viele an der Kinderladenbewegung Beteiligte zur Mitarbeit an einem öffentlichen Projekt vorschulischer und Horterziehung bewogen hatte.

KARIN FLAAKE

Arbeiterselbsthilfe Bonames – ASH

Nachfolgend veröffentlichen wir einige Auszüge aus einer Selbstdarstellung von einer der stabilsten und politisch aktivsten Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik. Anlaß ist ein Unterstützungsaufruf der Gruppe, die nach Frankfurt/Bornheim umziehen wird, um dort ihre Aktivitäten wesentlich auszuweiten. Am Horizont stehen dabei Selbstverwaltungsperspektiven, wie sie ansatzweise in Christiania (Kopenhagen) verwirklicht sind. Das Sozialistische Büro hat das Projekt mit einer Spende von DM 1.000.-- aus dem Rotarbeits-Fonds unterstützt. Wer sich für die Arbeit dieser Gruppe und ihre Publikation "Wir wollen's anders" (bisher 4 Ausgaben) interessiert, kann sich an die am Ende des Beitrags angegebene Adresse wenden.

Redaktion "links"

Die ASH ist als "Vereinigung zur Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher" oder kurz "Arbeitslosenselbsthilfe" im Herbst 1975 gegründet worden. Zugrunde lagen vage Informationen vom SSK in Köln, im Prinzip reduziert auf die Idee, sich nicht mehr an Kapitalisten zu verkaufen, sich der unmenschlichen Situation in kapitalistischen Betrieben nicht mehr auszusetzen, sondern einen eigenen Betrieb aufzubauen, mit anderen, menschlichen Strukturen. Dies ist damals von den Gründungsmitgliedern diskutiert worden, weniger in bezug auf die eigene Situation, sondern in bezug auf uns bekannte arbeits- und wohnsitzlose Arbeiterjugendliche aus der Nordweststadt, gemeinhin als "Rocker" bezeichnet. Während es uns aufgrund von Sozialisation und Ausbildung immerhin noch möglich ist, auch in der gegebenen Krisensituation immer wieder Arbeit zu finden und mit dieser Arbeit auch fertig zu werden, sind diese Rocker über die Arbeitslosigkeit immer stärker in den teuflischen Kreislauf von Langeweile, Alkoholismus und Aggression geraten, der normalerweise irgendwann in einer "Justizvollzugsansalt" endet. Eine veränderte Arbeitssituation – so hatten wir gedacht – würde gerade diesen sehr unstabilen Jugendlichen zu einer Stabilisierung, zu neuem Selbstbewußtsein verhelfen und sie darüber aus dem bekannten Kreislauf befreien.

Wir sind mit dieser Vorstellung gescheitert. Wir hatten nicht bedacht, welche psychischen und auch physischen Anstrengungen der Aufbau eines eigenen Betriebes für jeden erfordert. Wir hatten unsere eigene Fähigkeit überschätzt, von unseren eigenen Bedürfnissen abstrahieren zu können. Dies aber ist in sehr großem Maße erforderlich, wenn man mit Rokkern nicht nur permanent zusammen arbeitet, sondern auch lebt ...

Allerdings löste sich dieser Konflikt ohne Auseinandersetzungen. Die Handwerkskammer stoppte mit hohen Strafdrohungen unsere einträglichen handwerklichen Arbeiten. Für die Rokker war die nun anstehende Phase von ungeheuer viel unbezahlter Arbeit, die nötig war, um die Sache auf einer anderen Grundlage wieder ins Laufen zu bringen, nicht mehr attraktiv. Sie machten nicht mehr mit und zogen auch aus. Das Randgruppen-Experiment ASH war damit gestorben.

Die ASH war damit zunächst wieder reduziert auf ihre fünf Gründungsmitglieder. Allerdings hat sie sich dann ziemlich bald und stetig erweitert bis zur Zahl von 26 Mitgliedern im Frühjahr 1977. Für uns war die Entwicklung im ersten halben Jahr ein Lernprozeß. Unsere Beziehungen untereinander hatten sich über das gemeinsame Projekt, über die gemeinsam bewältigten Probleme sehr gefestigt und diese Tatsache gab uns recht, was unsere Theorie von der Auswirkung gemeinsamen Arbeitens und Lebens angeht ...

Was am Anfang nur ungeheuer verkürzt in der ASH-Initiative gesteckt hat, nämlich der Aufbau eines konkurrenzfähigen Betriebes, der in der Lage ist, seinen Arbeiterbesitzern den Lebensunterhalt zu sichern, ist in der Entwicklung der ASH immer mehr Aufgabe geworden: in dem Maß, wie wir positive Erfahrungen in den Beziehungen untereinander registrieren konnten und in dem Maß, wie wir Erfolge bei der Existenzsicherung verzeichnet haben.

Als wir damals noch in Heddernheim Stundenlöhne von DM 10,-- erwirtschaftet haben, hat uns dies ungeheuer bestärkt weiterzumachen. Weil es offensichtlich möglich war, unter bestimmten Bedingungen vom eige-

4 Mai 78 WUHL ARBEIT
Zeitschrift für Umweltpolitik
Projektgruppen »AKW und Umweltschutz« im Sozialistischen Büro

Grüne Liste Nordfriesland
•
Bunte Liste Hamburg
•
Großflughafen München II
•
Nordsee ist Mordsee
•
Küstenautobahn
•
u.v.a.m.

olle und wolter

DDR – konkret
Geschichten & Berichte aus einem real existierenden Land
Beiträge von T. Auerbach, W. Hinkeldey, M. Sallmann u.a.
Eine Gruppe junger DDR-Arbeiter wurde im Herbst 1977 nach mehrmonatiger Haft wegen Protestaktionen anläßlich der Biermann-Ausbürgerung nach Westberlin abgeschoben. In diesem Buch ziehen sie eine kritische Bilanz ihres Lebens in der DDR.
160 Seiten, DM 9,80

Lateinamerika
Analysen und Berichte 2
Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe
Herausgegeben von Bennholdt-Thomsen, Evers, Meschkat, Olle, Müller-Plantenberg, Schoeller
Aus dem Inhalt:
- Neue Etappe der Klassenkämpfe in Lateinamerika
- Rolle des Nationalstaates in der Dritten Welt
- Bundesrepublik und Neue Weltwirtschaftsordnung

Mit 12 Ländерberichten
u.a. über Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Uruguay
380 Seiten, DM 24,80

Robert V. Daniels
Das Gewissen der Revolution
Linke Opposition in der SU
„Diese einzigartige Darstellung, an deren Umfassenheit und detaillierter Kenntnis nur die Werke von Isaac Deutscher heranreichen, behandelt den Zeitraum von der Oktoberrevolution bis zur Eliminierung der letzten Reste von Opposition in den 30er Jahren.
ca. 600 Seiten, ca. DM 28,–

Gudrun Küsel (Hrsg.)
APO und Gewerkschaften
Von der Kooperation zum Bruch
Mit einem Vorwort von Theo Pirker
Mit Beiträgen von Heinz-Günter Lang, Hinrich Oetjen, Jochen Müller, Jürgen Seifert, Karsten D. Voigt, Christian Götz, Reinhard Crusius / Manfred Wilke, Siegfried Masson, Hans-Otto Wolf, Adolf Brock, Bernd Bensch / Karin Bergdoll, Fritz Vilmar und Boris Penth

188 Seiten, DM 14.80

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1000 Berlin 30
Katalog anfordern!

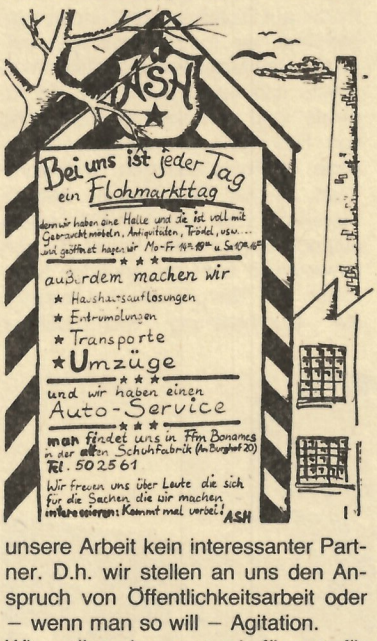
nen Betrieb, von der eigenen Arbeit zu leben, ohne daß irgendein Chef kommandiert, ohne daß ein Spezialist für die Ranschaffung der Arbeit sorgt.

Dieses Erfolgserlebnis hat heute Fundament. Wir leben seit der letzten Umstellung des Betriebes auf den Möbelankauf und -verkauf recht gut von unserem Betrieb. Wir haben die ASH in eine GmbH umgewandelt, mit offiziell drei Gesellschaftern, einem Geschäftsführer, und der Rest von uns ist als Arbeiter fest angestellt und entsprechend kranken- und sozialversichert. Der Handel mit neuwertigen Gebrauchtmöbeln deckt eine echte Marktlücke in Frankfurt. Neben uns gibts da gerade noch den Möbelbunker in der Friedberger Anlage als ernsthafte Konkurrenz, wobei der im Niveau der Verkaufspreise um etwa das Doppelte über den unseren liegt und vermutlich auch liegen muß – Folge der normalen kapitalistischen Betriebsstruktur.

Auf der Grundlage der gesicherten Ökonomie haben wir immer mehr Stellenwert der Entwicklung der innerbetrieblichen Struktur beigemessen. Wir wollen und werden hier ein Modell entwickeln, das wir dem normalen kapitalistischen Betrieb als echte Alternative entgegenstellen können. Notwendige Voraussetzung für die Entwicklung dieses Modells ist nach unserer Erfahrung die Kombination von "zusammen leben – zusammen arbeiten".

Alle Entscheidungen über betriebliche und außerbetriebliche Belange – soweit sie die ganze Gruppe betreffen – werden bei uns in der gemeinsamen Diskussion gefällt. Diese Diskussionen entwickeln sich täglich während der Arbeit, in den Arbeitspausen im Gemeinschaftsraum, beim gemeinsamen Frühstück oder Abendessen und setzt sich nach dem Abendessen fort bis in die Nächte. Das Frühstück wie auch das Abendessen organisiert der Gemeinschaftsdienst. Wir haben inzwischen erreicht, daß sich bei diesen Diskussionen alle Mitglieder der Gruppe einbringen – wenn auch noch nicht alle in gleichem Maße. Unterschiede gibts immer dann, wenn neue Mitglieder noch recht frisch in der Gruppe sind. Wir haben allerdings – das halten wir für wichtig zu betonen – noch niemals über ein Problem abgestimmt! Zum Prozeß der Verteilung der anstehenden Arbeit: Grundprinzip ist die Freiwilligkeit. Zwang wird nur soweit angewandt, wie er erforderlich ist, d.h. immer nur an solchen Punkten, wo sonst der reibungslose Ablauf nicht gewährleistet wäre. Der einzige Punkt hierbei ist seit Monaten der Gemeinschaftsdienst, der nach einfachem Rotationsprinzip geregelt ist. Für alle anderen Arbeiten erfolgt abends nach dem Abendessen die Arbeitsbesprechung. Dabei wird wieder zunächst gefragt: wer will diese oder jene Arbeit übernehmen? Und meistens sind dann innerhalb von fünf Minuten alle anstehenden Arbeiten verteilt. Wenn sich niemand gleich freiwillig meldet, dann ist der wesentliche Unterschied nur der, daß die Arbeitsbesprechung 5 Minuten länger dauert, bis sich alle einer Arbeit zugeordnet haben. Am Schluß siegt immer die Selbstdisziplin. Es hat über den Punkt Arbeit seit der Teilung der Gruppe im April 1977 niemals Konflikte oder auch nur Schwierigkeiten gegeben …

Wir halten den Nachweis, daß es möglich ist, selbstverwaltet zu arbeiten und zu leben, an und für sich schon für ein Politikum. Wohlgemerkt: den Nachweis, nicht die Tatsache allein. Wenn irgendwo in Deutschland ein paar Leute hingehen und für sich was aufbauen, weil sie sich dufte verstehen, und sich darüber hinaus abschirmen gegen alle möglichen positiven und negativen Einflüsse von außen, dann würden wir dies klar als unpolitisches und gesellschaftlich nicht relevantes Verhalten bezeichnen. Diese Gruppe wäre für uns und



unsere Arbeit kein interessanter Partner. D.h. wir stellen an uns den Anspruch von Öffentlichkeitsarbeit oder – wenn man so will – Agitation.

Wir wollen das, was wir für uns für positiv erleben, möglichst vielen anderen vermitteln, so daß sie ähnliches machen und also ähnliches positiv erleben können. Nur wenn sich Selbstverwaltung überall durchsetzt, kann sie ein gesellschaftlich relevantes Prinzip werden. Sie wird sich aber in dem Maß verstärkt durchsetzen, in dem ständig neue Gruppen auf dieser Ebene anfangen nach außen zu gehen. Notwendig ist erstens die Verbreitung von Betrieben wie dem unsrigen, zweitens die Veröffentlichung all dieser Betriebe.

Diese Überlegung bildet in etwa die Grundlage unserer politischen Initiativen. Nach dem mißglückten Teach-in an der Frankfurter Uni im Januar 1977 hatten wir beschlossen, einen Kongreß der Selbsthilfegruppen in eigener Regie durchzuführen. Zwar hatte keiner von uns sowas je gemacht oder auch nur mitgemacht, aber wir haben dann doch über Gruppenbesuche, ständige Veröffentlichungen und hunderttausend Diskussionen ein Treffen von etwa 300 Leuten hier in Frankfurt über die Bühne bringen können, und zwar so, daß es von allen Beteiligten als Erfolg gewertet worden ist.

Unser Ziel bei diesem Kongreß war zu versuchen, eine dauerhafte Kooperation zwischen den verschiedenen Selbsthilfegruppen in Deutschland hinzukriegen (dem Vernehmen nach gibt es deren 250, wir bezweifeln diese Zahl allerdings stark). Es ist uns auch gelungen, ein monatliches Delegiertentreffen für die interessierten Selbsthilfegruppen einzurichten, wechselnd, immer bei einer anderen Gruppe. Mit einigen Hoffnungen haben wir das angegangen, sind dabei aber bös auf die Nase gefallen.

Es hat sich gezeigt, daß zwischen Selbsthilfegruppen und Selbsthilfegruppen ein Unterschied bestehen kann wie Tag und Nacht. Ungeheuer viele Gruppen haben auch mit der geringsten Öffnung nach außen nichts im Sinn, andere sind in sich so ungefestigt und labil, daß sie für ihre Existenz nicht für die nächsten drei Monate garantieren können. Dies hat die Diskussionen auf den Delegiertentreffen unfruchtbar und frustrierend gemacht. Wir haben dann noch einmal versucht, diesen Treffen ein Mindestmaß an Struktur zu geben – vergeblich. Wir sind da also erstmal gescheitert, und als wir von uns aus kein Interesse mehr an weiteren Treffen gezeigt haben, sind die auch prompt auseinandergefallen.

Bei dem Kongreß war – unabhängig von unserem Ziel einer direkten Kooperation – eines ganz klar herausgekommen: ein sehr starkes Interesse von vielen, sich über Selbsthilfe zu informieren. Schon damals war deshalb ein gemeinsames Info der Gruppen diskutiert worden. Als dies auf den Treffen zwar immer wieder diskutiert worden ist, jedoch nie was Praktisches herauskam, haben wir uns entschlossen, "Wir wollen's anders" herauszugeben, die auf breites Interesse gestoßen ist.

Arbeiterselbsthilfe Bonames, Am Burghof 20, 6000 Frankfurt/Main

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

GROSSER RATSCHLAG IN HAMBURG
29.9.–1.10.78

ALTERNATIVBEWEGUNG und SOZIALISMUS ?

Das Sozialistische Büro Hamburg lädt im Rahmen seines Arbeitsschwerpunktes "Rationalisierung und Arbeitslosigkeit" alle zu einem Arbeitstreffen ein, die sich praktisch oder theoretisch mit alternativer Ökonomie auseinandersetzen.

Wir bitten alle, die an dem "Großen Ratschlag" (vom 29. September bis zum 1. Oktober 1978) Interesse haben und / oder ihn unterstützen wollen, sich möglichst bald zu melden. Wir schicken Euch dann weitere Informationen zu.

Macht auch Vorschläge ! Welche Beiträge könnt Ihr leisten ? Über welche Erfahrungen könnt Ihr berichten ?

Auf jeden Fall Rückporto beilegen, am besten eine Spende von 5, - DM (und mehr) als Scheck oder als Überweisung an:
Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie
c/o Sozialistisches Büro, Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 6, (T.040/433289, werktags ab 18 Uhr)
Konto: Georg Habich, Sonderkonto Alternative Ökonomie, Nr. 1314/ 121 342
Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

"BLATT" Münchner Alternativzeitung

80:Blatt

Stadtzeitung für München

Blatt-Redaktion, Adelgundenstraße 18. Ein alter Laden im Münchner Lehel beherbergt seit Jahren die Redaktionsräume der mittlerweile auflagenstärksten bundesdeutschen Alternativzeitung: BLATT, Stadtzeitung für München, erscheint 14tägig mit einer Auflage von jetzt 15.000 Exemplaren.

Bis die BLATT-Leute und wir – einige Mitglieder der Münchner SZ-Mediengruppe – uns zu unserem vereinbarten Gespräch durchringen können, klönen wir noch ein wenig bei Kaffee und Gebäck. Ein älterer Herr mit Hut und Aktentasche kommt herein, grüßt freundlich reihum, wird freundlich zurückgegrüßt. Ob der Herr Thielsch schon alles vorbereitet hat, fragt er dann. Der hat noch nicht, aber er beeilt sich damit. Er füllt einen Scheck aus und überreicht ihn dem älteren Herrn. Der ältere Herr nimmt Scheck und Hut, nette Verabschiedung, er geht. Der nette, ältere Herr ist der Gerichtsvollzieher Herr Dachs. Er ist mal wieder für ein paar Wochen zu Gast bei der BLATT-Redaktion und kassiert die Geldstrafe aus dem gerade aktuellen Justiz-Ärger, pro Woche 1.000 Mark.

BLATT's repressiver Alltag

Herr Dachs ist da, weil BLATT die Veröffentlichung der Kennzeichen ziviler Polizeifahrzeuge und die Veröffentlichung von Namen und Adressen von Polizisten politischer Kommisariate per einstweiliger Verfügung verboten wurde. Dies ist nur eine, die aktuellste Notiz aus der Chronik: Justiz gegen BLATT – BLATT gegen Justiz. Ärger, Geldstrafen und Beschlagnahmen gab es bis jetzt wegen BLATT 17 ("verleumderische Beleidigung"), BLATT 41 ("öffentliche Billigung von Verbrechen"), BLATT 48 ("Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten"), BLATT 58 ("Verunglimpfung des Staates"), BLATT 56 ("Beschimpfung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung"), BLATT 57 ("Aufforderung zu strafbaren Handlungen"), BLATT 68 ("Aufforderung zur Brandstiftung"), BLATT 79 ("Jugendgefährdung"), BLATT 85 ("Öffentliche Billigung von Straftaten"), BLATT 98 ("Kunst- und Urheberrechtsgesetz verletzt"), BLATT 101 ("Öffentliche Aufforderung zu Straftaten"), BLATT 104 ("Beleidigung von Richtern").

Was Staatsanwaltschaft und Polizei am BLATT so aufbrachte, welcher Schwachsinn da ab und zu in Anklageschriften und einstweilige Verfügungen abgefüllt wurde, das wäre eigentlich zum Lachen. Und ohne Zweifel kann in diesem Land niemand die Justiz besser verarschen als sie selbst – wenn auch unfreiwillig. Aber für die Mitarbeiter des BLATT hat die konsequente gerichtsnotorische Beachtung ihrer Arbeit die Existenz des gesamten Zeitungsprojektes mehrmals ernsthaft gefährdet und ein Klima täglich erfahrbarer Repression geschaffen: Das muß berücksichtigen, wer dem BLATT vorwirft, es sei in seiner Berichterstattung auf Repression, Justiz und Polizei so fixiert wie das Kaninchen auf die Schlange. Tatsächlich gibt es eine sehr breite Berichterstattung über Repression, über Hausdurchsuchungen, über Behinderungen linker Projekte. Nur: Diese Entwicklung entspringt nicht dem Wunschdenken der BLATT-Macher. Wer glaubt, der Galgenhumor der Repressions-Berichterstattung beweise, daß ein paar Spontis lustvoll mit der Justiz Katz und Maus spielen, irrt. (Auszug: "Er hatte vier Kriminaler dabei und einen kleinen Staatsanwalt namens Krapf. Dr. Gehrig, bei dessen Kinn offensichtlich erhöhte Fluchtgefahr besteht, hatte keinen Durchsuchungsbefehl ...").

Gleichwohl hat die Ecke, in die die BLATT-Leute durch die massive Zuwendung von Justiz und Polizei gedrängt wurde, Schwierigkeiten in der Verwirklichung des eigenen Anspruchs mit sich gebracht: Eine über die linke Szene hinaus akzeptierte Stadtzeitung für München zu sein.

BLATT – Kein Volksblatt

Um's genauer zu fassen: BLATT möchte sich schwerpunktmäßig auf politische Vorgänge in der regionalen Öffentlichkeit beziehen. Die erwünschten Bezugspunkte sind Bürgerinitiativen und ähnliche in den Stadtteilen selbstorganisierte Gruppen. Die auf parlamentarischer Ebene verhandelte Kommunalpolitik findet nur wenig Beachtung. Ausnahmen, wie etwa Hintergrundsberichte über die Beteiligung der Stadt München am AKW Ohu oder zur Kommunalwahl ergeben sich eigentlich nur dann, wenn diese Vorgänge unmittelbar Gegenstände linker Politik berühren – hier etwa die Anti-AKW-Bewegung oder die für den Stadtrat kandidierenden "Grünen Listen".

Die BLATT-Redakteure räumten ein, daß einige Bürgerinitiativen das BLATT aus der Angst meiden, durch die Zusammenarbeit mit einer von Polizei und Justiz als linksradikal und kriminell gestempelten Stadtzeitung einen wichtigen Teil ihres bürgerlichen Potentials zu verlieren. Das, obwohl die aktiven Mitglieder der BI's selbst kaum Vorbehalte gegen das BLATT haben.

An diesem Verhältnis wird sich von seiten des BLATTes wenig ändern. Denn ein bürgernahes Volksblatt um jeden Preis wollen die BLATT-Macher nicht. Volksblätter, so die BLATT-Leute, seien zu langweilig und gezwungen, sich als Diskussionsforum für linksradikale Politik aufzugeben oder zumindest schwerwiegend einzuschränken. Ansätze linksradikaler Politik zu diskutieren, ist aber gerade – neben der Verbreitung unterbliebener Nachrichten und der Darstellung der Aktivitäten der alternativen Szene – eine der Aufgaben, die die Macher mit ihrem BLATT erfüllen wollen. Bleibt noch die letzte und wohl unproblematischste Aufgabe des BLATTes zu erwähnen: Mit Kleinanzeigen und Infos als informelles Netz für Wohngemeinschaften und eigentlich jedermann oder -frau zu fungieren. Und

Subskription Neuerscheinung ★

Stadtentwicklung

historische, politische und ökonomische Bedingungen

(Von den Anfängen der Stadtbildung in Mitteleuropa bis zum Ende des 2. Weltkrieges.)

Ansätze einer **materialistischen Stadtentwicklungsgeschichte**, die die Triebkräfte der Stadtentwicklung von einer ökonomischen Fragestellung aus zu erklären versucht. In 22 Kapiteln und 4 Exkursen wird die Stadt als **siedlungsmäßiger Ausdruck politisch-ökonomischer Bedingungen** untersucht. Die theoretischen Aussagen zur Stadtentwicklung werden am Beispiel der Stadt Hannover, aber auch an anderen anderen Städten konkretisiert.

421 Seiten. Format B 5. 70 Abbildungen
Preis: 20,-, Subskription bis 19. Juni: 18,-

Neuerscheinung im Juni 1978 !!

Volker Arnold Rätebewegungen in der Novemberrevolution
Entstehung und historischer Verlauf der deutschen Rätebewegung 1918 - 1923. Räte als Organisationsform des Kampfes und als Utopie einer neuen gesellschaftlichen Verfassung.
114 Seiten **DM 7,--**

Volker Arnold Rätetheorien in der Novemberrevolution
Eine Untersuchung aller wichtigen sozialdemokratischen und kommunistischen Rätekonzeptionen im Verlauf und Gefolge der Novemberrevolution.
370 Seiten **DM 14,--**

Zimmermann Einführung in Korsch
Ein Überblick über Korschs theoretische Entwicklung zwischen Marxismus-Leninismus, Linkskommunismus und Anarchismus. **96 Seiten DM 5,-**

Langer Marsch
Heft 35 - Juni 1978
Rabehl: Gewerkschaften, Bogdan/Petersen: Metalltarifrunde, Bacia: Zum Kursbuch 51, Ellenstein: KPF - Kritik, Rückblick auf das Russeltribunal ...
DM 2,-- **Halbjahresabo: 14,-**

Soz. Osteuropakomitee
Info 29/1978
Plattform einer polnischen Oppositionsgruppe, Reisebericht aus Polen, Interview mit einem rumänischen Arbeiter, Interview m. Shores Medwedew
DM 2,--
Sonderinfo, Kernraftwerke, Kernenergieprogramm und Reaktorsicherheit in der UdSSR und den anderen RGW - Staaten, Dokumente ...
DM 3,50 **Halbjahresabo: 10,-**

IAB - Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung
Heft 4/78
Ilse Lenz: Frauenmacht und Produktionsweise am Beispiel Japans, Dieter Eich: Die Dependencia - „Theorie", Fernando Mires: Kuba - von der ökonomischen zur politischen Blockade.
DM 5,-- **Halbjahresabo 12,-**

SOAK Druckerei Verlag Vertrieb Pablo Neruda Haus

Am Taubenfelde 30 · 3000 Hannover 1
0511 /17618 — Neruda Haus 323423

wenn es in München einen interessanten Flohmarkt gibt, dann der, der in der schon ermüdenden Fülle der BLATT-Kleinanzeigen aufgeschlagen wird.

Zweifel an der Volkstümelei

So erklären denn Kritiker des BLATTes, die sich an linksradikalen oder Sponti-Beiträgen im redaktionellen Teil der Zeitung stören und es lieber "volkstümlich" hätten, den sich auftuenden Widerspruch zwischen der ihrer Meinung nach abschreckenden redaktionellen Linie und dem unübersehbaren Markterfolg (15.000 Auflage, Tendenz steigend) mit dem ausgezeichneten Info- und Kleinanzeigen-Teil. Dafür nimmt der Leser – nach Meinung der BLATT-Kritiker – dann eben zähneknirschend den Redaktionsteil zur Kenntnis oder überliest ihn einfach. Ein verdammt vorschnelles, ein interessiertes Urteil dazu. Zu fragen ist dann nämlich, warum ein mit größerem Kapitaleinsatz gestartetes Stadtzeitungsprojekt ("Szene München"), das mit dem gleichen Service-Angebot auftritt, dem BLATT gegenüber keinen Fuß auf den Boden bekommt. Die Bewertung alternativer Zeitungsprojekte an der in Lay Out und Inhalt zutage gekehrten Biederkeit – wie das in Franz Brüsekes Einleitungsartikel zur Alternativzeitungsdiskussion zum Ausdruck kommt – kann gefährlich falsche Leitbilder aufrichten. Und das sollte bemerkt werden, bevor im SB propagierte Vorstellungen über Alternativzeitungen in der Nähe etwa der DKP-Zeitung UZ landen. Zu leicht kann das, was bürgernah sein soll, zur Volkstümelei, zum Opportunismus werden.
Die BLATT-Macher begreifen den Widerspruch zwischen den auf weißgott unpolitische Motive zielenden Kleinanzeigen- und Service-Teil und den schwerpunktmäßig an den politischen Bedürfnissen der undogmatischen linken Szene orientierten redaktionellen Teil als produktiv. Und da kann man ihnen nur beipflichten. Nicht auszudenken, wenn das BLATT seine Berichterstattung über Repression, über politische Prozesse u.ä. zugunsten artiger Fortsetzungsserien etwa über den proletarischen Widerstand in München von 1933 bis 1945 einstellen würde, weil sich die Redakteure am grünen Tisch die "Erreichung eines neuen Typus Leser über die bisherige Stammleserschaft hinaus" vorgenommen hätten: In München wäre schlichtweg nichts mehr zu erfahren, denn die ortsansässigen Zeitungen schotten bis zur mittlerweile unverdientermaßen "liberal" genannten Süddeutschen Zeitung noch dichter ab als anderswo. Fazit: Eine Alternativzeitungs-Diskussion mit normativen, inhaltlichen Vorgaben zu führen, trifft die individuell sehr verschiedenen Situationen der einzelnen Projekte nicht und sollte mit Vorsicht betrieben werden.

Mehr Handwerk, bitte

Kritisierbar am BLATT ist wohl eher die Form der Berichterstattung: Wer nicht in der Diskussion drin ist, der kommt durch's BLATT oft nicht rein. Da wird ungeheuer viel Vorwissen vorausgesetzt, sei es über den Ablauf politischer Prozesse, über die Eigenarten bestimmter Polit-Staatsanwälte, über die Aktionen und Veröffentlichungen, die dabei zur Debatte stehen. Die Berichterstattung erreicht mitunter einen fast intimen Zuschnitt, so als würde nur auf die unmittelbar Beteiligten und ihre Freunde und Genossen, die eh schon alles wissen, reflektiert und nicht auf die mittlerweile doch potentiell erreichbaren 15.000 Käufer der Zeitung. Da allerdings könnte dem BLATT ein biß-

chen Lehrgeld aus dem bürgerlichen Pressehandwerk nichts schaden.
Daß Professionalität für eine linke, eine Alternativ-Zeitung durchaus einsetzbar ist, beweist das BLATT ja selbst sehr gut. Wer sich einmal durch

links

die fast fünf Jahre BLATT liest – vom kreuz und quer geklebten Schülerzeitungsumbruch bis zum durch Grafiken, Fotos und Montagen gut lesbar aufgelockerten Composer-Satz – der möchte diesen großen Stapel z.B. der "links"-Redaktion als beherzigenswertes Anschauungsmaterial in die Hände drücken. Daß es bisweilen immer noch sehr viele Tippfehler gibt, liegt eher an dem enormen Zeitdruck, in dem das BLATT umbrochen wird: Immerhin ist das BLATT dafür mittlerweile in der Lage, aktuelle Meldungen noch bis zu vier Tage vor dem Erscheinen zu verarbeiten.

Wie das BLATT gemacht wird

BLATT ist mit den Jahren zu einem kleinen Apparat geworden. Sieben Leute arbeiten full-time für die Zeitung und leben auch davon. Diese sieben festen BLATT-Macher sind dabei allein mit der technischen Herstellung der Zeitung so gut wie ausgelastet. In der Regel stammen nur drei bis vier kurze Artikel, Meldungen und die redaktionelle Aufbereitung der anderen Artikel (Vorspann, Zwischenüberschriften) von den festen BLATT-Mitarbeitern. Die meisten Artikel schreiben also freie Mitarbeiter oder sie werden von Leuten geliefert, die nur sporadisch Kontakt zum BLATT haben. Artikel von außen werden von zwei dafür zuständigen BLATT-Redakteueren bearbeitet, nur die politisch brisanten werden auf der einmal wöchentlich stattfindenden Redaktionskonferenz von allen Redaktionsmitgliedern diskutiert.
Seit geraumer Zeit veranstaltet das BLATT über die grundsätzlich offenen Redaktionssitzungen hinaus sogenannte Lesertreffs, um ein feedback über den aktiven Kreis von Leuten hinaus zu erhalten, die sich bis in die Redaktionssitzungen trauen und auch mal zur Feder greifen. Und auf diesen Treffs haben die BLATT-Macher, wie sie vermerken, schon ganz solide "gestandene" Leute getroffen, die das BLATT regelmäßig kaufen und lesen. Ökonomisch steht das BLATT inzwischen auf recht gesunder Grundlage. Der Verkaufspreis deckt ziemlich genau die technischen Herstellungskosten (Papier, Druck, Bindearbeiten), die Redaktion lebt also von den Anzeigen. Der größte Teil der Auflage wird über einen kommerziellen Zeitschriftenvertrieb verteilt und an sehr vielen Münchner Kiosks verkauft. Und den Rest bringen die Straßenverkäufer vom BLATT unter die Leute: vor der Uni, in Schwabing und abends in diversen Kneipen.

MEDIENGRUPPE 2 MÜNCHEN

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth, Jutta Rücker (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Flugblatt "links-express-Sozialistisches Büro"; Prospekt "campus – Studium '78".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.7.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1978 DM 14,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift